

DAS BAND

Zeitschrift des Bundesverbandes
für körper- und mehrfach-
behinderte Menschen e. V.

2/2026

TEILHAUBE
BRAUCHT
ASSISTENZ



HAMBURG
FÜR ALLE
MEHR PERSONAL
IN PFLEGE UND
ASSISTENZ !!!

MEHR
TOILETTEN
FÜR
ALLE!

OHNE KLANG
KEIN ÜBERGANG
 
BLINDEN-AMPELM
MÜSSEN
FUNKTIONIEREN.

DAS GELD IST DA
FÜR ALLE,
AUCH FÜR
UNS!

LATER

Politische
Teilhabe

» INHALT

IMPRESSUM

DAS BAND
Zeitschrift des Bundesverbandes für
körper- und mehrfachbehinderte
Menschen e. V.

57. Jahrgang

VERANTWORTLICH

Beate Bettenhausen (Hrsg.)

REDAKTION

Stephanie Wilken-Dapper (v.i.S.d.P.)
Tel. (02 11) 6 40 04 -14
stephanie.wilken-dapper@bvkm.de

REDAKTIONSANSCHRIFT

Bundesverband für körper-
und mehrfachbehinderte
Menschen e. V.
Redaktion DAS BAND
Brehmstraße 5-7, 40239 Düsseldorf
dasband@bvkm.de | www.bvkm.de

ABONNEMENT UND

ADRESSVERWALTUNG

Tel. (02 11) 6 40 04-10
Fax (02 11) 6 40 04-20
verwaltung@bvkm.de

BANKVERBINDUNG

SozialBank AG
IBAN DE53 3702 0500 0007 0342 00
BIC BFSW DE33 XXX

TITEL UND REALISATION

Detlef Grove

Vorlage Titel

Leben mit Behinderung Hamburg

DRUCK

reha gmbh Saarbrücken

AUFLAGENHÖHE

20.000 Exemplare

ANZEIGENVERWALTUNG

reha gmbh Saarbrücken
Konstanze Pfüll
Tel. 0681 93621-173
konstanzepfuell@rehagmbh.de

Mediadaten auch unter
[https://bvkm.de/presse-medien/
unsere-magazine-copy/](https://bvkm.de/presse-medien/unsere-magazine-copy/)

DAS BAND erscheint viermal jähr-
lich. Für Mitglieder des Bundes-
verbandes für körper- und mehrfach-
behinderte Menschen e. V. ist der
Bezug der Zeitschrift im Mitglieds-
beitrag erhalten. Das Jahresabonne-
ment für Einzelbezieher kostet €
25,00. Die Lieferung erfolgt auto-
matisch für ein weiteres Jahr, wenn
nicht bis zum 30. September eine
schriftliche Kündigung erfolgt.

Beiträge sind urheberrechtlich ge-
schützt.

Bei namentlich gekennzeichneten
Beiträgen sind die Verfasser ver-
antwortlich.

ISSN 01 70-902 X

Mit freundlicher Unterstützung der
Deutschen Rentenversicherung
Bund (DRV)



PINNWAND

- 2 Meldungen aus den Mitgliedsorganisationen des bvkm / Aktionen zum Protesttag
5. Mai 2026 / Aktionswoche #OhneFachkräfteKeineTeilhabe

THEMA

THEMA „POLITISCHE TEILHABE“

- 6 Mitmachen in der Politik – ein Recht für alle / Susann Kroworsch
10 Demokratie braucht alle – Der PoliTisch leicht in Berlin / Stana Schenck
12 Tach von TACHELES! – Redaktion Tacheles / Stephanie Wilken-Dapper
14 Selbst vertreten. Mitgestalten. Demokratie leben
Ari Gultom / Mora Gultom / Annika Albers / Fabian Pietzcker und Verena Lück
16 Demokratie unter Druck – Schutz und Stärke in der Selbsthilfe
Fachtagung des bvkm
17 „Du bist gut genug“ / Pelle Stumpf
18 Menschen mit Behinderungen für Demokratie und Menschenrechte
Katrin Grüber / Carola Pohlen
19 Politik geht uns alle an! Film der Bundesvertretung der Clubs und Gruppen im bvkm
20 Meine Stimme, meine Wahl / Beate Bettenhausen
22 UK in der Politik – Kathrin Klapper / Stephanie Wilken-Dapper
24 Sei mutig, selbstbewusst und stark! – Jennifer Oppers / Redaktion DAS BAND
25 Die AfD ist eine Gefahr – auch für Menschen mit Behinderungen
Hendrik Cremer
28 Geschichte darf nicht vergessen werden! – Malte Käbe / Redaktion DAS BAND
29 Es fängt im Kleinen an! / Jennifer Oppers

AUS DEM BVKM

- 30 bvkm-Fachtagung zum Muttertag 2026
Starke Frauen – starke Stimmen
32 Unterstützte Kommunikation bedeutet Teilhabe

FORUM

- 34 Schutzkonzepte für Menschen mit Behinderung – Verantwortung, Haltung und gelebte
Sicherheit / Thorsten Mühl
37 Pflegeschätze – Alltagspraktiken, Erfahrungswissen und Erfindungen pflegender Eltern
als „Pflegeschätze“ veröffentlicht – Johann Krieser / Britta Levering / Laura Blasius /
Petra Hoffmann / Isabel Zorn

RECHT & PRAXIS

- 40 Pflegereform, Eingliederungshilfe und neuer Rechtsratgeber
Katja Kruse

VERLAG SELBSTBESTIMMTES LEBEN

- 42 Besuchen Sie den bvkm auf der REHACARE 2026

Liebe Leserinnen und Leser,

„Heute keine Pflege. Mama muss zur Demo nach Berlin.“

„Heute keine Teilhabe. Dein Assistent geht zur Protestaktion gegen Sparpläne in der Eingliederungshilfe.“ Du kannst leider nicht mit, Anreise nicht barrierefrei möglich.

„Aus Protest geschlossen“ stand in den letzten Wochen an vielen Türen. An Arzt- und Therapiepraxen, Apotheken oder den Haupteingängen von Krankenhäusern. Die drohenden Kürzungen haben viele Professionen zu neuen und drastischen Formen des Protests bewegt. Sogar Bürgermeister aus Städten und Gemeinden machten sich unter dem Motto „Kommunen am Limit“ auf den Weg nach Berlin. Mit Feuerwehrfahrzeugen, Polizeiautos, Linienbussen und Kehrmaschinen wollten sie auf ihre Finanznot aufmerksam machen und forderten Unterstützung vom Bund, während zuhause Rathäuser und Hallenbäder geschlossen blieben.

Doch wo bleibt der medienwirksame Aufschrei der rund um die Uhr pflegenden Angehörigen? Wie machen Menschen, die im Alltag kontinuierlich auf Assistenz und Pflege angewiesen sind, und ihre Assistenzpersonen ihrem Unmut lautstark Luft? Es hat einen Grund, warum Assistenzkräfte und pflegende Eltern nicht einfach so die Arbeit niederlegen. Wenn Mama oder Papa zur Demo fahren, bedeutet das für ihr Kind mit Behinderung keinen gemütlichen Tag im Bett ohne die nervigen Eltern. „Heute keine Pflege“ heißt ganz konkret: Keine Hilfe beim Aufstehen, beim Essen und Trinken, bei Schmerzen, Ängsten oder Atemnot. Selbstverständlich lassen Eltern ihr pflegebedürftiges Kind nicht für eine Protestaktion allein, egal wie groß die Verzweiflung über anstehende Leistungskürzungen auch sein mag. Dasselbe gilt für Assistenzpersonen, die sich ihrer Verantwortung gegenüber den Menschen, die auf sie angewiesen sind, und gegenüber ihren Kolleg:innen sehr bewusst sind. Denn „Heute keine Teilhabe“ bedeutet übersetzt, nicht in der Schule lernen oder zur Arbeit gehen zu können. Die Schilder an Praxen und Apotheken waren immer ergänzt um den Hinweis, unter welcher Telefonnummer im Notfall Bereitschafts- und Rettungsärzt:innen, Krisendienste oder die nächstgelegene Apotheke zu erreichen sind. Aber Pflege und Teilhabe kennen kein Netz und keinen doppelten Boden.

Die Reformpläne der Bundesregierung haben uns im bvkm in

„Frankfurter Erklärung“ des bvkm



Die Landesverbände und Selbstvertretungsgremien des bvkm, Vorstand und Geschäftsführung haben gemeinsam die „Frankfurter Erklärung“ erarbeitet. Veröffentlichen auch Sie die Erklärung.

den letzten Wochen und Monaten ununterbrochen in Atem gehalten. Für Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen, die oft hunderte von Seiten umfassten, waren nur extrem kurze Stellungnahme-Fristen von wenigen Tagen vorgesehen. Echte Beteiligung wird dadurch massiv erschwert und sieht anders aus.

In allen Bereichen stehen deutliche Einsparmaßnahmen im Raum oder sind sogar schon beschlossen, sei es bei der Gesundheits- und Hilfsmittelversorgung, bei der Pflege oder bei Leistungen zur Teilhabe. Menschen mit Behinderung und ihre Familien befürchten zu Recht erhebliche Einschnitte. Mehr darüber erfahren Sie in der Rubrik „Recht und Politik“. Wenn grundlegende Teilhaberechte und Inklusion in Frage gestellt werden, kann und will der bvkm das selbstverständlich nicht hinnehmen.

In diesen außergewöhnlichen Zeiten haben deshalb unsere Landesverbände und Selbstvertretungsgremien, Vorstand und Geschäftsführung erstmals eine gemeinsame Stellungnahme veröffentlicht (**s. Kasten u.**). Die „Frankfurter Erklärung“ sagt klar und deutlich: Menschen mit Behinderung haben dieselben Rechte auf Selbstbestimmung, Teilhabe und gesellschaftliche Zugehörigkeit wie alle Menschen. Sozialpolitische Reformen müssen die UN-Behindertenrechtskonvention, das Bundesteilhabegesetz und den Artikel 3 des Grundgesetzes konsequent berücksichtigen. Schließen Sie sich als Mitglieder unseren Forderungen an und veröffentlichen Sie die „Frankfurter Erklärung“ auch in Ihren Medien. Nutzen Sie sie als Grundlage für Gespräche vor Ort. Nur gemeinsam können wir Teilhabe sichern.

Auch bei der Pflegereform rufen wir Sie auf, aktiv zu werden und sich für einen Kurswechsel einzusetzen. Noch ist der aktuelle Entwurf für das Pflege neuordnungsgesetz (PNOG), der erhebliche Verschlechterungen für die häusliche Pflege vorsieht, nicht beschlossen. Mit unserem **Musterschreiben an Abgeordnete** können Sie deutlich machen, was die Pläne für Ihren Alltag als pflegende Angehörige bedeuten und warum Verhinderungspflege und soziale Absicherung unbedingt erhalten werden müssen (**s. Kasten S. 41**).

Mehr denn je ist es wichtig, zusammen für die Rechte von Menschen mit Behinderung und ihren Familien einzustehen, gemeinsame Positionen zu finden und zu vertreten. Wir laden Sie daher besonders herzlich zu unserem diesjährigen **Fachtag und Mitgliederversammlung** (21.-22. Nov. 2026) ein! Beim **Fachtag** geht es um das Thema „Demokratie unter Druck – Schutz und Stärke in der Selbsthilfe“ (**s. S. 16**). Dort treffen Sie auch Autor:innen dieser Ausgabe von DAS BAND. Bei der **Mitgliederversammlung** steht die Wahl des neuen Vorstands an – eine wichtige Weichenstellung für die nächsten vier Jahre.

Ich freue mich sehr darauf, Sie in Bremen zu sehen. Bleiben Sie trotz allem zuversichtlich und genießen Sie auch die schöne Momente im Leben.

Ihre

Beate Bettenhausen, Vorsitzende des bvkm



» PINNWAND

München

Zu Gast in Bayern

Die Geschäftsführerin des bvkm, Romy Tornow, besuchte im Juni den Landesverband Bayern für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V. (LVKM) und einige Münchner Mitgliedsorganisationen des bvkm. Neben dem intensiven Austausch mit den lvkm-Kolleg:innen konnte sie auch beeindruckende Angebote der Münchner Mitgliedsorganisationen kennenlernen: die „Stiftung Pfennigparade“ mit Werkstatt-, Schul- und Wohnangeboten und die Helfende Hände gGmbH mit ihrer Schule und der Heilpädagogischen Tagesstätte. Romy Tornow dankte den Kolleg:innen vor Ort, die sich viel Zeit genommen und Einblick in ihre Themen ermöglicht haben. „Die Vor-Ort-Besuche haben großen Eindruck hinterlassen und liefern wertvolle Impulse für die gemeinsame Arbeit im bvkm. Auch wenn man per Videokonferenz oft und schnell zusammengekommen kann, ist der persönliche Austausch für mich unverzichtbar und durch nichts zu ersetzen“, betonte sie.



Sie möchten sich auch intensiver mit dem bvkm vernetzen? Melden Sie sich unter geschaeftsfuehrung@bvkm.de

Foto: bvkm

Brühl

Eingliederungshilfe am Kipp-Punkt

Trotz großer Hitze war die Brühler Podiumsdiskussion zur Eingliederungshilfe Ende Juni gut besetzt: Pflegende Familien, Menschen mit Behinderung und Verbände machten den politischen Vertreter:innen auf dem Podium deutlich, wie dringend Handlungsbedarf besteht und was weitere Kürzungen bedeuten würden. Eingeladen hatten der Brühler Inklusionsbeirat und Bunte Bank Brühl e. V. Aus dem Publikum kamen ganz praktische und Hinweise, wo es bereits heute hakt.

<https://www.bunte-bank-bruehl.de>



Foto: Stadt Brühl

München

Bayerischer Verdienstorden für Konstanze Riedmüller



Foto: Bayerische Staatskanzlei

Der langjährigen Vorsitzenden des Vereins „Helfende Hände“ und unseres Landesverbands in Bayern, Konstanze Riedmüller, wurde der Bayerische Verdienstorden durch Ministerpräsident Markus Söder überreicht. In der Würdigung wurde ihre unermüdliche Arbeit für Förderung, Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung hervorgehoben. Konstanze Riedmüller betonte in ihrer Danksagung, dass sie die Auszeichnung stellvertretend für alle pflegenden Angehörigen entgegengenommen habe. Der bvkm gratuliert herzlich.



Gemeinsam stark – werden Sie Teil des Austauschs!

„Wir sind viele – wir sind bvkm.“ Dieses Miteinander wollen wir mit Ihnen noch aktiver gestalten und weiter mit Leben füllen. Haben Sie Ideen, wie wir uns enger vernetzen können? Wollen Sie Ihre Erfahrungen, Ideen und Perspektiven einbringen? Dann melden Sie sich bei uns! Wir freuen uns auf den Kontakt, den Austausch und das gegenseitige Kennenlernen – ob digital, telefonisch oder ganz persönlich vor Ort. Schreiben Sie uns, rufen Sie an – wir sind für Sie da: geschaeftsfuehrung@bvkm.de

Esslingen

20 Jahre Rückenwind Esslingen

Pflegende Mütter stärken



Der Verein „Rückenwind e. V.“ Esslingen feiert sein 20-jähriges Bestehen. Was als Reaktion auf fehlende Unterstützung für Familien mit Kindern mit Behinderung

begann, ist heute eine feste Größe im Landkreis: mit Auszeitwochenenden für pflegende Mütter, Beratungsangeboten, sozialpolitischem Engagement und der bekannten Päckchen-Pack-Aktion. Sechs inklusive „Toiletten für alle“ in der Esslinger Innenstadt gehen auf die Hartnäckigkeit des Vereins zurück. Rückenwind macht auf strukturelle Lücken aufmerksam – fehlende Kurzzeitpflegeplätze, unzureichende Betreuungsangebote und das fehlende MZEB im Landkreis.

<https://www.rueckenwind-es.de>

Foto: Rückenwind

Schortens

Vom Logistikzentrum an die Langsamstraße

Im Mai wurde das „Café Suutje“ in Brakel wieder eröffnet. Ab dieser Saison mit dem neuen Schriftzug „Café Suutje – Lebensweisen“. Bei den Vorbereitungen auf die neue Saison erhielt Lebensweisen tatkräftige Unterstützung durch Mitarbeitende aus dem Amazon-Logistikzentrum in Roffhausen. Der Online-Versender unterstützt u. a. den Verein Lebensweisen schon seit Eröffnung der Niederlassung vor gut fünf Jahren mit



Geld. Nun auch tatkräftig mit handwerklicher Hilfe. Es ging um Maler-, Garten- oder Reparaturarbeiten an und rings um das Café Suutje und auf der berühmten „Langsamstraße“. Das Café ist bis September samstags, sonntags und feiertags von 14.00 – 17.00 Uhr geöffnet.



Hier könnte
auch eine Meldung über
Ihren Verein stehen.
Schicken Sie Fotos und kleine
Texte. Schreiben Sie uns unter
E-Mail:
dasband@bvkm.de

Ellwangen

Streetfood-Küche und gelebte Inklusion



Foto: ©www.studio-khf.de

Mit dem „TONIS Street.Food.Café.“ ist in Ellwangen mehr als ein gastronomisches Angebot entstanden. Im April eröffnete ein Ort, der für Offenheit, Vielfalt und gelebte Inklusion steht. Gemeinsam mit der „KBS Arbeit und Integration gGmbH“ entstand ein Treffpunkt, der wirtschaftlich funktioniert und zugleich einen sozialen Auftrag erfüllt. Studierende der Hochschule für Technik Stuttgart entwickelten ein helles, familienfreundliches Raumkonzept mit rund 35 Innenplätzen und einer Terrasse. Im Mittelpunkt stehen die Menschen: Sechs inklusive Arbeitsplätze wurden geschaffen – Menschen mit und ohne Behinderung arbeiten gemeinsam in Küche, Service und an der Theke. Kulinarisch setzt das TONIS auf Streetfood-Klassiker und Frühstücksangebote. Gefördert wird das Projekt zudem von der Aktion Mensch und dem Kommunalverband Jugend und Soziales (KVJS).



Regensburg

Theo Ostbayern hat eröffnet

In Zeitlarn hat am 6. Mai 2026 das „Theo – Zentrum für tiergestützte Therapien Ostbayern“ des vkm Regensburg seinen Therapiebetrieb aufgenommen. Die Reithalle sowie das Stall- und Lagergebäude sind fertiggestellt. Nach viel Planung, Organisation und unzähligen ehrenamtlichen Arbeitsstunden ist am 30. April 2026 ein ganz besonderer Moment Realität geworden. Die Pferde sind angekommen und eingezogen, zur Freude des Therapeut:innen-teams unter Leitung von Anika Baumeister, der vkm-Vorstandsmitglieder und des Theo-Bauteams. Das 4,5-Millionen-Euro-Projekt wird vollständig ehrenamtlich gesteuert und durch Spenden sowie Fördergelder finanziert – darunter Mittel von Sternstunden, Aktion Mensch und der Bayerischen Landesstiftung. Bis Herbst sollen auch Ziegen und Schafe für tiergestützte Therapien eingesetzt werden. Zur vollständigen Fertigstellung fehlen noch mindestens 600.000 Euro.

www.theo-ostbayern.de

Niederpöcking (Foto: Fortschritt Bayern)



Niederpöcking

Bundesverdienstkreuz für Hanni von Quadt

Am 11. Februar 2026 wurde Hanni von Quadt, Mitgründerin von Fortschritt Bayern gGmbH, mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Seit über vier Jahrzehnten setzt sie sich für Kinder mit Behinderung und ihre Familien ein. 1994 gründete sie gemeinsam mit ihrem Mann den Verein zur Verbreitung der Konduktiven Förderung e. V. Mit großem persönlichem Einsatz machten sie die Konduktive Förderung in Deutschland bekannt. Aus diesem Engagement heraus entstand in Niederpöcking eine Konduktive Tagesstätte mit Kinderkrippe und Mutter-Kind-Gruppe und entwickelte sich im Jahr 2001 die Fortschritt Bayern gGmbH. Der bvkm gratuliert herzlich.

www.fortschritt-bayern.de

Hamburg

Rumänienhilfe feiert Jubiläum mit Film



Foto: Leben mit Behinderung Hamburg



Dreharbeiten zum Film „Luft nach oben“

Im Film „Luft nach oben“ beobachten wir zwei Selbstvertreter:innen, die sich anlässlich des 35jährigen Jubiläums der Rumänienhilfe im Kreis Bihor treffen. Nach dem Sturz des Ceausescu-Regimes entdeckten Journalist:innen im rumänischen Cighid Kinder mit Behinderungen, die unter nicht menschenwürdigen Bedingungen in Heimen vor sich hinvegetierten. Deutsche Sozialarbeiter:innen und Freiwillige leisteten Hilfe und entwickelten Strukturen zur menschenwürdigen Unterstützung. Heute gibt es im Kreis Bihor eine Eingliederungshilfe nach europäischen Standards. Die Verbindung nach Hamburg besteht weiter. Leben mit Behinderung Hamburg organisiert jedes Jahr Bildungsurlaube oder Gruppenreisen von Freiwilligen nach Rumänien, an denen Menschen mit und ohne Behinderung teilnehmen. www.lmbhh.de

Kassel

„Strampeln, Spaß und Spenden“

Unter dem Motto „Strampeln, Spaß und Spenden“ fand in Fuldabrück-Dörnhausen der 2. BikeDay4Help zugunsten des Vereins IntensivLeben e.V. Kassel statt. 70 Teilnehmende von Klein bis Groß legten mit großem Engagement und viel guter Laune Strecken zwischen 20 und 210 Kilometern zurück. Als besonderes Bonbon gab es obendrein ein inklusives Familienfest vor Ort. Es war ein großartiger Tag für alle Beteiligten! Der nächste BikeDay4Help findet am 5. Juni 2027 statt.“

www.intensivleben-kassel.de



Foto: Tanja Jürgensen Fotografie

Fehmarn

Was passiert, wenn Inklusion nicht erklärt, sondern erlebt wird?



Fotos: VMV e.V.

Anlässlich des Europäischen Protesttags zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen zeigt der Verein zur Förderung von Mobilität & Vielfalt e.V. mit einem Kurzfilm, wie sich Inklusion anfühlen kann: echt, frei und mitten im Leben. Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen erleben gemeinsam Wassersport, Reisen und Gemeinschaft. Es sind Momente voller Vertrauen, Mut und Lebensfreude. Der Film macht sichtbar: Teilhabe ist kein Privileg, sondern ein Menschenrecht. VMV: „Unser Ziel ist es, Inklusion nicht nur zu erklären, sondern erlebbar zu machen. Dort, wo Menschen sich begegnen und gemeinsam Grenzen überwinden.“



<https://www.mobilitaetundvielfalt.de>

Berlin-Brandenburg

Fallschirmsprung am 5. Mai

Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung

Am 5. Mai 2026 organisierte der LVKM-BB mit Hilfe von Aktion Mensch einen Fallschirmsprung am Flugplatz Fehrbellin als Protestaktion zum Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung. Um 15 Uhr sprang ein Profifallschirmspringer mit einem riesigen Banner mit der Aufschrift „Menschenrechte sind nicht verhandelbar!“ aus dem Flieger, sowie Menschen mit und ohne Behinderung. Im Anschluss wurde der Protest in Form eines Video-Drehs und professionellen Fotos direkt Online übertragen und weitergeführt, wodurch wir in kurzer Zeit über 31.000 Menschen erreichen konnten.

<https://lvkm-bb.de/>



Fotos: Florian Scheible

Stuttgart

Inklusion statt Ausgrenzung: „Wir sind kein Sparfaktor!“

Mehr als 500 Menschen mit und ohne Behinderung kamen am 5. Mai nach Stuttgart, um gemeinsam mit der Landesbehindertenbeauftragten gegen geplante Kürzungen bei den Hilfen für Menschen mit Behinderungen zu protestieren. Im Gepäck dabei: jede Menge Angst, Wut und Entschlossenheit, sich gegen Kürzungen zu wehren. Der einsetzende Regen hielt die Teilnehmenden nicht ab, für ihre Rechte zu demonstrieren. Vor Ort dabei waren u.a. der Körperbehinderten-Verein Stuttgart und der Landesverband Baden-Württemberg. Alle Teilnehmenden hoffen sehr, dass die Einsparungen bei den Hilfen für Menschen mit Behinderungen gestoppt und stattdessen endlich Bürokratie abgebaut wird.



Foto: Beate Gärtner, LVKM BW

„Es reicht: warum wir Taxi-Gutscheine brauchen“.

Lüdenscheid

Menschenrechte sind nicht verhandelbar!

Gemeinsam haben die Teilnehmenden des europäischen Protesttages zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung unter dem diesjährigen Motto „Menschenrechte sind nicht verhandelbar“ lautstark und mit buntgestalteten Plakaten demonstriert. Menschen mit und ohne Behinderung demonstrieren gemeinsam für Inklusion und Menschenrechte. Nach einer Runde über den Lüdenscheider Wochenmarkt gab es noch ein Foto mit dem Bürgermeister. Veranstatet wurde die Aktion anlässlich des 5. Mai vom Kreisverband MK für Körper- und Mehrfachbehinderte e.V.



Fotos: Kreisverband MK für Körper- und Mehrfachbehinderte e.V.

Hamm

Aktionstag mit Ausstellung

Der vkm Hamm hat am 9. Mai einen Aktionstag in der Kontakt- und Beratungsstelle für Menschen mit psychischen Erkrankungen in Hamm veranstaltet, zu dem viele Besucher:innen und auch der Bezirksbürgermeister gekommen sind. Highlight des Tages war eine Ausstellung mit Bildern und Collagen von Teilnehmenden des vkm, mit ihren ganz persönlichen Gedanken und Ideen zu Inklusion und Teilhabe. Außerdem hatten unsere vkm Cheerleader einen vielumjubelten Auftritt.

www.vkm-hamm.de



Fotos: vkm Hamm



Foto: Silke Link-Schüle, KBV Stuttgart

„Wir sind kein Sparfaktor!“

Aktion #OhneFachkräfteKeineTeilhabe (OFKT) 2026



Berlin

Unsere Vielfalt ist unsere Stärke

„Rassismus ist eine Barriere. Treppen sind es übrigens auch.“ Dafür macht sich MINA-Leben in Vielfalt e.V. stark.

www.mina-berlin.eu



Fotos: Mina e.V.

Aktion #OhneFachkräfteKeineTeilhabe (OFKT) 2026

Die bundesweite Aktionswoche #OhneFachkräfteKeineTeilhabe ist mit einer Rekordbeteiligung zu Ende gegangen. Mehr als 650 Organisationen, Einrichtungen und Ausbildungsstätten aus ganz Deutschland beteiligten sich vom 20. bis 24. April 2026 an der gemeinsamen Aktion der Fachverbände für Menschen mit Behinderung – zu ihnen gehört auch der bvkm – und der Bundesarbeitsgemeinschaft der Ausbildungsstätten für Heilerziehungspflege in Deutschland e.V. (BAG HEP). Unter dem Motto #OhneFachkräfteKeineTeilhabe wurde die unverzichtbare Rolle von Fachkräften in der Eingliederungshilfe und Sozialpsychiatrie in den Mittelpunkt gestellt.

In der Bildgalerie zur Aktion können Sie Ihre Beiträge noch einmal anschauen.



München

Wir waren dabei!

Die Helfenden Hände in München haben die bundesweite Aktion #OhneFachkräfteKeineTeilhabe aktiv unterstützt und die Vorlagen der Fachverbände genutzt, um auf die Bedeutung von Fachkräften in der Eingliederungshilfe aufmerksam zu machen.



Entsprechende Beiträge sind auf den Social-Media-Kanälen der Einrichtung zu finden.



Foto: LMBHH

Hamburg

Lautstarker Protest am Gänsemarkt in Hamburg anlässlich des Protesttags zum 5. Mai durch Leben mit Behinderung Hamburg.

www.lmbhh.de

Coburg

Hilfe für das behinderte Kind Coburg beim Protesttag 5. Mai und der Aktionswoche #OFKT aktiv dabei

Der Verein Hilfe für das behinderte Kind Coburg hat sich in diesem Jahr an zwei wichtigen Aktionen beteiligt: dem Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung am 5. Mai 2026 sowie der Aktionswoche #OFKT. Mit verschiedenen Aktionen und Beiträgen setzte der Verein ein sichtbares Zeichen für die Rechte und Teilhabe von Menschen mit Behinderung und ihren Familien. Mehr über die Aktionen finden Sie auf den Social-Media-Kanälen des Vereins.

Zu finden auf der Website: www.behindertenhilfe-coburg.de



Oberhausen

Im Rahmen der Aktionswoche „Ohne Fachkräfte keine Teilhabe“ wurde ein Job-Speed-Dating vor dem Supermarkt veranstaltet.

Mit Wegspuren im öffentlichen Raum hinterlässt das Alsbachtal sichtbare Zeichen.

www.alsbachtal.org



Fotos: VKM Alsbachtal

Wiesbaden

Anlässlich der Aktionswoche „Ohne Fachkräfte keine Teilhabe“ stellte die IFB Rhein-Main auf ihren Social Media-Kanälen fünf Fachkräfte aus unterschiedlichen Bereichen der Sozialen Arbeit vor. Wir haben mit Playmobil eine inklusive Welt gestaltet und so eine neue Form des Protests geschaffen.

Am 5. Mai 2026 haben wir gemeinsam mit Sprühkreide Barrieren an öffentlichen Orten sichtbar gemacht.

www.ifb-rhein-main.de



Fotos: IFB Rhein-Main

Kiel

„Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist für uns nur möglich, wenn uns Fachkräfte unterstützen. Für ein inklusives Leben sind sie unverzichtbar für uns! Danke, dass es euch gibt!“, sagt Wohnen-wie-ich-will Kiel e.V.



www.wohnen-wie-ich-will-kiel.de





Mitmachen in der Politik – ein Recht für alle

Wie gelingt gute politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen auf kommunaler Ebene?

Susann Kroworsch

Einfache Sprache

Dieser Text handelt von politischer Beteiligung. Das bedeutet: Menschen reden mit, wenn Entscheidungen getroffen werden. Besonders wichtig ist das für Menschen mit Behinderung. Ihr Recht auf Beteiligung steht in der UN-Behindertenrechtskonvention. Politik beginnt direkt vor der eigenen Haustür. Städte und Gemeinden entscheiden zum Beispiel über Barrierefreiheit, Freizeitangebote und öffentliche Gebäude. Wer sich einbringt, kann viel mitgestalten. Doch viele Menschen mit Behinderung stoßen noch auf Hindernisse: fehlende Barrierefreiheit, keine Informationen in Leichter Sprache oder keine Erstattung von Fahrtkosten. Das muss sich ändern – denn gute Entscheidungen entstehen dort, wo alle mitreden können.

Die Ausführungen zur gelingenden Partizipation von Menschen mit Behinderungen beruhen auf einem Empfehlungspapier des Deutschen Instituts für Menschenrechte, das anlässlich der Kommunalwahl 2025 in Nordrhein-Westfalen veröffentlicht wurde.¹ Das Papier wurde für die Leser:innen von DAS BAND zusammengefasst und praxisnah aufbereitet.

„Nichts über uns ohne uns!“ Dieser Satz begleitet die Behindertenbewegung seit vielen Jahren. Er bringt auf den Punkt, worum es geht: Entscheidungen, die Menschen mit Behinderungen betreffen, dürfen nicht ohne ihre Beteiligung getroffen werden. Dieses Recht ist in der UN-Behindertenrechtskonvention festgeschrieben. Trotzdem erleben viele Menschen noch immer, dass über sie und ihre Belange gesprochen wird – aber zu selten mit ihnen. Politik beginnt nicht erst im Bundestag oder im Landtag. Sie findet direkt vor der eigenen Haustür statt. Städte, Gemeinden und Kreise entscheiden darüber, ob Bushaltestellen barrierefrei werden, welche Freizeitangebote entstehen, wie Schulen und Kindergärten ausgestattet sind oder wie öffentliche Gebäude genutzt werden können. Auch Fragen des Wohnens, der Mobilität oder der Teilhabe am kulturellen Leben werden häufig vor Ort entschieden. Wer sich hier einbringt, kann viel mitgestalten.

Politik ist mehr als Wählen

Viele Menschen denken bei politischer Beteiligung zuerst an Wahlen. Auch wenn es mit Sicherheit wichtig ist, wählen zu gehen, bedeutet politische Teilhabe weit mehr. Menschen können sich in Beiräten engagieren, mit Bürgermeister:innen sprechen, Anregungen an die Verwaltung geben, in Selbstvertretungsorganisationen mitarbeiten oder sich in Vereinen und Initiativen für Veränderungen einsetzen. Gerade Menschen mit Behinderungen bringen Erfahrungen mit, die sonst oft fehlen. Sie wissen aus dem Alltag, wo Barrieren entstehen und wie sie beseitigt werden können. Niemand kennt die Schwierigkeiten eines nicht barrierefreien Bahnhofs, einer unverständlichen Behördeninformation oder eines unzugänglichen Spielplatzes besser als diejenigen, die täglich damit leben. Dieses Wissen ist wertvoll – nicht nur für andere Menschen mit Behinderungen, sondern für die gesamte Kommune. Denn gute Lösungen entstehen dort, wo diejenigen beteiligt werden, die von Entscheidungen betroffen sind. Werden Barrieren schon bei der Planung erkannt, können sie oft vermieden werden. Das spart später Zeit, Geld und aufwendige Umbauten. Vor allem aber führt es dazu, dass Städte und Gemeinden lebenswerter für alle Menschen werden.

Warum Beteiligung oft schwerfällt

Trotzdem ist politische Beteiligung für viele Menschen mit Behinderungen noch immer mit großen Hindernissen verbunden. Manchmal sind Sitzungsräume nur über Treppen erreichbar. Häufig fehlen Informationen in Leichter Sprache oder in Deutscher Gebärdensprache. Sitzungsunterlagen werden kurzfristig verschickt oder enthalten komplizierte Fachbegriffe. Assistenz oder Kommunikationshilfen stehen nicht selbstverständlich zur Verfügung. Wer sich ehrenamtlich engagiert, muss häufig Fahrtkosten oder andere Ausgaben zunächst selbst tragen, um sich überhaupt beteiligen zu können. Neben diesen sichtbaren Barrieren gibt es auch unsichtbare Hindernisse. Manche Menschen haben die Erfahrung gemacht, dass ihre Vorschläge zwar angehört, später aber nicht berücksichtigt werden. Andere erleben Vorurteile oder das Gefühl, nicht ernst genommen zu werden, was sich demotivierend auf ihr Engagement auswirken kann. Dabei zeigt die Erfahrung vieler engagierter Menschen genau das Gegenteil: Wenn Politik und Verwaltung bereit sind zuzuhören und Menschen mit Behinderungen von Anfang an einbeziehen, profitieren alle Beteiligten. Entscheidungen werden besser, weil sie die Lebenswirklichkeit der Menschen berücksichtigen.

Politische Partizipation ist ein Menschenrecht

Dass Menschen mit Behinderungen sich politisch beteiligen können, ist kein freundliches Entgegenkommen, sondern ein Menschenrecht. Mit der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), die seit 2009 in Deutschland gilt, haben sich der Bund, die Länder und auch die Kommunen verpflichtet, Menschen mit Behinderungen eng an politischen Entscheidungen zu beteiligen. Kommunen haben in ihrem Wirkungskreis dazu beizutragen, dass Menschen mit Behinderungen keine Diskriminierung erfahren und in ihrer Teilhabe nicht beschränkt werden. Die UN-BRK enthält die staatliche Verpflichtung,

eine inklusive, umfassende und transparente Partizipation von Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten und zu fördern (Artikel 4 Absatz 3 und Artikel 29 UN-BRK). Die Verpflichtung, Menschen mit Behinderungen eng zu konsultieren und sie aktiv in die sie betreffenden politischen Prozesse einzubeziehen, ist ein Kernanliegen der UN-BRK und muss dementsprechend im Handeln der Verwaltung berücksichtigt werden. Das gilt für alle Themen, die Menschen mit Behinderungen direkt oder indirekt betreffen. Jede öffentliche Stelle, die in Kontakt zu Menschen mit Behinderungen ist, muss dabei die nötigen Ressourcen erhalten, um Barrierefreiheit in der Partizipation sicherzustellen, etwa Dolmetschende für Gebärdensprache oder Leichte Sprache zu beauftragen. Hierbei handelt es sich um eine Pflichtaufgabe der Kommunen. Der UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen, der die Vertragsstaaten der UN-Behindertenrechtskonvention regelmäßig überprüft, hat Deutschland 2015 und 2023 wegen unzureichender Partizipation kritisiert und Verbesserungen bei Rechtsvorschriften, Standards, Mittelbereitstellung und der Ausgestaltung von Beteiligungsverfahren gefordert.

Gute Beteiligung braucht gute Rahmenbedingungen

Gute Partizipation ist von gegenseitigem Respekt, Dialog auf Augenhöhe und aufrichtiger Absicht geprägt. Eine positive Grundhaltung zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass Partizipation von Politik und Verwaltung gewünscht ist und als Mehrwert verstanden wird, was wiederum zu einer Steigerung der Motivation und zum anderen auch der Qualität der Partizipation führen kann. Gleichzeitig trägt ernst gemeinte Beteiligung in Zeiten von zunehmender Politikverdrossenheit dazu bei, das Vertrauen in die Demokratie (wieder) zu stärken.

Für eine UN-BRK-konforme Partizipation lassen sich die folgenden Standards in der Zusammenarbeit mit der Kommunalverwaltung benennen.

Institutionalisierte Beteiligungsstrukturen

Politische Beteiligung funktioniert am besten, wenn sie dauerhaft organisiert ist. (Kommunale) Inklusionsbeiräte und Behinderten- oder Inklusionsbeauftragte geben Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit, ihre Erfahrungen regelmäßig in politische Entscheidungen einzubringen. Damit diese Gremien wirksam arbeiten können, brauchen sie klare Aufgaben, ausreichend finanzielle und personelle Unterstützung sowie echte Mitwirkungsmöglichkeiten. Die kommunale Ebene muss sicherstellen, dass gerade kleinere Verwaltungsstrukturen nicht zu einer verminderten Partizipation von Menschen mit Behinderungen führen. Kommunen sind aufgrund einer meist überschaubaren Anzahl an politisch engagierten Menschen mit Behinderungen und deren Organisationen besonders darauf angewiesen, dass gute Partizipationsstrukturen vorhanden sind und ein gutes Beteiligungsklima herrscht. Kleinere Haushaltsvolumen legitimieren es nicht, Standards wie Barrierefreiheit in der politischen Beteiligung nicht zu erfüllen. Da Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich engagierte Menschen mit Behinderungen die (kontinuierliche) Beteiligung an Verfahren erhöhen, ist die Zahlung von Sitzungsgeldern eine aussichtsreiche Möglichkeit, die Selbstvertretung von Menschen mit Behinderungen zu fördern. Sie werden häufig als

Zeichen der Wertschätzung der Arbeit von Menschen mit Behinderungen sowie als Anerkennung der Gremienarbeit als solche wahrgenommen, aber nicht selbstverständlich gezahlt. Daher sollten angemessene Aufwandsentschädigungen, Fahrtkosten, Auslagen und auch die unkomplizierte Erstattung von Verdienstausschuss verbindlich von Gremien geregelt sein.

Leichter Zugang zu politischen Entscheidungsprozessen

Wirksame Beteiligung braucht geeignete Kommunikationskanäle für die Eingaben und Fragen von Menschen mit Behinderungen mit der Verwaltung, damit Menschen mit Behinderungen genauso gehört werden können wie andere Interessensvertreter:innen. Dazu gehören persönlicher Austausch, personelle Kontinuität und aufrichtige Arbeitsbeziehungen. Dafür sind die Verantwortlichen in der Verwaltung auch mit entsprechenden Zeitressourcen für die Kommunikation mit Menschen mit Behinderungen und die Koordination von Partizipationsverfahren auszustatten. Neben klaren Ansprechpersonen auf der Fachebene sollten Menschen mit Behinderungen regelmäßig (über die institutionalisierten Beteiligungsstrukturen wie etwa durch einen halbjährlichen Termin des Inklusionsbeirats mit der/dem Oberbürgermeister:in) Kontakt zu den obersten Entscheidungsebenen haben. Eine hohe Zahl an staatlichen Entscheidungsprozessen reduziert nicht die Pflicht zur Einbindung. Wer sich politisch beteiligen möchte, braucht außerdem barrierefreie Informationen, genügend Zeit zur Vorbereitung und feste Ansprechpersonen in der Verwaltung. Sitzungen, Unterlagen und Kommunikation müssen so gestaltet sein, dass alle Menschen – unabhängig von ihrer Behinderung – gleichberechtigt mitwirken können. Insbesondere sollte den Bedarfen von Menschen mit intellektuellen Beeinträchtigungen in Bezug auf gegebenenfalls not-

wendige zusätzliche Zeit zur Aufbereitung und Erschließung des Beteiligungsgegenstands Sorge getragen werden.

Qualifizierte Rückmeldungen

Beteiligung endet nicht mit einer Stellungnahme oder einem Gespräch. Menschen mit Behinderungen sollten erfahren, wie ihre Vorschläge berücksichtigt wurden und warum bestimmte Entscheidungen getroffen wurden. Menschen, die Zeit und Energie in Stellungnahmen oder Vorschläge investieren, möchten wissen, was daraus geworden ist. Wurden ihre Anregungen berücksichtigt? Wenn nicht – warum nicht? Solche Rückmeldungen schaffen Vertrauen und zeigen, dass Beteiligung ernst gemeint ist.

Beteiligung an Vorhabenplanungen

Menschen mit Behinderungen sollten möglichst früh an Planungen beteiligt werden – nicht erst, wenn Entscheidungen praktisch schon feststehen. Wenn Verwaltung und Selbstvertretungen regelmäßig gemeinsam besprechen, welche Projekte anstehen und wie eine Beteiligung aussehen soll, entstehen bessere und nachhaltigere Lösungen.

Kapazitätsaufbau von Organisationen und Verwaltung

Gute politische Beteiligung braucht Wissen, Zeit und Unterstützung – sowohl bei Selbstvertretungsorganisationen als auch in den Verwaltungen. Schulungen, verlässliche Finanzierung und der Austausch von Erfahrungen helfen dabei, dass Menschen mit Behinderungen ihre Interessen wirksam vertreten können und Verwaltungen lernen, Beteiligung erfolgreich umzusetzen. Wo Menschen mit Behinderungen und ihre Organisationen nicht über die Kapazitäten verfügen, sich zu beteiligen, ist der Staat verpflichtet, den Aufbau dieser Kapazitäten zu fördern. Dieser Aufbau ist in unterschiedlichster Form denkbar und kann von der Etablierung eines Geschäftsstellenbetriebs einer Selbstvertretungsorganisation oder dem Aufbau von Selbsthilfegruppen vor Ort über juristische Expertise über Mittel für Öffentlichkeitsarbeit bis zur Fortbildung der Mitglieder reichen. Selbstvertretungsorganisationen sind dabei vorrangig zu fördern. Daneben ist der Ausbau von individuellen Kompetenzen von Menschen mit Behinderungen, die sich beteiligen wollen, unabdingbar. Im Rahmen von Fortbildungsangeboten sollten sie sich regelmäßig etwa über ihre Beteiligungsrechte, die betroffenen Rechtsgebiete und die Funktionsweise der Verwaltung weiterqualifizieren können. Schulungen sollen dazu beitragen, Menschen mit Behinderungen zu befähigen, ihr Recht auf politische Teilhabe wahrzunehmen, und die Selbsthilfe zu stärken. Den Organisationen von Menschen mit Behinderungen sind politische und Verwaltungsabläufe oft kaum in ihrer Komplexität bekannt. Auch der Kapazitätsaufbau innerhalb der Verwaltung ist erforderlich. Erfahrungen in verschiedenen Ländern, insbesondere auch in NRW, zeigen, dass es vielfach an praktischem Wissen fehlt, wie gute Beteiligung geht, und dass Beteiligungskultur gelernt werden muss.

Nordrhein-Westfalen ist auf dem Weg – aber noch lange nicht am Ziel

Am Beispiel von Nordrhein-Westfalen lässt sich sehen, dass sich in den vergangenen Jahren einiges verbessert hat. Es gibt zahlreiche engagierte Selbstvertretungsorganisationen, Pro-

► Kathrin Klapper hat im Rahmen des UK-Jahrestreffens des bvkm einen Workshop zum Thema „UK in der Politik – nutzen wir unsere Stimme!“ geleitet (s. auch das Interview auf S. 22). Es wurden Forderungen und Statements entwickelt und nach einer Podiumsdiskussion dem Beauftragten Jürgen Dusel übergeben.



© Finn Kantus für bvkm

jekte zur politischen Bildung und immer mehr Kommunen, die Beteiligungsstrukturen aufbauen. Trotzdem bestehen noch große Unterschiede. Nach den aktuellen Zahlen verfügt nur die Hälfte der Kommunen über Planungsaktivitäten zur UN-Behindertenrechtskonvention. Nur rund 44 Prozent haben Behinderten- oder Inklusionsbeauftragte eingesetzt. In vielen Kreisen fehlen Inklusionsbeiräte vollständig. Gleichzeitig zeigen Untersuchungen, dass Menschen mit Behinderungen durchaus großes Interesse an Politik haben – teilweise sogar stärker als Menschen ohne Behinderungen.

Das Projekt „UN-Behindertenrechtskonvention in den Kommunen“ des Deutschen Instituts für Menschenrechte (DIMR) und des Zentrums für Planung und Entwicklung Sozialer Dienste der Universität Siegen (ZPE) hat die Verbreitung von systematischen Planungsaktivitäten zur UN-BRK in den Kommunen bis 2025 untersucht, also die Beteiligung von Menschen mit Behinderungen im Kontext von Planung. Die Untersuchung hat gezeigt, dass die Beteiligung von Menschen mit Behinderungen in NRW noch unzureichend ist. Eine aktive Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen im Planungsprozess fand in weniger als der Hälfte der erfassten Planungsaktivitäten in NRW statt (40 %). Hinweise auf die Gewährleistung von Barrierefreiheit als eine Voraussetzung für die Partizipation von Menschen mit Behinderungen und ihren Selbsthilfeorganisationen in Planungsprozessen wurden nur in 54 % der Planungsaktivitäten gefunden. In NRW wird Barrierefreiheit mit 57 % in deutlich weniger Planungsaktivitäten inhaltlich aufgegriffen als bundesweit (79 %).

Um Defizite wie diese zu reduzieren, hatte das Land NRW bereits ein Projekt der LAG Selbsthilfe NRW „In Zukunft inklusiv! Mit politischer Partizipation zum Kreis für alle“ (2022-2025) gefördert, das auf den Aufbau von Einbindungsstrukturen auf kommunaler Ebene zielte. Eine zentrale Erkenntnis aus dem Projekt ist, dass ein hoher Bedarf und eine große Nachfrage seitens der Kommunalverwaltung NRW an Schulungen zu wirksamen Beteiligungsstrukturen bestehen. Die Inhalte und Erfahrungen aus der Prozessbegleitung des Projekts bei der Entwicklung inklusiver Strukturen in drei Teilnehmer-Kreisen sind für alle anderen NRW-Kommunen modellhaft und sollte über Lern- und Transferprozesse als Orientierungs- und Handlungsrahmen für alle praktisch nutzbar gemacht werden, z. B. in Form von Methodenvermittlung bei Gremiengründung/-reformen.

Die LAG Selbsthilfe NRW und die KSL NRW haben verschiedene Begleit- und Unterstützungsangebote wie etwa Empowerment-Schulungen (für Verwaltungen), Fortbildungen für Kreisinklusionsbeauftragte oder Hilfe bei Satzungsänderungen oder -neuentwicklungen durchgeführt.² Durch die Begleitung dreier Teilnehmerkreise (Kreis Düren, Kreis Kleve und Kreis Unna) konnten auf andere Kreise übertragbare Ansätze und Lösungen, insbesondere Arbeitshilfen, erarbeitet werden, um Partizipation von Menschen mit Behinderungen wirksamer zu machen.³ Trotz sehr guter Maßnahmen wie diesem Projekt, dessen Förderung jedoch nicht von der Landesregierung verlängert wurde, haben insgesamt 41 % der Kommunen keine Form der Interessenvertretung von Menschen mit Behinderungen.⁴ Damit haben deutlich weniger als die Hälfte der nordrhein-westfälischen Kommunen eine Form der Interessenvertretung im Sinne des Gemeindeordnung NRW. Umso wichtiger ist es, (Anschluss-)Projekte zu fördern, die die politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen stärken.

Empfehlungen für kommunale und Landesebene

Das Deutsche Institut für Menschenrechte hat daher im Zuge der Kommunalwahlen 2025 in Nordrhein-Westfalen Empfehlungen für die Kommunal- und Landesebene formuliert. Dazu gehören folgende Maßnahmen:

- ▶ Landesregierung soll die Gemeindeordnung reformieren, um verpflichtende Beteiligung sicherzustellen.
- ▶ Es sollen verbindliche Beteiligungsstrukturen geschaffen werden.
- ▶ Beteiligung soll durch klare Standards, barrierefreie Zugänge und transparente Absprachen institutionalisiert werden.
- ▶ Institutionelle Förderung der Selbstvertretung ist zu stärken.
- ▶ Kapazitäten und Schulungen für Organisationen und Verwaltung sollen ausgebaut werden.
- ▶ Finanzielle Unterstützung für Assistenzleistungen und Aufwandsentschädigungen muss abgesichert sein.
- ▶ Infrastrukturmaßnahmen sollen barrierefrei und partizipativ gestaltet werden.
- ▶ Es soll ein Partizipationsfonds eingerichtet und Empfehlungen sowie Mustersatzungen unter Beteiligung des Inklusionsbeirats erarbeitet werden.
- ▶ Projekte zur Förderung der politischen Partizipation sollen weiter unterstützt werden.

Ein Blick nach vorn

Demokratie lebt davon, dass möglichst viele Menschen ihre Erfahrungen einbringen. Gerade Menschen mit Behinderungen haben in den vergangenen Jahrzehnten viel erreicht: das Wahlrecht für alle Menschen, mehr Barrierefreiheit, bessere Beratungsangebote oder den Ausbau persönlicher Assistenz. Diese Fortschritte sind nicht von selbst entstanden. Sie wurden möglich, weil Menschen ihre Stimme erhoben und sich gemeinsam für Veränderungen eingesetzt haben.

Die UN-BRK beschreibt eine Gesellschaft, in der Menschen mit Behinderungen selbstverständlich an allen politischen Entscheidungen beteiligt werden. Und immer häufiger wird deutlich: Gute Entscheidungen entstehen dort, wo unterschiedliche Erfahrungen zusammenkommen. Denn Demokratie lebt davon, dass alle Menschen ihre Erfahrungen, ihre Ideen und ihre Perspektiven einbringen können.

Anmerkungen:

(1) Die Langfassung der Empfehlungen, einschließlich weiterführender Hinweise und Quellen; ist hier zu finden: <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/wie-gelingt-gute-politische-partizipation-von-menschen-mit-behinderungen-auf-kommunaler-ebene>

(2) <https://inzukunftinklusive.lag-selbsthilfe-nrw.de/> (zuletzt abgerufen am 12. September 2025).

(3) <https://inzukunftinklusive.lag-selbsthilfe-nrw.de/die-teilnehmerkreise/> (zuletzt abgerufen am 12. September 2025).

(4) LAG Selbsthilfe (2025): Die Lage in NRW: Inklusion mit Lücken, Pressemitteilung vom 13.03.2025. Online verfügbar unter https://inzukunftinklusive.lag-selbsthilfe-nrw.de/wp-content/uploads/sites/3/Pressemitteilung_Lage-der-Interessenvertretungen-in-NRW.pdf (zuletzt abgerufen am 12. September 2025).

Dr. Susann Kroworsch ist Volljuristin und seit 2017 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention des Deutschen Instituts für Menschenrechte. Dort begleitet sie die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Nordrhein-Westfalen.

Demokratie braucht alle – Der PoliTisch leicht in Berlin

Stana Schenck



Demokratie bedeutet: Alle Menschen dürfen mitreden. Alle Menschen dürfen mitentscheiden. Aber für viele Menschen mit Behinderung ist das noch schwer. Informationen sind oft zu kompliziert. Veranstaltungen sind oft nicht barrierefrei. Dabei haben alle Menschen das Recht auf Mitbestimmung. Das steht in der UN-Behindertenrechtskonvention. Dort steht: Alle Menschen dürfen in der Politik mitmachen. PoliTisch leicht macht dieses Recht möglich. PoliTisch leicht ist ein politischer Stammtisch in Berlin. Die Treffen finden in Leichter Sprache statt. Einmal im Monat treffen sich junge Menschen mit Lernschwierigkeiten. Sie sprechen über Politik und diskutieren aktuelle Themen. Sie erleben Demokratie gemeinsam. Dieser Text erzählt, was die Gruppe schon alles erreicht hat.

Demokratie lebt davon, dass alle Menschen mitreden und mitentscheiden können. Doch für viele Menschen mit Behinderungen ist politische Teilhabe noch immer nicht selbstverständlich. Informationen sind oft schwer verständlich, politische Veranstaltungen nicht barrierefrei oder Menschen mit Lernschwierigkeiten werden nicht gefragt. Dabei ist ihr Recht auf Mitbestimmung eindeutig festgeschrieben – in Artikel 29 der UN-Behindertenrechtskonvention. Dort steht: Menschen mit Behinderungen dürfen in der Politik und in Organisationen mitbestimmen. Sie haben das Recht, in ihrem Land mitzuentcheiden. Mit PoliTisch leicht wollen wir die UN-Behindertenrechtskonvention mit Leben füllen. PoliTisch leicht ist ein politischer Stammtisch in Leichter Sprache in Berlin. Seit eineinhalb Jahren treffen sich zwölf junge Menschen mit Lernschwierigkeiten einmal im Monat für drei Stunden mitten in der Stadt, um über Politik zu sprechen, aktuelle Themen zu diskutieren und gemeinsam Demokratie zu erleben. Der offene Jugendclub Mahler20 bietet PoliTisch leicht einen Raum. Wir kommen zusammen in einem Stuhlkreis ohne Tische. Das erleichtert den Blickkontakt und fördert das Gespräch auf Augenhöhe.

Das inklusive Orga-Team trifft sich einige Tage vor dem Stammtisch und bespricht die Themen und plant den Ablauf. Die Moderation von den Treffen übernehmen die Selbstvertreter:innen. Das macht der Mit-Gründer Arthur Hackenthal zusammen mit Jan Malowitz und Sol Rein Saunders. Dabei helfen ihnen Leichte Bilder. Aleks Schreiber zeichnet den Ablauf vorher und die Gespräche in Echtzeit vor Ort auf große Plakate auf die Wand. So kann die Gruppe noch besser verfolgen, was gerade besprochen wird. Ebenso wichtig sind gemeinsam vereinbarte Regeln. Sie sorgen dafür, dass Diskussionen fair verlaufen. Dazu gehört zum Beispiel, beim Thema zu bleiben, andere ausreden zu lassen und die eigene Redezeit im Blick zu behalten. Eine kleine Karte mit der Aufschrift „Danke, es reicht!“ hilft dabei, freundlich daran zu erinnern, wenn jemand zu lange spricht. Solche einfachen Regeln schaffen eine Atmosphäre, in der sich alle beteiligen können. Und immer wieder schaut Magali auf die Uhr und erinnert, wie viel Zeit noch bleibt. So können wir alles gut schaffen, was wir uns vorgenommen haben.

Inzwischen hat der PoliTisch leicht bereits 17 Treffen durchgeführt. Dabei geht es nicht nur um Gespräche, sondern um echte politische Bildung und Beteiligung. Jedes Treffen widmen wir einem politischen Thema. Gemeinsam werden aktuelle Nachrichten in Leichter Sprache gelesen, politische Begriffe erklärt und Fragen diskutiert, die den Alltag der Teilnehmenden betreffen. Themen sind zum Beispiel inklusive Arbeit, Teilhabe am kulturellen Leben oder die Vorbereitung auf Wahlen.

Aus den Informationen erarbeitet PoliTisch leicht Forderungen und überreicht sie an die Politik. Die Forderung nach inklusiven Arbeitsplätzen für Menschen mit Lernschwierigkeiten beim Land Berlin ging direkt in die Hände der Berliner Senatorin für Arbeit und Soziales, Cansel Kiziltepe. Sie war zu Gast bei einem der Treffen von PoliTisch leicht.

Besonders eindrucksvoll sind die gemeinsamen Besuche an politischen Orten. Die Gruppe war bereits im Berliner Abgeordnetenhaus und konnte mit dem Abgeordneten Lars zDüsterhöft über Themen wie selbstständiges Wohnen sprechen. Im Deutschen Bundestag sprach die Gruppe mit der Bundestagsabgeordneten Simone Fischer über Inklusion und politische Mitbestimmung. Weitere Exkursionen führten ins Anne-Frank-Zentrum sowie in eine Fotoausstellung von und mit Künstlerinnen und Künstlern mit Down Syndrom. Solche Begegnungen zeigen: Politik beginnt dort, wo Menschen Fragen stellen, ihre Meinung sagen und Veränderungen anstoßen.

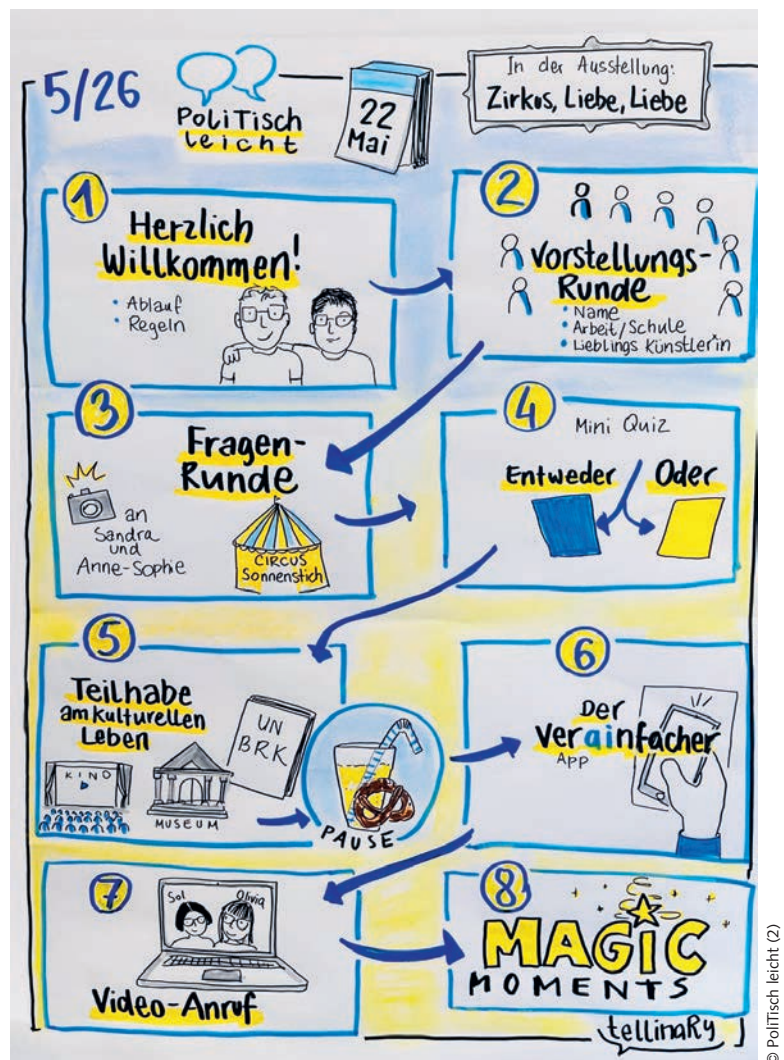
Der PoliTisch leicht ist inzwischen gut vernetzt. Gemeinsam mit Partnern aus elf europäischen Ländern arbeitet die Gruppe im Netzwerk EU for Trisomy 21 zusammen. Das ermöglichte uns den Besuch im Europäischen Parlament und Gespräche mit mehreren MEPs (Mitglieder des Europäischen Parlaments). Außerdem beteiligt sich PoliTisch leicht an dem inklusiven Bildungsprojekt des Bundesverbands für körper- und mehrfach-behinderte Menschen (bvkm). Der Austausch mit anderen Selbstvertreter:innen stärkt das Wissen und macht Mut, sich selbst politisch einzumischen.

Für die kommenden Wochen bereitet sich die Gruppe auf die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus vor. Gemeinsam lesen wir die Wahlprogramme und sammeln Informationen in Leichter Sprache dazu. Dabei hilft uns die App „Der Vereinfacher“. Damit lassen sich lange komplexe Texte kurzfassen. Schwierige Begriffe werden erklärt. Ziel ist es, dass jede und jeder eine eigene politische Entscheidung treffen kann.

Eine Sache bereitet dem PoliTisch leicht große Sorgen. Die AfD darf nicht an die Macht kommen. Alle Mitglieder von PoliTisch leicht wissen: Die AfD ist gegen eine vielfältige Gesellschaft. Sie will Inklusion abschaffen. Teilhabe und Mitbestimmung von Menschen mit Behinderung wäre mit der AfD nicht möglich. Deshalb sagt der Gründer von PoliTisch leicht, Arthur Hackenthal, ganz klar: „Die AfD muss raus aus den Parlamenten. Sie will uns Menschen mit Behinderung nicht dabei haben. Die AfD missachtet Menschenrechte. Die AfD muss verboten werden“.

Der PoliTisch leicht macht deutlich: Demokratie wird stärker, wenn wirklich alle Menschen mitmachen können. Menschen mit Lernschwierigkeiten sind nicht nur Zuhörer:innen. Sie sind Expert:innen für ihr eigenes Leben und bringen wichtige Erfahrungen in die politische Diskussion ein. Inklusion bedeutet deshalb mehr als Barrierefreiheit. Sie bedeutet, Verantwortung zu übernehmen, mitzureden und gemeinsam die Zukunft zu gestalten.

Das Land Berlin unterstützt den PoliTisch leicht finanziell. Diese Förderung ist gut investiert. Denn politische Bildung, Selbstvertretung und Mitbestimmung stärken nicht nur einzelne Menschen. Sie stärken unsere Demokratie insgesamt. Projekte



**ZUSAMMEN
FÜR DEMOKRATIE**
Im Bund. Vor Ort. Für Alle.

Bündnis bietet große Wissensdatenbank

„Zusammen für Demokratie“ (ZfD) ist ein Bündnis zivilgesellschaftlicher Verbände und Einrichtungen, die sich gemeinsam für den Schutz unserer Demokratie einsetzen. Der bvkm ist Mitglied des Bündnisses. Das Bündnis hat seit seiner Gründung 2024 u. a. eine große Wissensdatenbank aufgebaut. Dort finden Interessierte – sortiert nach Themen und Formaten – empfehlenswerte Ratgeber, Checklisten, Analysen, Anleitungen und Schulungsmaterialien für das demokratische Engagement (auch in Leichter Sprache). Außerdem bietet das Bündnis Veranstaltungen und Aktionen an.

<https://zusammen-fuer-demokratie.de> (Wissensdatenbank)

wie der PoliTisch leicht zeigen eindrucksvoll, wie Inklusion und Demokratie zusammengehören – und dass eine Gesellschaft nur dann wirklich demokratisch ist, wenn niemand ausgeschlossen wird.

Stana Schenck ist Mitgründerin von PoliTisch leicht, ein Projekt der inclusion gUG haftungsbeschränkt.

Mehr über PoliTisch leicht unter:
Webseite <https://www.inclusive-solutions.org/>
Instagram: @politisch_leicht

Tach von TACHELES!

Redaktion Tacheles / Stephanie Wilken-Dapper



▲ Die Redaktion von TACHELES berichtet über Inklusion und Teilhabe.

TACHELES ist ein inklusives Medien-Team. Es gibt die Redaktion seit 2021. 14 Menschen arbeiten dort zusammen, die meisten mit Behinderung. TACHELES berichtet über Inklusion und Teilhabe – zum Beispiel im Gespräch mit Politiker:innen und Prominenten. Die Texte gibt es in Leichter und in Schwerer Sprache, damit viele Menschen sie verstehen. Der Redaktion ist Demokratie wichtig. Sie macht sich Sorgen, dass immer mehr Menschen die AfD wählen, und spricht deshalb besonders vor Wahlen über Politik.

► *Seit wann arbeitet die Redaktion TACHELES?*

Das inklusive Medien-Team TACHELES gibt es in seiner heutigen Form seit 2021. In diesem Jahr wurde das Projekt als Medien-Team des Lebenshilfe Trier e. V. durch eine Förderung der Aktion Mensch aufgebaut. Seit dem 1. April 2026 gehört TACHELES zu den Lebenshilfe-Werken Trier.

► *Womit beschäftigt sich TACHELES?*

Thematisch sind keine Grenzen gesetzt, solange es mit Inklusion, Teilhabe oder dem Blick der Redaktion auf die Welt

zu tun hat. So haben wir beispielsweise schon mit Campino von den Toten Hosen telefoniert, Politiker:innen wie Robert Habeck oder Marie-Agnes Strack-Zimmermann interviewt, Barriere-Checks an öffentlichen Orten oder bei Veranstaltungen gemacht, Weltereignisse leicht erklärt, Initiativen zum Protesttag 5. Mai unterstützt und Landes- bis Weltspiele von Special Olympics besucht, wie gerade die Sommerspiele 2026 im Saarland.

► *Was müssen sich die Leser:innen vorstellen?*

Wir arbeiten journalistisch und unabhängig. Unsere Zielgruppe sind Menschen mit und ohne Beeinträchtigung, einfach alle mit Interesse. Daher berichten wir in Leichter und in Schwerer Sprache. Hauptsächlich berichten wir online, für Menschen ohne Zugang zum Internet aber auch gelegentlich in Magazinen und Foto-Flyern. So haben wir es auch in unserem eigenen Redaktionsstatut (in Leichter Sprache!) festgehalten. Unsere Hauptaufgabe ist das Berichten. Am Rande vermitteln wir auch viele Kompetenzen rund um Medien, Technik, Recherche, sozialen Umgang und so weiter.

► *Wie arbeitet die Redaktion? Wie oft treffen Sie sich?*

TACHELES arbeitet mindestens zwei volle Tage die Woche mit Redakteur:innen gemeinsam; weitere Termine und Ausflüge kommen hinzu. Mindestens einmal im Monat findet ein großes Redaktionstreffen am Wochenende statt, damit alle Mitglieder von TACHELES zusammen teilnehmen können. Aktuell sind das 14 Menschen – die meisten mit, einige ohne Beeinträchtigung. Bei den gemeinsamen Terminen in großer Runde sitzen wir zusammen und stimmen uns ab: Wir besprechen, worüber wir wie berichten wollen, informieren uns, bereiten Inhalte vor und organisieren Termine. In den kleineren Gruppen erstellen und bearbeiten wir auch Material und kümmern uns partizipativ um alles, was im Redaktionsalltag anfällt. Gelegentlich besuchen Reporter:innen auch allein einen Termin. Der größere Teil der Redaktionsarbeit läuft ehrenamtlich ab, vieles auch nur in Teilzeit. Die Mitglieder engagieren sich, weil sie die Arbeit einfach richtig und wichtig finden. Dennoch haben wir angesichts der vielen Möglichkeiten oft das Gefühl, viel zu wenige Themen bearbeiten und zu wenige Dialoge für soziale Entwicklungen anstoßen zu können.

► *Wie laufen die Recherchen ab?*

Neue Themen werden entweder von unserem aufmerksamen Publikum an uns herangetragen, oder wir finden eigene Ideen im Alltag, in den Medien oder in Gesprächen. Dann informieren wir uns über Internet, Zeitung und Social Media. Manchmal sprechen wir auch im Vorfeld mit Leuten, um nähere Informationen zu bekommen oder Interviews abzusprechen.

► *Sie beschäftigen sich immer wieder bewusst mit kritischen und politischen Themen, insbesondere vor Wahlen. Warum? Sie könnten ja auch über andere Themen berichten.*

Wir wollen über alles sprechen, was die Menschen bewegt: Politik, Kultur, Sport und bunte Themen. Manchmal steht einer der Bereiche für eine große Zahl an Menschen besonders im Fokus. Dann sprechen wir zum Beispiel bei Special Olympics viel über Inklusion im Sport, oder wir sprechen vor wichtigen Wahlen gern über Politik. So können wir auf das eingehen, was die Menschen bewegt, und neue Aspekte und Sichtweisen hinzufügen. Wir möchten auch die Politiker:innen und die Gesellschaft für die Lebenswirklichkeit von Menschen mit Beeinträchtigung sensibilisieren. Gerade vor Wahlen, denn dann werden über die Politik wichtige Weichen gestellt für die Zukunft von sehr vielen Leuten.

► *Wie bilden Sie sich als Redaktion eine Meinung?*

Über Austausch und Information: Zunächst müssen alle genau wissen, worum es geht. Wir informieren uns also so, dass alle sich überhaupt eine eigene Meinung bilden können. Dabei lernen wir auch direkt, wie wichtig das Informieren ist. Dann diskutieren wir miteinander, stimmen mit Ja- und Nein-Karten ab oder stellen uns im Raum entlang einer Meinungsskala auf. Die Redaktion entscheidet alles Wichtige gemeinsam.

► *Holen Sie sich andere Expert:innen als Gäste?*

Ja. Wir fragen Expert:innen, ob wir zu ihnen kommen können, um mit ihnen ein Interview zu führen. Bei den nationalen Spielen von Special Olympics im Juni 2026 haben wir beispielsweise mit dem Oberbürgermeister von Saarbrücken, Uwe Conradt (CDU), über das Sportevent, Politik und Inklusion gesprochen. Manchmal laden wir auch Fachleute zu uns in die Redaktion ein. So können wir selbst Themen besser kennenlernen, schwierige Zusammenhänge für uns und unser Publikum verständlich erklären lassen oder interessante Antworten auf unsere Fragen bekommen. Wir versuchen, selbst auch immer weiter zu lernen.

► *Machen Sie sich Sorgen um die Demokratie und dass immer mehr Menschen die AfD wählen?*

Ja, sehr. Positionen der AfD, welche die Ausgrenzung fördern oder die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen absprechen möchten, sind genau das Gegenteil unserer Weltvorstellung. Selbst wenn die Partei keine Mehrheiten bekommt, spüren wir, wie sich die Gedanken und Ideen weiterverbreiten und festsetzen. Es wird immer normaler, ein soziales Miteinander infrage zu stellen und vor allem schwache Gruppen an den Rand der Gesellschaft zu drängen. Wir versuchen, mit allen Menschen, ob mit oder ohne Beeinträchtigung, ins Gespräch zu kommen, getreu unserem Leitspruch: „Nur wenn man darüber redet, kann es besser werden.“ Nur Parteien wie der AfD möchten wir keine Bühne bieten.

► *Was möchten Sie als Redaktion dagegen tun?*

TACHELES setzt sich für Inklusion, Teilhabe und eine offene Gesellschaft ein. Wir engagieren uns für mehr Teilhabe – vor allem durch unsere Berichterstattung: Wir zeigen Aktionen, die Inklusion fordern und fördern, wie den Protest-Tag am 5. Mai oder die Petition gegen das neue KiTa-Gesetz von Rheinland-Pfalz. Wir helfen, dass Menschen mehr über Teilhabe lernen und dass so viele Leute wie möglich über Inklusion sprechen können. Wir wollen dazu beitragen, dass Menschen mit Beeinträchtigung einfach dabei und ein normaler Teil sind. Wissen und Austausch sind dafür die beste Grundlage.



◀ Die Redaktion berichtet von Events (z. B. den Special Olympics) und hakt auch bei Politiker:innen kritisch nach.



© TACHELES



► *Was wünschen Sie sich?*

Wir wünschen uns, dass durch unsere Berichte viele Menschen die bewussten und unbewussten Barrieren im Kopf verlieren und miteinander ins Gespräch kommen. Dafür wollen wir gern noch mehr Menschen erreichen.

Unterstützt uns dabei!

Besucht uns auf www.tachelesmedien.de und abonniert unsere Seiten auf Instagram, Facebook und YouTube: @TachelesMedien.

Den Text in Einfacher Sprache findet man unter dem QR-Code.

Text in Einfacher Sprache unter dem Code:



Mitglieder der Interessenvertretung von Leben mit Behinderung Hamburg bei einer Aktion anlässlich des Protesttags zum 5. Mai 2026. ►



© Leben mit Behinderung Hamburg (alle)

Selbst vertreten. Mitgestalten. Demokratie leben

Wie Menschen mit Behinderung bei Leben mit Behinderung Hamburg politische Teilhabe gestalten

Ari Gultom / Mora Gultom / Annika Albers / Fabian Pietzcker und Verena Lück

Politische Teilhabe beginnt nicht erst im Parlament oder bei einer Wahl. Sie beginnt dort, wo Menschen ihre Erfahrungen einbringen, Missstände benennen und Entscheidungen mitgestalten. Deshalb ist die Interessenvertretung bei Leben mit Behinderung Hamburg fest verankert. Sie schafft die Voraussetzungen dafür, dass Menschen mit Behinderung ihre Interessen selbst vertreten und ihr Lebensumfeld mitgestalten.

Für viele Menschen mit Behinderung bedeutet politische Teilhabe, Barrieren sichtbar zu machen und sich gemeinsam für Barrierefreiheit, Selbstbestimmung und Mitbestimmung einzusetzen. Dafür braucht es Strukturen, die Partizipation ermöglichen, und Menschen, die ihre Interessen selbst vertreten. Im Bereich Wohnen von Leben mit Behinderung Hamburg wählen die Klient:innen in sieben Regionen Hamburgs ihre Interessenvertreter:innen. Auch in den zwölf Tagesstätten gibt es Interessenvertretungen – obwohl dies gesetzlich nicht vorgeschrieben ist. Damit schafft die Organisati-

on bewusst zusätzliche Möglichkeiten der Partizipation. Die Interessenvertreter:innen setzen sich für die Anliegen der Klient:innen ein und wirken an Entscheidungen mit, die ihren Alltag betreffen. Die Gesamt-Interessenvertretungen im Wohnen und Arbeiten bündeln diese Anliegen auf Organisations-ebene, bringen sie gegenüber der Geschäftsführung und in trägerweite Entwicklungsprozesse ein. So können Menschen mit Behinderung die Entwicklung von Leben mit Behinderung aktiv mitgestalten.

Die Arbeit der Interessenvertretungen basiert auf einer gemeinsam mit den Interessenvertreter:innen entwickelten Satzung, die sich an der Hamburger Wohn- und Betreuungsmittelwirkungsverordnung orientiert. Ergänzt wird sie durch eine Geschäftsordnung, die Zuständigkeiten, Abläufe und Zusammenarbeit verbindlich regelt. So werden Mitbestimmung und Selbstvertretung nicht nur ermöglicht, sondern auch dauerhaft strukturell abgesichert.

Ein besonderes Merkmal von Leben mit Behinderung Hamburg sind die hauptamtlichen Botschafter:innen der Interessenvertretung Wohnen. Die beiden Stellen, eine tarifliche Beschäftigung und ein ausgelagerter Werkstatt-einzelarbeitsplatz, wurden auf Initiative der Interessenvertretung geschaffen und stärken die Selbstvertretung auf Trägerebene. Die

Botschafter:innen vertreten die Interessen von Menschen mit Behinderung innerhalb und außerhalb der Organisation. Sie bringen Anliegen und Forderungen in Politik, Verwaltung, Fachgremien und Öffentlichkeit ein, machen Barrieren sichtbar und setzen sich für die Rechte von Menschen mit Behinderung ein. Gleichzeitig tragen sie Anregungen aus ihren Netzwerken zurück in die Organisation. Dadurch stärken sie Selbstvertretung und bringen wichtige Impulse für die Weiterentwicklung von Partizipation innerhalb der Organisation ein.

Die Botschafter:innen stellen sich selbst ein Ergebnis gelebter Partizipation. Eine Arbeitsgruppe der Interessenvertretung entwickelte über zwei Jahre gemeinsam mit internen und externen Partner:innen die Stellenbeschreibung und -ausschreibung und gestaltete das Bewerbungsverfahren. Über die Besetzung der Stellen entschied die Interessenvertretung selbst. Die personellen, organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen schafft die Organisation. Die inhaltliche Verantwortung liegt bei der Interessenvertretung. So verbindet Leben mit Behinderung Hamburg strukturelle Unterstützung mit gelebter Selbstvertretung und ermöglicht Partizipation nicht nur auf individueller, sondern auch auf organisationaler Ebene. Damit gehört die Organisation bundesweit zu den wenigen Organisationen, die Selbstvertretung auf diese Weise dauerhaft verankert haben. Menschen mit Behinderung gestalten bei Leben mit Behinderung Hamburg Partizipation nicht nur mit, sondern entwickeln ihre Strukturen selbst weiter.

Für diesen Beitrag haben wir zwei Vertreter:innen unserer Interessenvertretung sowie den beiden Botschafter:innen dieselben Fragen zu ihrem Engagement, ihren Erfahrungen, ihren politischen Anliegen und ihrem Blick auf die Zukunft gestellt. Denn niemand kann besser beschreiben, warum Teilhabe wichtig ist, als die Menschen, die sie ehren- und hauptamtlich jeden Tag selbst gestalten.

Vier Stimmen zur politischen Teilhabe

Die folgenden Aussagen beruhen auf persönlichen Gesprächen. Für eine bessere Lesbarkeit wurden sie sprachlich behutsam redaktionell bearbeitet und thematisch zusammengefasst.

Ari Gultom (Vorsitzender der Gesamt-Interessenvertretung) und Mora Gultom (Interessenvertreter Region West)

Wir möchten ein offenes Ohr für die Klient:innen haben und ihre Ideen an die Geschäftsführung weitergeben. Wir machen mit, weil wir mitreden wollen. Wir wollen sagen, was uns wichtig ist, und setzen uns für die Rechte von Menschen mit Behinderung ein. Die Arbeit macht Spaß und man kann einiges erreichen. Zum Beispiel sind wir durch unsere Aktionen am 5. Mai sichtbar geworden. Wir werden von der Geschäftsführung ernst genommen und haben gemeinsam eine eigene Satzung erarbeitet. Das zeigt uns, dass wir etwas verändern und verbessern können. Demokratie bedeutet für uns, dass alle Menschen mitreden dürfen und ihre Meinung sagen können. Jede Stimme ist wichtig. Menschen sollen respektiert werden und niemand darf ausgeschlossen werden. Mit Sorge schauen wir auf aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen. Dass Parteien wie die AfD oder auch Die Linke so viele Stimmen bekommen, sehen wir kritisch. Auch die neue Pflegereform und soziale Kürzungen machen uns Angst. Wir müssen aufpassen, dass Menschen mit Behinderung sichtbar werden. Deshalb müssen wir uns noch stärker einsetzen und gemeinsam laut sein.

Es ist gefährlich, wenn Menschen ausgegrenzt werden. Darum planen wir Aktionen, zum Beispiel rund um den 5. Mai. Aber das allein reicht nicht. Wir möchten noch häufiger sichtbar sein und noch mehr über Demokratie sprechen. Wir informieren andere Menschen, schauen Nachrichten im Fernsehen, nutzen das Internet und sprechen miteinander. Besonders wichtig sind uns Mitbestimmung, Selbstbestimmung, Barrierefreiheit, Gleichberechtigung, Wohnen, Arbeit, Freizeit und Inklusion. Auf unsere Anliegen machen wir durch Aktionen und Projekte, Beiträge in der „Südring aktuell“ (die Zeitschrift von Leben mit Behinderung), Gespräche mit der Geschäftsführung und unsere Sitzungen aufmerksam.

Wir vertreten die Interessen der Klient:innen.

Für die Zukunft wünschen wir uns, dass Menschen mit Behinderung in der Gesellschaft sichtbar bleiben. Wir wünschen uns mehr Mitbestimmung, mehr Barrierefreiheit, mehr Respekt und mehr Teilhabe. Vor allem wünschen wir uns eine starke Demokratie und eine Gesellschaft, in der alle Menschen dazugehören.

Annika Albers, Botschafterin der Interessenvertretung

Ich bin Botschafterin geworden, weil ich etwas verändern will. Zum Beispiel, dass alle Menschen überall hinkommen. Auf dem Weihnachtsmarkt in Hamburg-Bergedorf lagen auf dem Boden Holzspäne. Wenn man auf den Rollstuhl angewiesen ist, kann man dort nur schwer fahren. Wir haben mit den Veranstaltern gesprochen. Leider wurden die Holzspäne nicht entfernt. Aber über die Kabel wurden Rampen gelegt, damit man darüberfahren kann. Wie ihr lest: Es muss noch viel passieren. Aber kleine Schritte sind gemacht.

Demokratie bedeutet für mich, dass wir alle mitreden können und gehört werden. Ich darf meine Meinung sagen. Im Alltag erlebe ich aber immer wieder, dass das nicht selbstverständlich ist. Ich bin in Hamburg mit den öffentlichen Verkehrsmitteln



◀ (erste Reihe, v. li.): Ari Gultom, Mora Gultom
(zweite Reihe, v. li.): Fabian Pietzcker, Annika Albers



unterwegs. Im Bus stehen Menschen oft in dem Bereich, in dem ich mit meinem Rollstuhl stehen muss, damit ich während der Fahrt sicher stehe. Wenn ich sie auffordere, Platz zu machen, reagieren sie nicht. Wenn dann aber der Busfahrer etwas sagt, machen die Leute Platz. Der Busfahrer sagt genau das Gleiche wie ich. Das ist nicht fair und macht mich wütend. Es macht mir Angst, was kommen könnte. Deshalb arbeite ich im Projekt „Gesundheit 25“ mit. Wir setzen uns dafür ein, dass jeder zu Ärzt:innen kommen kann. Im Sommer machen wir einen Workshop zum Thema Hitzeschutz und überlegen, was man tun kann, wenn es zu heiß wird – zum Beispiel mehr Trinkbrunnen errichten. Für solche Projekte muss es weiterhin Geld geben. Ich mache aufmerksam, ich werde laut und gehe auf Kundgebungen. Ich bin Botschafterin geworden, damit

Menschen mit Behinderung mehr gesehen und gehört werden. Dieses Jahr hat die Interessenvertretung von Leben mit Behinderung Hamburg eine Kundgebung organisiert. Für mich war selbstverständlich, dass ich dabei bin. Nach der Kundgebung war der Rückweg allerdings schwierig. Es war Hafengeburtstag, Busse und Bahnen waren völlig überfüllt. Mein Bus fuhr gar nicht. Ich musste auf die S-Bahn ausweichen. Viele Rollstuhlfahrer:innen kamen gar nicht mehr in die Bahn und wurden stehen gelassen. Die meisten waren erst sehr spät abends zu Hause, obwohl die Kundgebung schon um 15 Uhr zu Ende war. Mir ist wichtig, dass die Menschenrechte für alle gelten und wir uns durchsetzen können. Im Herbst 2025 bin ich von Rumänien nach Hamburg geflogen. Ich war als Rollstuhlfahrerin angemeldet. Der Rollstuhl der Fluggesellschaft, mit dem ich zu meinem Platz gebracht werden sollte, war aber zu breit für den Gang im Flugzeug. Deshalb musste ich ganz vorn sitzen. Mein reservierter Platz war viel weiter hinten, dort, wo auch meine Assistenz saß. Wäre ein Notfall gewesen, hätte ich mir die Rettungsweste nicht allein anziehen können. Teilhabe ist auch mein Recht. In diesem Moment fühlte ich mich wie ein Problem. Deshalb werde ich erst einmal nicht mehr fliegen. Ich engagiere mich außerdem im Inklusionsbeirat. Wir treffen uns viermal im Jahr. Dort arbeiten Selbstvertreterinnen, Assistenzen und Mitarbeiterinnen des Bezirksamtes zusammen. Wir setzen uns für mehr Barrierefreiheit ein, für stille Stunden, die auch am Nachmittag oder Abend stattfinden, und für blinde und sehbehinderte Menschen – zum Beispiel für mehr Leitstreifen.

Für die Zukunft wünsche ich mir, dass keine rechte Partei an die Macht kommt.

Fabian Pietzcker, Botschafter der Interessenvertretung

Ich finde es wichtig, mich für andere einzusetzen. Wenn man zu mehreren ist, erreicht man mehr. Bei der Interessenvertretung Barmbek haben wir Schilder drucken lassen und sie an E-Scooter gehängt, die im Weg standen. Auf den Schildern

Demokratie unter Druck – Schutz und Stärke in der Selbsthilfe“

Fachtag des bvkm am 21. November 2026 in Bremen

Am 21. November 2026 veranstaltet der bvkm in Bremen einen Fachtag zum Thema „Demokratie unter Druck – Schutz und Stärke in der Selbsthilfe“. Demokratie und Vielfalt sind grundlegende Werte unserer Gesellschaft. Viele Menschen mit Behinderung und ihre Familien verfolgen mit großer Sorge aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen und Diskurse. Zunehmende rechtspopulistische und rechts-extreme Kräfte stellen grundlegende Rechte in Frage und verschieben den öffentlichen Diskurs. Der Fachtag des bvkm richtet sich an Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen, Fach- und Leitungskräfte in Einrichtungen und Diensten und alle, die in der Selbsthilfe engagiert sind. Am Vormittag geben Impulsvorträge einen Überblick über aktuelle Herausforderungen und die Haltung des Verbands. Der Nachmittag gehört der Praxis – in drei parallelen Workshops vertiefen wir konkrete Handlungsansätze.

Treffen Sie hier auch Autor:innen dieser Themenausgabe von DAS BAND zum Austausch, Dialog und in Workshops.

Weitere Informationen zum Programm, Tagungsort und zur Anmeldung finden Sie auf unserer Website: www.bvkm.de oder erhalten Sie über unseren wöchentlichen Newsletter kurz & knapp.



Hier geht's zur Veranstaltung

Der Fachtag findet mit freundlicher Unterstützung des AOK Bundesverbandes statt.



stand zum Beispiel: „Du stehst im Weg.“ E-Scooter sind oft Barrieren auf Gehwegen. Mit der Aktion wollten wir darauf aufmerksam machen.

Demokratie bedeutet für mich, dass jeder das Recht hat, seine Meinung frei zu äußern. Wir haben die Wahl, und jeder sollte dieses Recht wahrnehmen. Ich engagiere mich außerdem als Aktivist bei der Seebrücke Hamburg. Diese Bewegung setzt sich für sichere Fluchtwege und die Entkriminalisierung der Seenotrettung von Geflüchteten im Mittelmeer ein. Mir ist es wichtig, mich dafür einzusetzen, meine Meinung zu sagen und Menschen eine Stimme zu geben. Die aktuellen Veränderungen machen mir Angst. Ich mache mir Sorgen, dass die Meinungsfreiheit eingeschränkt wird. Außerdem befürchte ich, dass weniger Geld für die Soziale Arbeit zur Verfügung steht und dadurch die Teilhabe gefährdet wird.

Teilhabe ist heute noch nicht überall selbstverständlich. Ich wollte zum Beispiel mit einem Freund, der auf einen Rollstuhl angewiesen ist, ein Stadtteilstad besuchen. Der Aufzug an der U-Bahn war kaputt. Wir mussten wieder umkehren und nach Hause fahren. Deshalb gehen wir auf Demonstrationen und Kundgebungen und planen Aktionen zu Protesttagen. Im vergangenen Jahr habe ich auf dem Gänsemarkt eine Rede zum Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung gehalten. Auch in diesem Jahr habe ich wieder auf dem Gänsemarkt und bei einer Kundgebung in der Schanze gesprochen. Ich spreche dort für alle Menschen mit Behinderung. Ich halte gern Reden – aber noch schöner wäre es, wenn Aktivismus irgendwann überflüssig wäre. Ich informiere mich über das Fernsehen, Nachrichten und soziale Medien. Ein Politiker sagte, die Nachrichten in leichter Sprache seien etwas für Idioten. Aber es müsste noch viel mehr barrierefreie Nachrichten geben, damit alle mitreden können! Mir sind Teilhabe und Gleichberechtigung besonders wichtig. Ich möchte, dass es besser wird und nicht schlechter, weil Geld gespart wird. Mir ist wichtig, dass wir mitreden und mitbestimmen können. Außerdem wünsche ich mir, dass die UN-Behindertenrechtskonvention konsequent umgesetzt wird. Ich arbeite als Botschafter der Interessenvertretung bei Leben mit Behinderung Hamburg. Ich habe mein Hobby zum Beruf gemacht und setze mich für unsere Rechte ein.

Für die Zukunft wünsche ich mir, dass rechtsextreme Parteien nicht an die Macht kommen. Ich wünsche mir, dass keine Gelder gekürzt werden, wenn dadurch Demokratie und Teilhabe gefährdet sind. Und ich wünsche mir, dass ich immer frei meine Meinung sagen kann – ohne Angst haben zu müssen.

Die Erfahrungen von Ari Gultom, Mora Gultom, Annika Albers und Fabian Pietzcker machen deutlich: Politische Teilhabe beginnt dort, wo Menschen ihre Erfahrungen einbringen, Verantwortung übernehmen und ihre Stimme selbst erheben. Die Interessenvertretung und die Botschafter:innen von Leben mit Behinderung Hamburg zeigen jeden Tag, wie politische Mitbestimmung gelebt und gestaltet werden kann.

„Du bist gut genug“

Pelle Stumpf

Das ist mir wichtig: Ich mache politische Arbeit nie allein. Ich brauche Assistenz. Das ist schon Teil der politischen Arbeit. Alle sehen das, und so entsteht meine Interessenvertretung.

Vor Corona war ich in Berlin bei dem Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Herrn Dusel. Meine Mutter war Assistenz und hatte mir gesagt, dass er blind ist. Als wir uns vorgestellt wurden, habe ich extra lautiert, damit er weiß, wer ich bin. Wenn wir uns heute treffen, weiß er gleich: Da ist Pelle.

Bei einem Neujahrsempfang habe ich Olaf Scholz gesehen. Da war er noch Erster Bürgermeister in Hamburg. Viele Menschen wollten mit ihm aufs Foto. Er hat sich zu mir gehockt und war sehr nett. Das Foto hing bei meinen Großeltern an einem Ehrenplatz. Und die hatten bis dahin immer CDU gewählt.

Ich interessiere mich sehr dafür, wie Menschen reagieren, wenn ich ihnen begegne. Es ist spannend, in einem Raum der einzige Mensch mit einem Rollstuhl zu sein. Sehr gern mag ich aber Treffen mit anderen Menschen mit Behinderung. Ich bin jetzt Mitglied im Landesbeirat zur Teilhabe bei der Senatskoordinatorin für die Gleichstellung, und da bin ich ganz schön nervös. Es ist sehr viel zu lesen und vorzubereiten. Dafür ist fast nicht genug Zeit. Man muss in der Beiratssitzung gut aufpassen und die Beteiligung ist nicht einfach. Beim letzten Treffen habe ich es geschafft und spontan lautiert (es ging um bessere Schneebeseitigung auf den Gehwegen), um auf einen Punkt aufmerksam zu machen, der mir wichtig war (Räumung bei den abgesenkten Bordsteinen).

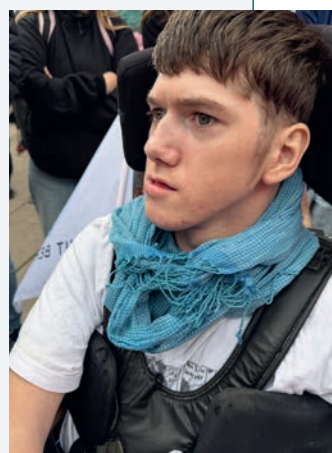
Ich kenne inzwischen einige Aktive, die auch auf mich achten und die ich unterstütze. Besonders mag ich auch die gemeinsame Interessenvertretung mit Menschen, die gehörlos sind und Dolmetschung nutzen. Sie müssen sich auch so sehr anstrengen, verstanden zu werden, wie ich.

Ich bin Mitglied bei Autonom Leben. Das ist ein Verein von Selbstvertreterinnen und -vertretern in Hamburg. Über meine Mutter bin ich aber auch viel bei Leben mit Behinderung Hamburg aktiv. Meine Freundin Lena ist auch politisch aktiv als Multiplikatorin für sexuelle Selbstbestimmung. Das finde ich toll. Ich habe auch einen Instagram-Account. Leider kann ich viel weniger machen, als ich möchte, weil ich dafür mehr Assistenz brauchen würde.

Im Moment kandidiere ich für die Interessenvertretung bei meiner Arbeit in der Tagesstätte. Dazu muss ich gewählt werden von meinen Kolleginnen und Kollegen. Das regt mich gerade ganz schön auf. Und im Moment gibt es viele Diskussionen, dass der Staat sparen muss und deshalb weniger Assistenz finanzieren wird. Deshalb gehe ich demonstrieren, damit es genug Assistenz gibt und die auch ordentlich bezahlt wird.

Dieser Text hat lange gedauert, weil ich nur mit den Augen Ja und Nein sage. Manche denken, ich verstehe nicht, worum es geht, weil ich nicht sprechen kann. Das ist eine Frechheit. Deshalb ist für mich Politikmachen so wichtig. „Du bist gut genug“ ist ein super Song und eine wichtige Botschaft. Ich bin genau so richtig, wie ich bin, und lerne zugleich beim Politikmachen Menschen kennen und immer etwas dazu.

Pelle Stumpf lebt in Hamburg und arbeitet in einer Tagesstätte von Leben mit Behinderung Hamburg.



© Privat

Menschen mit Behinderungen für Demokratie und Menschenrechte

Katrin Grüber / Carola Pohlen

Einfache Sprache

Manche politische Gruppen wollen Menschen mit Behinderungen nicht dabei haben. Sie sagen schlechte Dinge über Menschen mit Behinderungen. Das ist nicht in Ordnung. Deshalb haben mehrere Verbände 2024 zwei Online-Treffen organisiert. Die Treffen waren in Einfacher Sprache. Rund 100 Menschen aus Werkstätten und Wohneinrichtungen haben mitgemacht. Ein Experte hat erklärt, warum rechtsextreme Gruppen gefährlich sind. Ein Selbstvertreter hat über die Geschichte erinnert: „Wir müssen dafür sorgen, dass so etwas nicht wieder passiert.“ Die Teilnehmenden haben über eigene Erfahrungen gesprochen. Und darüber, wie sie gemeinsam aktiv werden können. Das Ergebnis ist klar: Menschen mit Behinderungen wollen mitmachen. Sie wollen endlich als Bürgerinnen und Bürger ernst genommen werden.

Rechtsextreme Akteur:innen äußern sich abwertend über Menschen mit Behinderungen und wollen Inklusion abschaffen. Im Vorfeld der Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg lud der Paritätische 2024 gemeinsam mit anderen Verbänden, darunter neben dem bvk auch die Werkstatträtre Deutschland und der Beirat der Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung beim BeB zu zwei digitalen Treffen in einfacher Sprache für Menschen mit Lernschwierigkeiten ein. Auch wenn im Zentrum der Veranstaltungen die Gefahren standen, war das Motto bewusst positiv gewählt: „Menschen mit Behinderungen für Menschen-Rechte und Demokratie“.

Zu Beginn der Veranstaltungen wurde über Argumentationsmodelle rechtsextremer und rechter Akteur:innen informiert. Jan Riebe von der Amadeu Antonio Stiftung berichtete über seine Forschungsergebnisse*. Er erklärte, auf welche ideologischen Grundlagen die extreme Rechte in ihrer der Abwertung von Menschen mit Behinderungen zurückgreift und wie sich dies in der Programmatik und den Aussagen von Vertreter:innen der AfD äußert. Mario S., der als Selbstvertreter Führungen in Leichter Sprache in der Euthanasie-Gedenkstätte Brandenburg anbietet, berichtete über die Parallelen zwischen Rechtsextre-

mismus damals und heute. Er erzählte, er habe in diesem Kontext viel gelernt über mutige Menschen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus: „Ich rede über die Geschichte dieser Menschen und die Opfer der NS-Euthanasie, damit sie nicht vergessen werden. Denn heute müssen wir dafür sorgen, dass sich so etwas nicht wiederholt.“

Mit diesem Ziel vor Augen ging es bei den Treffen vor allem um den Erfahrungsaustausch der jeweils ca. 100 Selbstvertreter:innen aus Werkstätten und Wohneinrichtungen und darum, über Handlungsmöglichkeiten zu sprechen. Eindrücklich berichteten Teilnehmende von ihren vielfältigen Aktivitäten – Pflanzentauschbörse statt AfD-Wahlkampfstand, Unterschriftensammlungen, Plakate an Wohneinrichtungen – aber auch von den unterschiedlichen Herausforderungen, die sie vor Ort erleben:

Werkstattbeschäftigte erhalten Besuch von Vertreter:innen der AfD, wie damit umgehen in einer Werkstatt? Argumente der AfD werden aufgegriffen und es kommt zu Diskussionen: Wie kann ich in einem Gespräch gut bestehen? Es werden Aktivitäten gegen Rechtsextremismus geplant, wie kann das barrierefrei gestaltet werden? Wie können sich Selbstvertretungen an Demonstrationen größerer Bündnisse beteiligen, die oft wenig barrierefrei sind?

Teilnehmende beschrieben, dass Vertreter:innen der AfD in der Werkstatt ohne Ankündigung auftauchen. Dass die anderen Parteien sich rarmachen, wird mit Verärgerung wahrgenommen, denn persönliche Begegnungen werden von den Teilnehmenden für unbedingt notwendig erachtet. Sie sind der erste Schritt. Denn grundsätzlich erwarten sie von politischen Parteien, von Regierungen und Parlamenten, dass diese sich für ihre Rechte einsetzen, damit sich die Situation von Menschen mit Behinderung verbessert und die UN-BRK umgesetzt wird.

Die Realität aber sehe anders an. Die Situation von Menschen mit Behinderungen verbessere sich nicht spürbar, die Gesellschaft werde nicht inklusiver und Menschen mit Behinderungen erleben nur geringe Unterstützung durch Politiker:innen. Die Teilnehmenden berichten von großer Unzufriedenheit in ihrem Umfeld mit der Politik: Kolleg:innen und Bekannte wendeten sich frustriert auch Parteien wie der AfD zu. Selbstvertreter:innen berichten, dass sie mit ihrer kritischen Einschätzung der AfD in ihrem Alltag in der Werkstatt oder in der Wohngruppe mitunter allein oder in der Minderheit sind. Es ist für sie eine Herausforderung, andere davon zu überzeugen, dass die AfD keine Partei wie alle anderen und für Menschen mit Behinderungen besonders problematisch ist.

Für den Austausch mit Peers werden Informationen zu Argumentationsmustern rechtsextremer Akteure:innen sowie spezifisch zu Agenda und Zielen der AfD in Leichter und Einfacher Sprache benötigt. Es gibt zwar erfreulich viele Materialien in Leichter oder in Einfacher Sprache, diese sind aber noch unzureichend gebündelt und zu wenig bekannt. Deshalb wurden im Nachgang der Veranstaltungen Informationen zum Weiterlesen erstellt.

Der Austausch zeigte eine weitere Herausforderung. Menschen mit Lernschwierigkeiten sind nicht selbstverständlicher Teil der Zivilgesellschaft. Veranstalter:innen von Demonstrationen gegen Rechtsextremismus und Vielfalt gewinnen selten Selbstvertreter:innen mit einer Lernschwierigkeit als Redner:innen – weil sie nicht auf den Gedanken kommen, weil sie unsicher sind, oder weil sie keine Kontakte zu Menschen mit Lernschwierigkeiten haben.

Auf Grundlage der geschilderten Probleme lag der Fokus darauf, praktische Hinweise zu geben und voneinander zu lernen: Wie können Kontakte zu Parteien hergestellt werden? Wie vernetze ich mich vor Ort? Was ist nötig, damit Selbstvertreter:innen sich in bestehende Netzwerke einbringen können, auch wenn die Settings derzeit wenig inklusive sind?

Beide Veranstaltungen haben eindrücklich das große Interesse von Menschen mit Lernschwierigkeiten gezeigt, sich mit Menschen mit und ohne Behinderungen zu vernetzen und austauschen, gemeinsam Aktivitäten zu planen und Strategien zum Umgang mit AfD-Politiker:innen zu entwickeln. Sie haben aber auch deutlich gemacht, welche reale Bedrohung für Menschen mit Behinderungen von rechtsextremem Akteur:innen ausgeht. Die Veranstaltungen fanden statt, kurz nachdem ein Wohnort von Menschen mit Behinderungen in Mönchengladbach von Rechtsextremen angegriffen wurde, auch das war Thema. Die Teilnehmenden selbst berichteten von Ausgrenzungs- und Abwertungserfahrungen. Umso wichtiger ist es, sich gemeinsam für Demokratie und Menschenrechte stark zu machen. Die Teilnehmenden haben im Rahmen der Veranstaltungen ihren Wunsch deutlich gemacht, Politik mitzugestalten. Sie wollen endlich als Bürger:innen und politische Subjekte ernst genommen und angesprochen werden. Dies gilt für die Politik, aber auch für die Zivilgesellschaft. Wer über Vielfalt spricht, sollte die Bedingungen dafür schaffen, dass Menschen mit einer Lernschwierigkeit aktiv mitmachen können – als

Politik geht uns alle an!

Eindrucksvoller Film der Bundesvertretung der Clubs und Gruppen im bvkm

Politik geht uns alle an! Unter diesem Leitgedanken hat sich die Selbstvertretung des bvkm Gedanken über Politik gemacht und einen beeindruckenden Film erstellt.

Im Rahmen des Projekts „Selbst-Stärkung durch Gemeinschaft“ entwickelte die BV gemeinsam Ideen für kurze Videobotschaften, um ihre Perspektiven und Anliegen sichtbar zu machen. In den entstandenen Filmclips wurden persönliche Erfahrungen gezeigt sowie konkrete Wege zur aktiven Mitgestaltung vorgestellt. In Einfacher Sprache wurde beispielsweise die Bedeutung des Wahlrechts vermittelt, verbunden mit der Ermutigung, sich aktiv einzubringen. Ziel des Projektes war es, über die Wichtigkeit von Demokratie und Wahlen aufzuklären und Menschen mit Behinderung zu befähigen, wählen zu gehen. Das Projekt wurde von der DAK-Gesundheit gefördert.

Zum Film geht es über den QR-Code.



Redner:innen und als Teilnehmer:innen. Barrierefreiheit ist auch im Einsatz für Demokratie und Menschenrechten eine wichtige Bedingung.

Das digitale Austauschformat hat funktioniert, auch wenn die persönlichen Begegnungen eine andere Qualität bedeuten. Es wäre wünschenswert, wenn es mehr solcher Formate gäbe: digital und vor Ort. Damit mehr Selbstvertreter:innen eintreten können für ihre Rechte und für Demokratie, Vielfalt und Menschenrechte

Dr. Katrin Grüber, Institut Partizipation, Teilhabe und Selbstbestimmung (PaTeSe)

Carola Pohlen, Referentin für die Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen und psychischen Erkrankungen beim Paritätischen Gesamtverband.

Weitere Informationen



Berichte über die zwei Veranstaltungen
(Schwere Sprache)



Nachbericht
(Leichte Sprache)



Informationen zum
Weiterlesen
(Leichte Sprache)



*Übersetzung des
Berichtes von Jan Riebe
(Leichte Sprache)

Meine Stimme, meine Wahl!

Beate Bettenhausen

Einfache Sprache

Wählen ist ein wichtiges Recht. Jeder Mensch darf mitbestimmen, wer in Deutschland Politik macht. Das gilt natürlich auch für Menschen mit Behinderung. Aber wie geht das Wählen, wenn jemand nicht sprechen kann? Oder kein Kreuz auf dem Wahlzettel machen kann? Der Sohn von Frau Bettenhausen hat eine Behinderung. Er kann nicht sprechen. Seine Eltern sind auch seine rechtlichen Betreuer. Bei der Bundestagswahl 2025 haben Frau Bettenhausen und ihr Mann ihren Sohn beim Wählen unterstützt. Das war nicht immer einfach. Aber es hat geklappt. Dieser Text erzählt: Wie die Eltern ihren Sohn auf die Wahl vorbereitet haben. Wie der Sohn seine Wahlentscheidung getroffen hat. Was die Familie dabei gelernt hat.

Das Wahlrecht ist ein wichtiges Grundrecht und ein bedeutendes Element unserer Demokratie. Vor der Bundestagswahl 2025 hat die Bundesvertretung der Clubs und Gruppen des bvkm daher alle Menschen mit einer großartigen Videobotschaft zur Wahl aufgerufen: Es geht uns alle an! Deine Stimme zählt! Doch wie funktioniert Wählen, wenn man aufgrund einer Behinderung kein Kreuz auf dem Wahlzettel machen kann? Wie kann man seine Stimme abgeben, wenn man nicht sprechen kann, über keine Lautsprache verfügt und auch nur bedingt einen Talker bedienen kann? Die alles entscheidende Frage ist aber: Lässt sich unter diesen Bedingungen der politische Wille einer Person ermitteln als Grundlage für die Wahlentscheidung? Und wie kann das gelingen? Mit all diesen Themen haben wir uns bei der letzten Bundestagswahl intensiv auseinandergesetzt, um unserem Sohn Sebastian, dessen rechtliche Betreuer wir Eltern sind, das Wählen zu ermöglichen. Denn die UN-Behindertenrechtskonvention besagt ganz klar: Jeder Mensch mit Behinderung hat das Recht zu wählen. Jeder darf mitbestimmen, welche Politiker in Deutschland etwas entscheiden dürfen. Obwohl die UN-BRK schon 2009 in Deutschland in Kraft trat, hat der Bundestag allerdings erst 2019 die Einführung eines inklusiven Wahlrechts beschlossen. Viele Verbände, auch der bvkm, hatten sich dafür jahrelang eingesetzt.

Nur wenige Wochen vor der Abstimmung im Bundestag urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass die bis dahin geltenden Regelungen für den Ausschluss rechtlich betreuter Personen vom Wahlrecht verfassungswidrig sind. In seiner Begründung erläuterte das Gericht, dass diese Regelungen zu Ungleichbehandlungen führten und gegen das Verbot einer Benachteiligung bei Behinderung verstießen. Bis 2019 waren Personen, die eine rechtliche Betreuung in allen Angelegenheiten hatten, pauschal vom Wahlrecht ausgeschlossen. Diesen Wahlausschluss hat der Bundestag durch Beschluss vom 16. Mai 2019 aus dem Bundeswahlgesetz gestrichen. Nur durch einen Richterspruch kann jetzt noch einzelnen Personen das Wahlrecht aberkannt werden. Soweit die rechtlichen Grundlagen, aber wie hat Sebastian seine Wahlentscheidung getroffen, und wie haben wir ihm dabei assistiert?

Der Anstoß fand sich zufällig in unserer kleinen Buchhandlung: ein Sachbuch darüber, wie Politik gemacht wird. Nicht zu kindlich, nicht zu viel Text, sondern gut verständliche Erklärungen in Wort und Bild, die Lust darauf machen, mehr zu erfahren. Das Buch nahm Sebastian auch mit in seine Wohngruppe, um immer mal wieder mit Assistenz darin zu lesen. Denn politische Bildung ist wichtig, damit Menschen mit Behinderung ihre Rechte als Bürger kennen und sich einbringen können.

Doch Politik und Parteien müssen auch hautnah erlebbar werden. Dafür bietet der Straßenwahlkampf gute Gelegenheiten. An einem Samstagvormittag wanderten wir daher bei uns im Ort von Parteistand zu Parteistand. An jedem Stand bat ich da-



© Bettenhausen (alle)



◀ Beate Bettenhausen begleitet ihren Sohn Sebastian zum Briefkasten für die Briefwahl. Sie hat ihn dabei unterstützt, sich ein genaues Bild der Wahl zu machen und am Ende eine eigenständige und selbstbestimmte Entscheidung zu treffen.

rum, in einfachen Worten zu erklären, wofür die Partei steht und was sie für Menschen mit Behinderung tun will. Oft sorgte das für eine gewisse Irritation. Immer wieder musste ich darum bitten, nicht mit mir, sondern mit Sebastian zu sprechen.

Die Reaktionen auf die Frage waren unterschiedlich: Manche erklärten, was bei uns im Ort alles schon umgesetzt sei, z. B. der barrierefreie Umbau von Haltestellen. Sehr gut, aber eigentlich wollten wir etwas über das Programm für die Bundestagswahl hören. Andere schweiften wortreich in völlig andere Politikbereiche ab. Eine Gesprächspartnerin gestand nach wenigen Sätzen, dass sie gar nicht so genau wisse, welche Ziele ihre Partei im Bereich Teilhabe und Inklusion hat. Sie versprach, sich umgehend schlau zu machen. Respekt für so viel Ehrlichkeit in der Politik. Insgesamt waren die Gespräche und persönlichen Begegnungen freundlich und eine spannende Erfahrung. Flyer und Infobroschüren nahmen wir mit nach Hause.

Ein Blick in die Parteiprogramme sollte uns weitere Erkenntnisse bringen, was sich die Parteien für die Zukunft vorgenommen haben. Also suchten wir im Internet nach Informationen der Parteien in Leichter Sprache. Erste Überraschung: Nicht alle Parteien hatten ein Wahlprogramm in Leichter Sprache! Genauso aufschlussreich war, wie umfangreich und konkret die Abschnitte über Teilhabe, Inklusion, Barrierefreiheit und Pflege waren. Die markantesten Botschaften zu diesen Themen druckten wir aus.

Nun mussten all die gesammelten Informationen so aufbereitet werden, dass sich Sebastian einen Überblick verschaffen und eine Wahl treffen konnte. Dafür besorgten wir Karten in den Farben der Parteien, beschrifteten sie mit dem Namen der Partei und klebten die Fotos des Spitzenkandidaten auf die andere Seite. Auf die Innenseite kamen die Kernaussagen zu Teilhabe, Barrierefreiheit und Inklusion aus den jeweiligen Wahlprogrammen. Aus pragmatischen Gründen haben wir uns auf fünf Parteien beschränkt, die in den Umfragen vor der Wahl vorn lagen.

Eine wichtige Voraussetzung für Sebastians Entscheidungsfindung war eine ruhige, ablenkungsfreie Umgebung und ein Zeitpunkt, zu dem er sich gut konzentrieren konnte. Für den Entscheidungsprozess stellten wir die gemeinsam vorbereiteten Karten gut sichtbar auf den Tisch und erläuterten im ersten Schritt noch einmal, worum es ging, nämlich um die Wahl des Deutschen Bundestags. Dann zeigten wir Sebastian zunächst jede Karte einzeln und lasen Partei, Spitzenkandidat und Wahlprogramm vor. Da Sebastian einige der Direktkandidaten kannte, sagten wir ihm auch diese Namen dazu. Ja-Nein-Fragen kann Sebastian sehr zuverlässig beantworten, daher fragten wir ihn anschließend zu jeder Partei, ob er gut fand, was er über sie gehört und gesehen hatte. So war eine erste Vorauswahl möglich. Aus der reduzierten Auswahl von Karten traf Sebastian mit seinen Ja-Nein-Karten sowie durch Zeigen auf die Karten seine

Entscheidung. Über den gesamten Entscheidungsprozess hinweg war Sebastian mit voller Aufmerksamkeit dabei.

Seine Wahlentscheidung übertrugen wir auf den Stimmzettel und erläuterten und zeigten dabei jeden einzelnen Schritt. Eine sprachliche Begleitung wäre im Wahllokal nicht möglich gewesen, daher die Briefwahl. Anschließend ging es zusammen durchs Schneegestöber zum Rathaus, wo wir vor Sebastians Augen die ausgefüllten Wahlunterlagen in den Briefkasten warfen.

Wie haben wir unsere Rolle als Assistenzpersonen erlebt? Auch hier sind die rechtlichen Grundlagen für uns handlungsleitend: Die Bundeswahlordnung erlaubt Hilfestellung durch Hilfspersonen, z. B. beim Ausfüllen und Falten des Stimmzettels. Eine Einflussnahme auf die Wahlentscheidung ist jedoch unzulässig! Als rechtliche Betreuer haben wir die Aufgabe, Sebastian bei Entscheidungen und bei deren Umsetzung zu unterstützen. Bei einem so hohen Gut wie einer Wahlentscheidung steht für uns an erster Stelle, dass Sebastians Wille klar und eindeutig erkennbar ist.

Die größte Herausforderung als Assistenzperson ist sicherlich, die Entscheidung nicht zu beeinflussen und die eigene Meinung zurückzunehmen. Das ist leichter gesagt als getan, vor allem wenn es, wie bei der letzten Bundestagswahl, um so wichtige Themen wie den Zusammenhalt der Gesellschaft, Vielfalt und soziale Sicherheit geht. Wenn auch Parteien zur Wahl stehen, die Inklusion und Teilhaberechte grundsätzlich infrage stellen, macht das die Sache nicht einfacher. Wir haben uns nach besten Kräften um Neutralität bemüht, im Wissen, dass Sebastian ein feines Gespür für Stimmungen hat, und keine politischen Positionen ausgeklammert.

Andererseits haben wir uns auch vor Augen gehalten, dass letztlich jeder Mensch Einflüssen ausgesetzt ist. Wir alle werden durch familiäre Prägungen, Freundeskreise, Medien, unsere Werte und persönliche Erfahrungen beeinflusst. Die wenigsten Wähler:innen lesen alle Parteiprogramme von vorn bis hinten, um sich eine Meinung zu bilden. Es ist auch zulässig, aus dem Blickwinkel der eigenen Lebensrealität eine Wahlentscheidung zu treffen und andere Themen hintenan zu stellen. Bei Menschen ohne Behinderung und ohne rechtliche Betreuung würde das niemand infrage stellen.

Was und wen Sebastian gewählt hat, unterliegt selbstverständlich dem Wahlgeheimnis. Aber so viel kann ich verraten: nicht dieselbe Partei wie sein Papa oder ich. Sein Wille und seine Auswahl waren eindeutig und anhand von Zeigen und Blicken klar erkennbar. Hätte er eine für uns unwählbare Partei gewählt, hätten wir das Kreuz dennoch an der von ihm gewünschten Stelle gesetzt. Hätte er keine klar erkennbare Entscheidung getroffen, wäre der Wahlschein leer geblieben.

Beate Bettenhausen ist Vorsitzende des bvkm und engagiert sich außerdem u. a. im Vorstand unseres LVKM Bayern.

Teilnehmer:innen des Workshops „UK in der Politik“ diskutierten engagiert mit Jürgen Dusel, dem Beauftragten der Bundesregierung für Menschen mit Behinderung. ►



© Finn Kantus für bvkm (3)

UK in der Politik

Kathrin Klapper / Stephanie Wilken-Dapper

Einfache Sprache

Beim bvkm-Jahrestreffen im Mai 2026 in Duisburg gab es eine Podiumsdiskussion. Das Thema war: Was brauchen Menschen, die Unterstützte Kommunikation nutzen, um gut mitmachen zu können? Jürgen Dusel war dabei. Er ist der Beauftragte der Bundesregierung für Menschen mit Behinderungen. Kathrin Klapper hat die Diskussion geleitet. Sie nutzt selbst Unterstützte Kommunikation. Sie hat Jürgen Dusel Forderungen übergeben. Diese Forderungen haben die Teilnehmenden beim Jahrestreffen erarbeitet. Davor hat Kathrin Klapper einen Workshop geleitet. Der Workshop hieß: „UK in der Politik – nutzen wir unsere Stimme!“ Dort haben die Teilnehmenden ihre Wünsche und Ideen gesammelt. Im Interview berichtet Kathrin Klapper: Wie hat der Workshop funktioniert? Was war ihr wichtig? Und was möchte sie in Zukunft noch erreichen?

Im Rahmen des bvkm-Jahrestreffen für unterstützt kommunizierende Menschen im Mai 2026 in Duisburg (s. S. 32 ff. **diese Ausgabe**) fand eine Podiumsdiskussion unter Beteiligung von Jürgen Dusel, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, statt. Die Podiumsdiskussion stand unter dem Titel „Bedürfnisse und Wünsche an die Politik im Bereich kommunikativer Teilhabe“. Kathrin Klapper, UK-Lerin und Moderatorin der Diskussion, überreichte

Vorschläge und Forderungen zu Teilhabe und Barrierefreiheit, die beim Jahrestreffen entstanden sind, im Namen aller Teilnehmenden an Jürgen Dusel. Die Podiumsdiskussion wurde im Rahmen des Workshops „UK in der Politik – nutzen wir unsere Stimme!“ unter Leitung von Kathrin Klapper von den Teilnehmenden vorbereitet. Im Gespräch berichtet sie über den Workshop.

► *Haben sich die Teilnehmenden im Vorfeld auf den Workshop vorbereiten und ihre Ideen einbringen können? Oder sind alle Dinge erst im Workshop entstanden?*

Alle Ideen für politische Forderungen kamen von den Teilnehmenden des Workshops selbst. Ich habe ihnen jedoch im Vorfeld keine „Hausaufgaben“ gegeben. Eine wesentliche Voraussetzung von kommunikativer Teilhabe von unterstützt kommunizierenden Menschen ist Zeit. Häufig wird von uns verlangt, Gespräche vorzubereiten, damit es schneller geht. Gerade dies wollte ich bei meinem Workshop nicht. Ich habe lediglich für eine Struktur gesorgt, die es ermöglicht hat, ihre Wünsche für kommunikative Teilhabe zu äußern.

► *Welche methodischen Vorarbeiten waren notwendig, damit am Ende die Forderungen zusammengetragen werden konnten?*

Um ganz ehrlich zu sein: Im Rahmen meiner Dissertation habe ich das „Profil Kommunikativer Teilhabe“ (PKT) entwickelt. Beim PKT handelt es sich um ein partizipativ entwickeltes Erfassungsraster, über das unterstützt kommunizierende Menschen ihre eigene kommunikative Persönlichkeit, die Funktionalität ihres alternativen Kommunikationssystems und ihre Abhängigkeit von Bezugspersonen bei der kommunikativen Teilhabe subjektiv bewerten können. Dies geschieht jeweils für spezifische kommunikative Aktivitäten. Mit dem PKT wurde ein ICF-basiertes Instrument entwickelt, mit dem sowohl förderliche Aspekte als auch hemmende Faktoren auf

kommunikative Teilhabe identifiziert werden können. Das PKT ist für die gesamte Personengruppe mit UK-Bedarf geeignet, da es auch mit Unterstützung von Bezugspersonen oder stellvertretend ausgefüllt werden kann. Auf der Grundlage des PKT können UK-Interventionen teilhabeorientiert ausgerichtet werden, d. h. sie fokussieren kommunikative Aktivitäten, stärken kommunikative Fähigkeiten und die Motivation von unterstützten kommunizierenden Menschen, sind auf die Funktionalität von Kommunikationssystemen ausgerichtet und sorgen für ein kompetentes Umfeld. Das PKT habe ich beim Workshop dafür genutzt, individuelle kommunikative Teilhabeziele zu identifizieren und daraus politische Forderungen zu formulieren.

► *Was würden Sie in einem nächsten Workshop anders machen wollen?*

Im Vorhinein war ich äußerst skeptisch. Es ist ein sehr komplexes und theoretisches Thema. Würde ich alle Teilnehmenden damit abgeholt bekommen? Würde ich sie motivieren können, ihre Wünsche und Bedürfnisse mitzuteilen? Aber meine Befürchtungen waren unbegründet: jede:r hat sich auf seinem Niveau eingebracht, jede:r war aktiv dabei, jede:r wollte mitreden! Ich weiß nicht, was ich noch verbessern könnte.

► *Wo hätten Sie als Gruppe mehr Zeit und Unterstützung benötigt? Wo hat es gut funktioniert?*

Gute Kommunikationsassistenz für jede Teilnehmerinnen und jeden Teilnehmer ist unbedingt erforderlich, um zu gewährleisten, dass alle gut mitreden können.

► *Der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Jürgen Dusel, hat Ihre Themen interessiert aufgegriffen: welches Thema haben Sie als Gruppe Ihrer Meinung nach besonders gut platziert? Wofür konnten Sie Bewusstsein schaffen und sensibilisieren?*

Im Nachgang der Veranstaltung hatte ich ein Online-Meeting mit einer Mitarbeiterin von Herrn Dusel, um mit ihr über kommunikative Teilhabe zu sprechen. Endlich werden die besonderen Teilhabebedarfe von unterstützten kommunizierenden Menschen gesehen und gehört!

► *Mit den Forderungen aus der Jahresversammlung heraus haben Sie und die Gruppe dem Jahrestreffen einen neuen Impuls gegeben: Möchten Sie als Gruppe weiter an politischen Themen arbeiten und sich damit Gehör verschaffen?*
Ich bin schon dran.

► *Gibt es schon neue Pläne? Was können Sie sich für die Zukunft vorstellen?*

Als Erstes möchte ich mal meine Dissertation beenden. Und dann mein PKT im UK-Versorgungssystem etablieren, damit unterstützt kommunizierende Menschen über ihre Teilhabeziele selbst entscheiden können. Ich selbst habe für meine Stimme hart kämpfen müssen. Nun möchte ich diese nutzen, um anderen unterstützten kommunizierenden Menschen mehr kommunikative Teilhabe, Selbstbestimmung und Unabhängigkeit zu ermöglichen.

► *Warum ist es Ihrer Meinung nach wichtig, dass Menschen mit UK-Bedarf auch politisch präsenter sind und sich mehr Gehör verschaffen?*



© Susanne Ellert für bvkm

Unterstützt kommunizierende Menschen müssen dazu befähigt werden, selbst ihre Bedarfe, Wünsche und Ziele zu äußern und diese einzufordern. Es wird Zeit, dass wir nicht länger über Personen mit UK-Bedarf sprechen, sondern sie auch in politische Prozesse einbeziehen.

▲ Kathrin Klapper im Gespräch mit Jürgen Dusel.

Kathrin Klapper ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität zu Köln. Im Rahmen ihrer Promotion forscht sie zur kommunikativen Teilhabe von unterstützten kommunizierenden Menschen. Darüber hinaus ist sie Vorstandsmitglied im lvkm nrw und engagiert sich für die Interessenvertretung von Menschen UK-Bedarf.

Die Statements und Forderungen zur gesellschaftlichen und politischen Teilhabe als PDF unter dem QR-Code:



◀ Es entstanden im Workshop Statements und Forderungen zur gesellschaftlichen und politischen Teilhabe, die dem Beauftragten vorgestellt und übergeben wurden. Das Dokument ist unter dem QR-Code zu finden.

Sei mutig, selbstbewusst und stark!

Jennifer Oppers / Redaktion DAS BAND

Jennifer Oppers engagiert sich in der Bundesvertretung des Clubs und Gruppen im bvkm und im Bundesausschuss des bvkm. Dort wurde sie hineingewählt – das ist ihr sehr wichtig. Denn sie möchte die Interessen von Menschen mit Behinderung vertreten. Heute macht sie sich Sorgen: Wird Inklusion wieder nur ein Wort? Werden Gelder gestrichen, die Menschen wirklich brauchen? Sie sagt: Jeder Mensch hat dieselben Rechte. Auch Menschen mit Behinderung haben eine Meinung – und die zählt.

► *Sie sind politisch interessiert und selbst auch aktiv: Arbeiten Sie in Gremien oder Gruppen mit?*
Ich bin im bvkm und im Bundesausschuss tätig und wurde dort hineingewählt, worüber ich sehr dankbar bin. So kann ich die Interessen meiner Wählerinnen und Wähler – und auch meine eigenen – vertreten und mich politisch – sowie bei anderen Themen – aktiv einbringen. Mit kreativen Ideen und Projekten, die ich plane und umsetze, zeige ich, dass man etwas zu sagen hat und sichtbar sein kann. Denn auch Menschen mit einer Behinderung haben Interessen, Sorgen, Ideen, Rechte und eine eigene Meinung – und für diese möchte ich mich einsetzen.

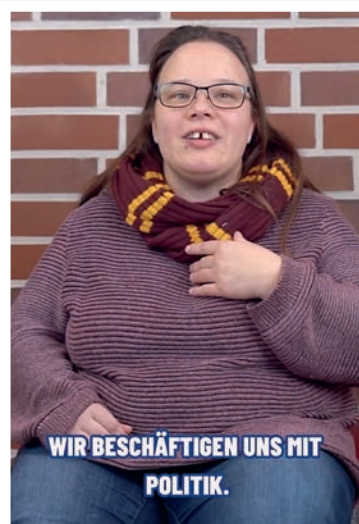
► *Wie ist Ihr Interesse an Politik entstanden?*
Ich habe mich schon immer für Politik interessiert. Es war neben Geschichte eines meiner Lieblingsfächer.

► *Warum ist Ihnen politische Arbeit so wichtig und ein Herzensanliegen?*

Weil es wichtig ist, seine politische Meinung zu vertreten und sich zu Wort zu melden. Es gab und gibt so viele Dinge, die durch die Politik passiert sind und passieren, die meiner Meinung nach nicht richtig sind. Ich finde, dass jeder Mensch dieselben Rechte hat – und auch Menschen mit Behinderung eine Meinung haben. Zurzeit mache ich mir Sorgen, dass die Politik einen Schritt zurückgeht und Inklusion an fehlenden Geldern scheitert und wieder nur ein Wort wird. Es ist mir wichtig, dazu beizutragen, dass dies nicht so ist.

► *In der Gremienarbeit muss man viele Dinge lernen und durchblicken: Welche Dinge waren für Sie persönlich am Anfang neu?*

Am Anfang war es neu für mich, mich zu öffnen und mich zu trauen, anderen meine Ideen mitzuteilen – ich war schüchtern. Außerdem musste ich lernen, viel mit dem Zug unterwegs zu sein. Ich musste lernen, meine Ideen auch durchzusetzen, wenn ich von ihnen überzeugt bin und beim ers-



ten Widerstand nicht direkt aufzugeben, sondern mit guten Argumenten dafür einzustehen.

► *Bei welchen Dingen wünschen Sie sich Unterstützung?*

Ich finde, dass wir in der Bundesvertretung eine sehr gute Unterstützung durch Anne Willeke haben. Außerdem sind wir ein gutes Team und unterstützen uns gegenseitig. Darum habe ich da keine Wünsche und hoffe nur, dass es so weitergeht.

► *Haben Sie andere Menschen in den Gremien und Gruppen, von denen Sie lernen können und von denen Sie in neue Dinge eingewiesen werden?*

Ich konnte von jeder Person, mit der ich zusammenarbeite, etwas lernen. Ich wurde im bvkm und im Bundesausschuss sehr herzlich aufgenommen und fühle mich sehr wohl. Es gibt immer jemanden, der einem Mut macht, einen tröstet, offen sagt, ob etwas gut oder schlecht ist, oder einem Kraft gibt.

► *Welchen Tipp würden Sie anderen geben, die auch gern politisch aktiv werden möchten, sich das aber möglicherweise nicht zutrauen?*

Sich selbst zu vertrauen und es einfach zu versuchen. Fang vielleicht klein an, indem du dich im Ehrenamt engagierst oder fragst, ob du kleine Artikel – zum Beispiel bei Fritz und Frida oder für DAS BAND – verfassen kannst. Sei mutig, selbstbewusst und stark, hab deine eigene Meinung. Lass dich nicht verbiegen – bleib immer du selbst.

► *Welche Ziele haben Sie für Ihr Engagement?*
Dass wir unsere Projekte im bvkm so umsetzen,

wie es geplant ist, und noch viele weitere neue und wichtige Themen angehen können. Ich würde mir wünschen, dass wir weiterhin das Sprachrohr für die Menschen sind, die uns gewählt haben.

► *Welche politischen Entwicklungen und Themen erfüllen Sie aktuell mit Sorge? Was macht Ihnen Angst?*

Im Moment machen mir viele Dinge Angst, die in der Politik passieren. Alle aufzuzählen wäre schwer, und es macht mich sehr traurig zu sehen, dass alles nur ums Geld geht und dabei die Menschen vergessen werden. Ich habe Angst davor, dass sich Dinge aus der Geschichte wiederholen. Gegenseitiger Hass und Gewalt werden immer mehr – das ist mein Gefühl.

► *Wo möchten Sie sich gezielt einmischen?*

Jetzt, wo alles gekürzt werden soll, würde ich mich gern einmischen. Denn die Gelder, die für Menschen mit Behinderung vorgesehen sind – wie das Persönliche Budget oder die Verhinderungspflege –, werden gebraucht. Damit wir eigenständig und selbstbestimmt leben können und auch unsere Familien entlastet werden. Hinter jedem Betrag steckt ein anderes Gesicht – der eine braucht mehr, der andere weniger Unterstützung. Und das sollte möglich sein, ohne nur auf Summen zu schauen. Denn jeder Mensch hat das Recht auf ein eigenes und selbstbestimmtes Leben – auch wir.

► *Was wünschen Sie sich?*

Dass ich mit meiner Stimme und meiner Arbeit beim bvkm Menschen ansprechen kann. Dass ich weiterhin persönlich und politisch aktiv sein kann. Und dass ich anderen Mut machen kann, es ebenfalls zu sein.

Jennifer Oppers ist Mitglied der Bundesvertretung der Clubs und Gruppen im bvkm und im Bundesausschuss, einem Gremium des bvkm. Sie ist gelernte Kinderpflegerin und arbeitet in einer Kita.

Mehr über die Arbeit der Bundesvertretung erfahren Sie unter dem QR-Code.



www.bvkm.de

Die AfD ist eine Gefahr – auch für Menschen mit Behinderungen

Hendrik Cremer

Die AfD hat sich seit ihrer Gründung 2013 fortlaufend radikalisiert. Genau deswegen sind viele frühere Mitglieder wieder aus der Partei ausgetreten. Die Radikalisierung ist so weit fortgeschritten, dass sich die Partei in die Tradition der Nationalsozialisten stellt. Darauf hat die Vorsitzende der israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern sowie ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, bereits am 27. Januar 2021 im Deutschen Bundestag in einer Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus hingewiesen und vor der AfD gewarnt. Reiner Haseloff erklärte im Juni 2025 als damaliger Ministerpräsident der CDU in Sachsen-Anhalt in einem Interview, dass man im Parlament manchmal, wenn man die Augen zumache und den Rednern der AfD zuhöre, das Gefühl habe, „in der letzten Phase der Weimarer Republik im Reichstag“ zu sitzen.

Der Markenkern der AfD besteht darin, Menschen abzuwerten. Dass die AfD unter anderem Menschen mit Behinderungen abwertet, kann angesichts ihrer Radikalisierung nicht verwundern: Die Abwertung von Menschen mit Behinderungen entspricht nationalsozialistischem Gedankengut, das die Partei wieder etablieren und gesellschaftsfähig machen will. In der öffentlichen Debatte, auch in der medialen Berichterstattung über die AfD, wird der fortgeschrittene Radikalisierungsprozess der Partei und die Dimension der Gefahr, die von der Partei ausgeht, allerdings oft nicht ausreichend abgebildet. Das muss viel deutlicher werden, damit alle Menschen in diesem Land wissen, wer da tatsächlich zur Wahl steht.

„Belastungsfaktoren“

Björn Höcke hat im August 2023 in einem Interview mit dem Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) ausgeführt, dass er Kinder und Jugendliche mit Behinderungen aus Regelschulen drängen will. Er sieht in der Inklusion ein Ideologiekonstrukt. Und er spricht in diesem Zusammenhang von „Belastungsfaktoren“. Bei genauer Interpretation seiner Aussagen sind mit diesem Begriff Kinder und Jugendliche mit Behinderungen gemeint. Mit dieser Begrifflichkeit nimmt Höcke eine Entmenslichung von Menschen mit Behinderungen vor. Er markiert sie herabwürdigend als „Faktoren“, als „Belastung“. Damit wertet er Menschen mit Behinderungen nicht nur ab, er knüpft in seinen Aussagen auch begrifflich an die Nationalsozialisten an. Die Nationalsozialisten bezeichneten Menschen mit Behinderungen als „Ballastexistenzen“, die es zu beseitigen gelte. Nach Vorstellung der Nationalsozialisten ging es dabei um die Vernichtung „lebensunwerten Lebens“; die systematische Massentötung von Menschen mit Behinderungen wurde zynisch als „Gnadentod“ bezeichnet.

Vor dem Hintergrund der Aussagen von Höcke in dem Interview mit dem MDR lässt sich verstehen, warum er bereits 2017 in einem internen Parteiausschlussverfahren nicht nur als Rechtsextremist, sondern dezidiert als Nationalsozialist eingeschätzt wurde. Dieses Verfahren hatte damals der Bundesvorstand gegen ihn eingeleitet. Im Rahmen dieses Verfahrens wurde eine 60 Seiten starke Auswertung seiner Auftritte, Reden und Schriften vorgelegt. Dabei wurde Höcke eine „Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus“ bescheinigt; in seinen Aussagen wurden Übereinstimmungen mit denen Adolf Hitlers festgestellt. Das zuständige Schiedsgericht lehnte einen Parteiausschluss Höckes dennoch ab. Mittlerweile ist Höcke nicht nur ein hochrangiger Parteifunktionär, er hat längst eine zentrale Rolle innerhalb der Gesamtpartei, der den eingeschlagenen Kurs der Partei im Verbund mit vielen anderen in der Partei maßgeblich geprägt hat.

Höcke hat großen Rückhalt als Landesvorsitzender in Thüringen, zu dem er 2020 mit 84 Prozent der Stimmen, 2022 mit fast 90 Prozent und 2024 mit über 90 Prozent der Stimmen wiedergewählt wurde. Er ist außerdem die zentrale Figur des (ehemaligen) „Flügels“, einer mittlerweile aufgelösten Gruppierung innerhalb der Partei, mit deren Gründung 2015 eine deutliche Radikalisierung der AfD einherging. Die offizielle Auflösung des „Flügels“ im Jahr 2020 führte jedoch nicht dazu, dass sich die Positionen ihrer Mitglieder geändert hätten. Sie dominieren bereits seit Jahren nicht nur einzelne Landesverbände wie in Thüringen, Sachsen-Anhalt, Sachsen oder Brandenburg, sie sind etwa auch Abgeordnete des Deutschen Bundestags. Führungspersonen und Mandatsträger, die dieser Linie zuzuordnen sind, gibt es bundesweit.

Nennenswerte Gegner, die sich Höckes Linie entgegenstellen, gibt es in der Partei nicht mehr, auch nicht im Bundesvorstand. Ob diejenigen, die mit seinem Kurs übereinstimmen, numerisch in der Mehrheit sind oder ob ihnen nur niemand mehr widerspricht, macht im Ergebnis keinen Unterschied. Sie dominieren seit dem Bundesparteitag im Juni 2022 den Bundesvorstand und geben so oder so die Richtung vor.

Die Radikalisierung der Gesamtpartei und ihr Schulterschluss mit Höcke zeigte sich deutlich im April 2023 bei einer Kundgebung der AfD in Erfurt. Es war das erste Mal, dass Alice Weidel, die neben Tino Chrupalla Vorsitzende der Partei ist, und Björn Höcke zusammen ohne andere Redner auf der Bühne standen. Weidel warb für Höcke und demonstrierte damit offen, dass sie mit dem von ihm verfolgten Kurs übereinstimmt. Das ist eine Kehrtwende um 180 Grad: 2017 hatte der Bundesvorstand noch ein Parteiausschlussverfahren gegen Höcke angestrengt, 2023 erhebt Weidel Höckes Kurs unmiss-

verständlich zum Kurs der Bundespartei. Chrupalla und Weidel haben seitdem längst und wiederholt deutlich gemacht: Sie liegen mit Höcke auf einer Linie.

Behinderten- und Sozialverbände haben bereits eindringlich vor der AfD gewarnt

Die Abwertung von Menschen mit Behinderungen als manifester Bestandteil des Gedankenguts innerhalb der Partei wurde bereits vielfach deutlich. Ein frühes Beispiel ist eine Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion aus dem Jahr 2018 unter der Überschrift „Schwerbehinderte in Deutschland“. Die Fraktion fragte nach der Entwicklung der Zahl schwerbehinderter Menschen, stellte dabei heraus, dass Behinderungen durch „Heiraten innerhalb der Familie“ entstünden und verband dies mit Nachfragen zur Zahl von Menschen mit Migrationshintergrund und zu ihrer Staatsangehörigkeit. Zahlreiche Sozial- und Behindertenverbände reagierten damals mit der Anzeige „Es geht uns alle an: Wachsam für die Menschlichkeit“. Sie mahnten, die Anfrage konstruiere einen Zusammenhang zwischen Behinderung, Inzest und Migrantinnen und Migranten und vermittele zudem die Grundhaltung, Behinderung sei ein zu vermeidendes Übel. Damit erinnere sie „an die dunkelsten Zeiten der deutschen Geschichte, in denen Menschen mit Behinderung das Lebensrecht aberkannt wurde und die zu Hunderttausenden Opfer des Nationalsozialismus wurden.“ Die Anfrage offenbare eine „unerträgliche Menschen- und Lebensfeindlichkeit“ der AfD, die die Abwertung von Menschen mit Behinderungen umfasse.

Die AfD verfolgt seit Langem die Linie, das Prinzip der Inklusion im Bereich der Bildung als ideologiegeleitet zu diskreditieren, was sich auch anhand von Wahlprogrammen einzelner Landesverbände aufzeigen lässt. Die AfD Sachsen-Anhalt hat 2026 in einem „Regierungsprogramm“ unverblümt angekündigt, das „Experiment“ Inklusion „unverzüglich“ zu beenden. Das Prinzip der Inklusion ist menschenrechtlich verbrieft. Es soll der Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen mit Behinderungen entgegenwirken. Indem die AfD Inklusion als Experiment bezeichnet und abschaffen will, greift sie das menschenrechtliche Leitbild des Grundgesetzes frontal an.

Es gibt außerdem weitere Beispiele für Äußerungen, in denen AfD-Funktionäre, die innerhalb der AfD eine bedeutende Rolle spielen, auf Menschen mit Behinderungen gezielt haben. Dazu gehören die Verhöhnung von Nachrichtensendungen in Leichter Sprache und die Herabwürdigung ihrer Zuschauer durch den Bundestagsabgeordneten Maximilian Krah oder menschenverachtende Äußerungen von Emil Sänze, der Co-Vorsitzender des AfD Landesverbandes in Baden-Württemberg ist. Sie machen damit Stimmung gegen Menschen mit Behinderungen. Sozial- und Behindertenverbände haben – angesichts der menschenverachtenden Äußerungen von AfD-Funktionären – ihre Warnungen vor der AfD als Gefahr für Menschen mit Behinderungen mehrfach wiederholt. Dennoch setzt sich dieser Aspekt in der öffentlichen Debatte über die AfD bisher nicht fest. Es ist daher höchste Zeit, dass die AfD stärker als Gefahr für Menschen mit Behinderungen erkannt und als solche ernst genommen wird.

Aufklärungsarbeit über die AfD ist gar nicht so einfach

Allerdings ist Aufklärungsarbeit über die AfD oftmals gar nicht so einfach. Denn die AfD agiert in ihrem strategischen Vorgehen mit unterschiedlichen Gesichtern. Einerseits sind immer wieder gezielte Tabubrüche zu beobachten, mit denen die AfD auf Dauer eine Gewöhnung und Normalisierung ihres menschenverachtenden Gedankenguts in der Gesellschaft erreichen will. Andererseits verharmlost sich die Partei selbst. Sie gibt sich als die einzig wahre Opposition und als Kümmerer, was insbesondere auf der kommunalen Ebene stattfindet, wo sich AfD-Funktionäre bürgernah geben und auf Menschen zugehen. Auf diese Weise schaffen es AfD-Funktionäre, ein Bild von der Partei zu zeichnen, das den tatsächlich eingeschlagenen Kurs der Partei kaschiert. Die Partei ist schließlich auf Zustimmung angewiesen, so dass sie häufig über ihre tatsächlichen Absichten hinwegtäuscht. Das ist typisch für Extremisten. Aber genau hier, insbesondere auf der lokalen Ebene, liegt die große Herausforderung in der Aufklärungsarbeit über die AfD. Es gilt deutlich zu machen, welche Abgründe sich hinter den freundlichen Gesichtern auftun.

Die AfD ergreift im Bundestag oder in den Landtagen immer wieder Initiativen, in denen sie vorgibt, sich für Menschen mit Behinderungen einzusetzen, etwa auch in Thüringen. Dort setzte sie sich 2023 für ein höheres Sinnesbehindertengeld ein. Dieses Vorgehen der AfD im Thüringer Landtag zeigt exemplarisch und zugleich besonders deutlich, wie doppelzünftig die AfD agiert. Die Partei gibt vor, dass sie sich für Menschen mit Behinderungen einsetzt, zumindest für die Gruppe von Menschen mit Sinnesbehinderungen. Unter Berücksichtigung des eingeschlagenen Kurses der AfD fehlt solchen Initiativen jede Glaubwürdigkeit. Kurz nach dieser Initiative im Thüringer Landtag postulierte Höcke in dem bereits erwähnten Interview seine menschenverachtende, auf nationalsozialistischer Ideologie basierende Perspektive auf Menschen mit Behinderungen und stigmatisierte diese als „Belastungsfaktoren“.

Die Partei greift die Menschenwürdegarantie an

Die national-völkische Ideologie der AfD steht konträr zu der historischen Errungenschaft der freiheitlichen rechtsstaatlichen Demokratie. Die AfD will einen national-völkischen Staat errichten. Sie interessiert sich nicht für Menschenrechte. Ihre ideologische Ausrichtung richtet sich gegen die Garantie der gleichen Menschenwürde für alle Menschen, die den Ausgangspunkt der Menschenrechte und des Grundgesetzes bilden. Auch wenn dieser Befund klar ist, räumen AfD-Funktionäre dies in der Regel nicht so offen ein.

Stattdessen täuscht die AfD die Bevölkerung, indem sie so tut, als würde sie sich für Menschen und Menschenrechte interessieren. So stellt sich die AfD etwa regelmäßig als Kämpferin für die Meinungsfreiheit dar und zeichnet dabei ein Bild von Deutschland, wonach die Meinungsfreiheit in diesem Land bedroht sei. Die Meinungsfreiheit endet aus Sicht der AfD für andere allerdings bereits dann, wenn sie die Partei bezie-

hungsweise ihre Positionen sachlich zutreffend einordnen und damit einhergehend kritisch bewerten. Die Partei will demgegenüber eine inhaltliche Auseinandersetzung mit ihr und kritische Aufklärungsarbeit – etwa in den Schulen – über sie verhindern. Sie setzt darauf, ihre Kritiker zu diffamieren, einzuschüchtern und mundtot zu machen. Sie nimmt für sich in Anspruch, den Umfang der Meinungsfreiheit eigenmächtig zu bestimmen.

Die AfD ist unberechenbar

Die AfD zielt auf die Beseitigung der freiheitlichen rechtsstaatlichen Demokratie ab. Die Partei verfolgt – analog zur Ideologie des Nationalsozialismus – das Ziel einer homogenen Volksgemeinschaft. Dabei will die AfD auf der Grundlage ihrer national-völkischen Vorstellungen – willkürlich – bestimmen können, wer dazugehört und wer nicht. Im Visier der AfD sind Menschen, die nach ihren Vorstellungen nicht deutsch genug sind. Die Gefahr für Menschen mit Behinderungen ist ebenfalls bereits erkennbar. Die für rechtsextreme Akteure typische Abwertung von bestimmten Gruppen in einer Gesellschaft kann aber selbstverständlich auch auf weitere Menschen zielen. Sie kann sich beispielsweise gegen Menschen richten, die wegen ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität eine Minderheit in der Gesellschaft bilden. Sie kann sich auch gegen Andersdenkende wenden, etwa gegen diejenigen, die sich für die Achtung der im Grundgesetz verbrieften Menschenrechte einsetzen.

Es gibt zahlreiche Äußerungen von Führungspersonen und Mandatsträgern, die dokumentieren, wie sehr sich die Partei ideologisch und in ihren Zielen am Nationalsozialismus orientiert. Hierzu gehören etwa Äußerungen, die die Menschenrechtsverbrechen zur Zeit des Nationalsozialismus relativieren. Solche Äußerungen dienen insbesondere dazu, national-völkisches Gedankengut wieder gesellschaftsfähig zu machen. In ihnen zeigt sich, dass ein kritischer Blick auf den Nationalsozialismus als Hindernis für die eigenen politischen Ziele angesehen wird. In der AfD sind außerdem Führungspersonen und Bundestagsabgeordnete vertreten, die etwa in Chats oder sozialen Medien bereits offen zum Ausdruck gebracht haben, dass sie sich mit dem Nationalsozialismus identifizieren. Solche Äußerungen und Bekenntnisse offenbaren, wie hemmungslos die Partei im Zuge ihrer Radikalisierung geworden ist.

Die fortgeschrittene Radikalisierung der Partei hin zu einem Kurs der Gewalt wurde auch im November 2025 in Gießen deutlich, als sich die neue Jugendorganisation der Partei „Generation Deutschland“ gründete. Die AfD-Nachwuchsorganisation ist für die Gesamtpartei von zentraler Bedeutung, zumal sie den Auftrag hat, Personal für Partei und Parlamente zu formen. Sie ist die „Kaderschmiede“ der AfD. Zum Vorsitzenden wurde Jean-Pascal Hohm gewählt, der 90,4 Prozent Zustimmung erhielt. Höcke begrüßte die Wahl von Hohm. Dass Hohm und Höcke auf einer Linie liegen, indem sie Gewalt als Mittel zur Durchsetzung der Parteiziele befürworten, zeigte sich zum Beispiel im Sommer 2025 in Vetschau in der Lausitz. Dort demonstrierte Hohm gemeinsam mit Personen, die T-Shirts mit der Aufschrift „Mordkommando“ trugen. In einer

Rede vor Ort sagte Hohm in kriegarischer Rhetorik: „Wir geben keinen einzigen Quadratmeter unseres Landes verloren.“

Auch eine andere Personalie veranschaulicht, welchen Kurs die Nachwuchsorganisation der AfD verfolgt: Kevin Dorow, der im November 2025 in Gießen ebenfalls in den Vorstand der Organisation gewählt wurde, hob unter großem Jubel der Anwesenden und unter Bezugnahme auf Höcke den Nationalsozialismus als Anknüpfungspunkt und Vorbild für die Organisation hervor: „Wie es Björn Höcke vor wenigen Monaten rezipiert hat, Jugend muss durch Jugend geführt werden, und dieses Prinzip muss unser Leitstern sein.“ „Jugend wird durch Jugend geführt“ war Parole und Leitprinzip der Hitlerjugend. Dorow wurde mit 88,7 Prozent der Stimmen in den Bundesvorstand der AfD-Jugend gewählt.

Mehr Klarheit in der Befassung mit der AfD geboten

Die AfD hat sich längst zu einer ernsthaften Bedrohung für die freiheitliche rechtsstaatliche Demokratie und ein friedliches Zusammenleben in Deutschland entwickelt. Um der AfD effektiv entgegenzutreten zu können, ist es dringend erforderlich, dass die von der AfD ausgehende Gefahr in ihrer Dimension noch viel klarer Bestandteil von Aufklärungsarbeit wird. Dies ist nicht nur eine Aufgabe für Bildungsinstitutionen, hier sind sämtliche Akteure gefordert, etwa Kirchen, Gewerkschaften oder Verbände. Dies gilt insbesondere auch für die lokale Ebene. Es ist außerdem eine zentrale Aufgabe der Medien, in Wahrnehmung ihrer Kontrollfunktion die von der AfD ausgehende Gefahr in der gebotenen Deutlichkeit abzubilden. Zugleich hat die viel zitierte „Brandmauer“ Löcher und Risse. Dabei sollten sich alle, die weiter in einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Demokratie leben wollen, deutlich und unmissverständlich von der AfD abgrenzen. Dies gilt nicht nur für die demokratischen Parteien. Zusammenarbeit – auf welcher Ebene auch immer – stärkt die AfD.

Literatur

Cremer, Hendrik (2026): Die AfD – eine Gefahr für Menschen mit Behinderungen, Deutsches Institut für Menschenrechte, Berlin. https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Analyse_Studie/Analyse_Die_AfD_eine_Gefahr_fuer_Menschen_mit_Behinderungen.pdf.

Cremer, Hendrik (2025): Je länger wir schweigen, desto mehr Mut werden brauchen. Wie gefährlich die AfD wirklich ist, 2. Auflage, München: Piper.

Dr. Hendrik Cremer ist als promovierter Jurist am Deutschen Institut für Menschenrechte tätig. Zu seinen langjährigen Forschungsschwerpunkten gehört der Rechtsextremismus. Er ist Autor zahlreicher wissenschaftlicher Publikationen und war schon häufig im Bundestag und in Landtagen als Sachverständiger geladen.

Geschichte darf nicht vergessen werden!

Malte Käbe / Redaktion DAS BAND

Einfache Sprache

Malte Käbe engagiert sich seit vielen Jahren für Menschen mit Behinderung. Er lebt in Duisburg und hat selbst eine Körperbehinderung. In Duisburg ist er in mehreren Gremien aktiv. Seit 2023 gehört er zur Bundesvertretung der Clubs und Gruppen. Schon als Kind interessierte sich Malte Käbe für Politik und Geschichte. Sein Vater erzählte ihm von der NS-Zeit, in der Menschen mit Behinderung nicht als gleichwertig galten. Diese Geschichte darf nicht vergessen werden. Es macht ihm Sorgen, dass manche Menschen in Deutschland Menschen mit Behinderung wieder ausgrenzen wollen.

► *In welchen Gremien und Gruppen arbeiten Sie mit?*
Zu meinen Aufgaben bei meinem Arbeitgeber gehören Öffentlichkeitsarbeit, Medienarbeit und Netzwerkarbeit. Der VKM Duisburg, bei dem ich seit Februar 2016 arbeite, hat mich in die städtischen Arbeitsgruppen – Jugendring Duisburg, Demokratie-Konferenz Duisburg und Handlungs- und Schutzkonzept – entsandt. Seit Sommer 2016 verrete ich dort die Anliegen von Menschen mit Behinderungen und unserer Mitglieder. Es ist uns wichtig, dass der VKM Duisburg Menschen, die selbst betroffen sind, dabei unterstützt, in der Politik mitzumachen und ihre Interessen zu vertreten. Auf Bundesebene bin ich beim Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen (bvkm) aktiv. Im Bundesausschuss tauschen sich Menschen aus verschiedenen Bundesländern zu politischen Themen aus, die für Menschen mit Behinderungen relevant sind. Seit 2023 gehöre ich außerdem zur Bundesvertretung der Clubs und Gruppen (BV) im bvkm.

► *Seit wann machen Sie politische Arbeit?*
Mit politischen Themen bin ich schon früh in Berührung gekommen. Bereits in der Grundschulzeit hat mein Vater mit mir über Geschichte und Politik gesprochen. Das erste Mal selbst aktiv geworden bin ich in der Gesamtschulzeit: 2003, zur Zeit des Irak-Krieges, habe ich gemeinsam mit drei Mitschülern Waffen und Panzer auf große Papierbögen gemalt, diese mit roter Farbe eingekreist und durchgestrichen und die Bilder in der ganzen Schule aufgehängt. Damit wollten wir zeigen, dass

Töten falsch ist und dass wir Krieg ablehnen. Seit diesem Moment verfolge ich die Politik in Deutschland aufmerksam. Als Mensch mit Körperbehinderung mache ich mir immer wieder Gedanken darüber, was es bedeuten würde, wenn Parteien an die Macht kämen, die Menschen mit Behinderung nicht als gleichwertige Menschen anerkennen. In den letzten Jahren erlebe ich, dass solche Haltungen in Deutschland zunehmen – und das erfüllt mich mit großer Sorge.

► *Wie ist Ihr Interesse an Politik entstanden?*

Mein Interesse an Politik und deutscher Geschichte habe ich sehr früh entwickelt, und meine Körperbehinderung spielt dabei eine zentrale Rolle. Ich habe meinen Eltern viele Fragen gestellt: Was ist früher mit Menschen wie mir passiert? Das Wissen um das, was in der NS-Zeit mit Menschen mit Behinderung geschehen ist, motiviert mich bis heute. Mein Vater hat mir viel darüber erzählt, und gemeinsam haben wir ein Vernichtungslager in Tschechien besucht. Diese Erfahrung hat mich tief geprägt. Seitdem bin ich überzeugt: Wir müssen die Demokratie in Deutschland schützen.

► *Hat Ihr politisches Engagement einen besonderen thematischen Schwerpunkt?*

Ja, durchaus. Meine zentralen Themen sind Inklusion, die Akzeptanz und gesellschaftliche Wahrnehmung von Menschen mit Behinderung sowie die Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte.

► *Gibt es Dinge, die Sie durch Ihr Engagement anstoßen konnten?*

Es gibt zwei konkrete Erfolge, die mir besonders wichtig sind. In Duisburg habe ich durchgesetzt, dass Veranstaltungen und Netzwerktreffen des Jugendrings mit der Stadt an barrierefreien Orten stattfinden. Auf Bundesebene hat die Bundesvertretung im Vorfeld der Bundestagswahl einen Film produziert, in dem wir möglichst verständlich erklärt haben, was es bedeutet zu wählen, nicht zu wählen und mitzureden.

► *Warum ist Ihnen politische Arbeit so wichtig?*

Für mich bedeutet Inklusion, dass Menschen mit Behinderungen dieselben Rechte – und selbstverständlich auch dieselben Pflichten – haben wie alle anderen Menschen: das Recht, selbst zu entscheiden, wie und wo man wohnt; das Recht, mitzubestimmen, was um einen herum passiert; das Recht, Ja oder Nein zu sagen; und das Recht, dass **mit** einem und nicht **über** einen gesprochen wird. Akzeptanz bedeutet für mich, als der Mensch gesehen zu werden, der ich bin. Es verletzt mich, wenn mir Menschen bei einer ersten Begegnung Dinge sagen wie: „Was ist denn mit dir passiert?“, „Wie gehst du denn



so?“ oder „Dir geht es aber schlecht.“ Solche Bemerkungen zeigen, dass echte Akzeptanz noch längst nicht selbstverständlich ist.

Hinzu kommt die historische Verantwortung: Ich halte es für enorm wichtig, zu wissen und nicht zu vergessen, was Menschen mit Behinderungen in der NS-Zeit angetan wurde. Diese Geschichte verpflichtet uns. Menschen mit Behinderungen sind Teil unserer Gemeinschaft und Gesellschaft. Daher mein wichtiges Anliegen: Geschichte darf sich niemals wiederholen.

Geschichte darf nicht vergessen werden!

► Was war für Sie in der Gremienarbeit am Anfang neu und schwierig?

Neu war für mich, mit Menschen in Kontakt zu kommen, die über Fördermittel und politische Entscheidungen entscheiden. Schwierig war und ist es, ernst genommen zu werden: Wenn ich immer wieder darauf hinweise, dass Entscheidungen auch die Belange von Menschen mit Behinderungen berücksichtigen müssen, wurde ich dafür manchmal belächelt oder erhielt kaum Redezeit. Mir wurde zwar bestätigt, dass es Menschen mit Behinderungen in Duisburg gibt – doch die Möglichkeit, ihre Anliegen konkret zu benennen, blieb mir oft verwehrt. Ich musste lernen, nicht aufzugeben, immer wieder zu betonen, dass wir mitgenommen werden wollen, und deutlich zu machen, dass barrierefreie Lösungen letztlich allen Menschen zugutekommen.

► Welchen Tipp würden Sie anderen geben, die politisch aktiv werden möchten?

Mach mit! Was dir hilft, kann auch anderen nützen. In Deutschland hast du das Recht, dich einzubringen. Du kannst und solltest Menschen, die über dich statt mit dir sprechen, direkt ansprechen. Mir persönlich macht es Freude, Politik mitzugestalten, weil ich gemeinsam mit anderen über Dinge sprechen kann, die mir wirklich wichtig sind. Daher: Misch dich ein!

► Welche politischen Entwicklungen erfüllen Sie aktuell mit Sorge?

Es bereitet mir große Sorge, dass es in Deutschland Menschen gibt, die Haltungen aus unserer dunkelsten Vergangenheit gutheißen und sich gegen Menschen richten, die anders aussehen, anders sprechen oder nicht hier geboren sind – und die auch uns, Menschen mit Behinderungen, nicht als gleichwertige Mitglieder der Gesellschaft anerkennen. Besonders beunruhigen mich Bestrebungen, die darauf abzielen, Kinder mit Behinderung aus Regelschulen auszuschließen und auf Sondereinrichtungen zu verweisen, oder die behaupten, Menschen mit Behinderungen würden die Gesellschaft „lähmen“. Diese Entwicklungen machen mir Angst.

► Welche Ziele haben Sie für die Zukunft?

Ich möchte für Menschen sprechen, die es selbst nicht können – im Rahmen meiner Möglichkeiten. Ich möchte dazu beitragen, dass die Existenz und die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen sichtbar bleiben, Vorurteile abgebaut werden und Ängste auf beiden Seiten schwinden.

► Was wünschen Sie sich?

Geschichte darf sich niemals wieder wiederholen! Geschichte darf nie vergessen werden! Wir sind Teil dieser Gemeinschaft. Ich habe Angst, dass es wieder so werden könnte, wie es einmal war – und ich frage mich: Was muss noch passieren, damit wir alle wach werden?

Malte-Frederik Käbe, 35 Jahre alt, hat eine CP, arbeitet für den VKM Duisburg e.V. und ist dort für die Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit und Mitarbeit in politischen Arbeitsgruppen zuständig. Seit 2016 vertritt er den VKM im Jugendring in Duisburg. Seit 2023 ist er Mitglied der Bundesvertretung der Clubs und Gruppen im bvkm.

Es fängt im Kleinen an!

Jennifer Oppers

Diskriminierung fängt schon im Alltag an. Der Busfahrer, der extra für mich aufstehen muss und die Nase rümpft, seinen Blick wegdreht oder mit miesem Ton fragt, wohin es gehen soll, oder auch gar kein Wort sagt. Gibt mir schon ein schlechtes Gefühl, so dass ich oft gar nicht mehr fragen mag.

Bei Jobsuchen oder Ausbildungen wird man in Schubladen gesteckt und bekommt nicht alle Möglichkeiten aufgezeigt, nur die, die Verantwortliche für einen für möglich halten. Sie fragen meist nicht, was man möchte. Wenn man dann selbst weiß, was man will, werden einem Steine in den Weg gelegt.

Ich bin gelernte Kinderpflegerin und mache meinen Job super gern und mit Herz. Aber auch dies war ein langer, schmerzhafter Weg. Nicht alle, die hören, wo ich arbeite, finden dies gut! Ich habe schon Sätze gehört, wie „Sorry, aber du schaffst das doch gar nicht.“ oder „Dir würde ich mein Kind nicht geben.“ oder „Wie kann man dich so etwas lernen lassen.“! Und ich kann sagen, solche Sätze tun weh. Trost und Mut bekomme ich dann aber von denen, die wissen, dass das geht!

Demokratie und Inklusion bedeuten nicht, dass man uns wegen Hilfsmitteln oder so von einem Amt zum nächsten schickt und keiner sich zuständig fühlt. Demokratie und Inklusion fangen bei kleinen Hilfestellungen und Hilfsmitteln an. Die Menschen sollten den Blick öffnen. Die Politik, Parteien und Politiker:innen sind das eine. Aber es fängt schon beim Nachbarn, Busfahrern und Mitarbeiter:innen auf Ämtern an.

Ich arbeite gern und möchte diesen Job gern noch sehr lange ausüben. Die Kinder begegnen mir mit Freude und Neugier, und ich habe das Gefühl, ich bin richtig, wie ich bin. Ich möchte den Bus mit der Rampe nutzen, ohne ein schlechtes Gewissen zu haben. Ich wünsche mir Menschen, die mich ansprechen, und keine, die sich abfällig äußern oder sich verhalten, als wäre ich ansteckend!

Das ist zum Beispiel das Schöne an der Arbeit in der Kita: Für die Kinder bin ich so, wie ich bin, ganz normal. Wenn wir alle so denken würden, egal, wie ein Mensch ist, ist er normal, hätten gewisse Parteien keine Chance.

Ich wünsche mir von Herzen, dass Inklusion und Demokratie selbstverständlich sind.

Es fängt im Kleinen an!

bvkm-Fachtagung zum Muttertag 2026

Starke Frauen – starke Stimmen

Vom 8. bis 10. Mai 2026 fand in Erkner bei Berlin die Fachtagung zum Muttertag des Bundesverbandes für körper- und mehrfachbehinderte Menschen (bvkm) statt. Unter dem Thema „Arbeit, Familie, Pflege, Ich – Vereinbarkeit im Alltag“ kamen über 100 Frauen zusammen, um sich über ihre Lebenssituation als pflegende Mütter von Kindern mit Behinderung auszutauschen, voneinander zu lernen und gemeinsam ein starkes Netzwerk zu bilden.

Wie jongliere ich im Alltag Familie, Pflege, Beruf und möglicherweise Ehrenamt und meine eigenen Bedürfnisse? Wo wünsche ich mir mehr Unterstützung – privat, beruflich oder gesellschaftlich? Welche Angebote zur Unterstützung gibt es für mich und meine Familie? Wie gehen andere Mütter mit ähnlichen Situationen um und welche Erfahrungen haben sie gemacht? Diese und ähnliche Fragen stellen sich viele Mütter in Pflegeverantwortung. Die Fachtagung „Arbeit, Familie, Pflege, Ich – Vereinbarkeit im Alltag“ versuchte, den Frauen Antworten und Wege zu zeigen. An dem Wochenende erwartete die Teilnehmerinnen ein vielseitiges Programm aus Vorträgen, Workshops, Austauschformaten und sozialpolitischer Diskussion. Zusammengestellt hatte es erneut die Bundesfrauenvertretung, die Interessenvertretung der Frauen im bvkm. Ihre sieben Mitglieder, alle selbst Mütter von Kindern mit Behinderung, hatten im Vorfeld mit großem Engagement an den einzelnen Programmpunkten gefeilt und mit vielen liebevollen Details einen roten Faden durch die

Veranstaltung gewoben. Sie führten ins Thema ein und waren das ganze Wochenende im Einsatz, um den Teilnehmerinnen ein rundum gelungenes Erlebnis zu bieten. Wie immer fiel die Tagung bewusst auf das Wochenende des Muttertags – für Mütter in Pflegeverantwortung ein Datum mit besonderer Bedeutung. Der gesellschaftliche Diskurs bleibt am Muttertag häufig bei symbolischen Gesten stehen. Der bvkm lenkt den Blick auf eine Realität, die oft nicht deutlich genug wahrgenommen wird: Viele Mütter von Kindern mit Behinderung leisten rund um die Uhr Pflege- und Betreuungsarbeit. Und das über einen sehr langen Zeitraum. Die Vereinbarkeit von Pflegearbeit und Berufstätigkeit ist in vielen Fällen nur mit Einschränkungen – oder manchmal garnicht – möglich. Bessere Entlastungsangebote, stärkere Anerkennung, verlässliche Betreuungs- und Unterstützungsangebote sind daher dringend erforderlich.

Diskussion zum Thema Vereinbarkeit von Pflege und Beruf

Zum Thema „Vereinbarkeit von Pflege und Beruf“ diskutierten in einer Podiumsdiskussion Prof. Dr. Katja Nebe (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg), Claudia Altwasser (stellvertretende Vorsitzende im Deutschen Frauenrat) und Kerrin Stumpf (Mitglied im Vorstand des bvkm) miteinander. Auf dem Podium wurden die strukturellen Herausforderungen deutlich benannt: In der Diskussion um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden die besonderen Herausforderungen von pflegenden Müttern oft nicht gesehen. Die besorgniserregenden Verwer-



bvkm-Vorständin Kerrin Stumpf bei ihrem Vortrag.



„Mütter von Kindern mit Behinderung leisten Enormes – für ihre Kinder, für die Gesellschaft. Das verdient nicht nur einen Blumenstrauß am Muttertag, sondern konkrete politische Maßnahmen: bessere Entlastungsangebote, stärkere Anerkennung und verlässliche Unterstützungsstrukturen.“

Beate Bettenhausen



Ganz viel bvkm-Frauenpower (v.li.): Helga Kiel (ehem. Vorsitz.), Romy Tornow (GF), Gertrud Zürrlein (BFV), Beate Bettenhausen (Vorsitzende), Petra Roth (Vorständin)



Im Vortrag werden Themen aufgegriffen, die den Frauen unter den Nägeln brennen.

fungen um den Sozialstaat verschärfen die Sorgen der Frauen deutlich. Der bvkm wird die Forderungen der Frauen bündeln und sich gemeinsam mit ihnen und der Bundesfrauenvertretung dafür einsetzen, das Thema Vereinbarkeit von Pflege und Beruf in den Fokus von Politik und Gesellschaft zu rücken.

Kreativ, schlagfertig, achtsam

Die Workshops boten den Teilnehmerinnen ein vielfältiges und bereicherndes Programm. Die Angebote reichten von kreativen und künstlerischen Erfahrungen – wie dem Trommeln brasilianischer Rhythmen, dem Dotting auf Steinen und dem Fotoworkshop mit dem Smartphone – bis hin zu bewegungs- und achtsamkeitsorientierten Einheiten wie traditionellem Bogenschießen und Lachyoga. Naturverbundene Themen kamen im Kräuterworkshop zum Tragen, während WenDo und das Selbstbehauptungstraining die innere Stärke, Schlagfertigkeit und Selbstwahrnehmung der Frauen förderten. Raum für persönlichen Austausch und praktische Orientierung bot der Workshop zur Notfall- und Krisenplanung. Insgesamt vereinte das Worksho-Programm Stärkung, Entspannung, kreative Entfaltung und praxisnahes Wissen – zugeschnitten auf die besonderen Lebensrealitäten pflegender Mütter. In der Info-Börse wurden hilfreiche Informationen und Materialien zusammengetragen und ausgelegt, die ganz verschiedene Aspekte des Lebens mit einem Kind mit Behinderung betreffen. Die Teilnehmerinnen steuerten ebenfalls Flyer, Broschüren und Zeitschriften bei und gaben über ein Schwarzes Brett Empfehlungen weiter. Dadurch kam eine Fülle an Informationen zusammen, die für jede etwas Neues bereithielt.

Bundesfrauenvertretung des bvkm neu gewählt

Im Anschluss an die Fachtagung wurde die Bundesfrauenvertretung des bvkm neu gewählt. Die Bundesfrauenvertretung (BFV) ist das gewählte

Bundesfrauenvertretung

Die Bundesfrauenvertretung (BFV) ist die Interessenvertretung aller im bvkm und in dessen Mitgliedsorganisationen organisierten Frauen. Sie bietet Müttern und anderen Fachfrauen ein Forum für ihre spezifischen Themen und fungiert als Netzwerk und Sprachrohr. Die Fachtagung zum Muttertag des bvkm wird seit 2013 regelmäßig von der Bundesfrauenvertretung im bvkm ausgerichtet. Weitere Infos und die Positionspapiere des bvkm und seiner Bundesfrauenvertretung finden Sie auf der Webseite des bvkm www.bvkm.de in der Rubrik „Themen“ unter „Familie (Frauen mit besonderen Herausforderungen)“.



Gremium des bvkm, das die Interessen von Frauen und Müttern im Verband und darüber hinaus vertritt. Gewählt wurden: Peggy Arkenberg, Dr. Berit Becker-Wagner, Gesa Borek, Gaby Ecksmann, Daniela Gabler, Dagmar Keis-Lechner und Sonja Kutscher. bvkm-Vorständin Petra Roth ist für die BFV zuständig. Das Gremium tritt im Herbst zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Der bvkm dankte den ausscheidenden Mitgliedern für ihr langjähriges, engagiertes ehrenamtliches Wirken. Ein besonderer Dank galt Gertrud Zürrlein. Sie war von Beginn an – seit 2013 – Vorsitzende dieses Gremiums.

Fortsetzung folgt

Die Stimmung auf der Tagung und auch die Rückmeldungen der Teilnehmerinnen machten deutlich, dass es Veranstaltungen wie diese und die Arbeit des bvkm von und für Frauen mit besonderen Herausforderungen braucht. Für 2028 ist eine Neuauflage der Fachtagung zum Muttertag geplant.

Die Veranstaltung fand statt mit freundlicher Unterstützung der Aktion Mensch.



Die Mahlzeiten bieten Gelegenheit zum gemeinsamen Austausch.



Diskussion zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf mit Expertinnen.



Abschied der bisherigen Bundesfrauenvertretung.



Die neugewählte Bundesfrauenvertretung (BFV). Auf dem Foto fehlt Daniela Gabler.



Mit viel Motivation und frischer Power verabschiedeten sich die Teilnehmerinnen.

Unterstützte Kommunikation bedeutet Teilhabe

Jubiläum mit Botschaft: Beim 30. UK-Jahrestreffen des bvkm übergeben Teilnehmende Forderungen an die Politik

170 Teilnehmende aus ganz Deutschland kamen am Pfingstwochenende in Duisburg zum 30. Jubiläum des Jahrestreffens Unterstützt kommunizierender Personen (UK) zusammen. Die Botschaft war klar: UK ist kein Nischenthema – es ist der Schlüssel zu echter Inklusion.

Das vom Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V. (bvkm) organisierte Treffen war in diesem Jahr erneut ein starkes Zeichen für Selbstbestimmung und Teilhabe. „Das Jahrestreffen setzt ein wichtiges Signal für Teilhabe und Vielfalt in unserer Gesellschaft“, sagte Beate Bettenhausen, Vorsitzende des bvkm. „Wenn wir Inklusion ernst nehmen, bedeutet das weit mehr als Rampen und barrierefreie Toiletten. Es geht darum, dass alle Menschen gehört und gesehen werden – unabhängig davon, wie sie kommunizieren“, so Beate Bettenhausen.

30 Jahre UK-Jahrestreffen sind untrennbar mit dem Engagement von Bärbel Weid-Goldschmidt verknüpft. Sie hat das Jahrestreffen 1996 maßgeblich mitbegründet und ins Leben gerufen. Zusammen mit ihrem Mann Paul Goldschmidt und anderen UK-Interessierten brachte sie Anfang der 1990er Jahre die Unterstützte Kommunikation nach Deutschland und trug maßgeblich – auch unterstützt vom bvkm – zur Verbreitung von UK bei. Anlässlich des Jubiläums hatte Bärbel Weid-Goldschmidt es geschafft, Wegbegleiter:innen und Teilnehmer:innen der ersten Stunde als Ehren Gäste nach Duisburg zu bringen. In ihrem Redebeitrag blickte sie auf diese 30 Jahre zurück und brennt bis heute noch immer für den Personenkreis und das Thema UK.

Eine besondere Würdigung wurde dem Treffen durch den Besuch von Jürgen Dusel, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, zuteil. Der Beauftragte erklärte: „Sich äußern zu können, eine Stimme zu haben, ist in unserer Gesellschaft von äußerster Wichtigkeit, denn wie wird man sonst gehört? Deshalb ist es wichtig, dass diese Personengruppe die nötige Unterstützung und Assistenz erhält, um ihren rechtlichen Anspruch, an allen gesellschaftlichen Be-

reichen gleichberechtigt teilhaben zu können, auch leben kann! Ihre Stimme ist für uns von großer Bedeutung, weil wir ihre Perspektive als Expertinnen und Experten in eigener Sache brauchen, denn nur so sind kluge behindertenpolitische Entscheidungen möglich.“

In der anschließenden Podiumsdiskussion diskutierten UK-Nutzer:innen mit Jürgen Dusel unter dem Titel „Bedürfnisse und Wünsche an die Politik im Bereich kommunikativer Teilhabe“ miteinander. Kathrin Klapper, UK-lerin und Moderatorin der Diskussion, überreichte im Namen aller Teilnehmenden an Jürgen Dusel Vorschläge und Forderungen zu Teilhabe und Barrierefreiheit, die beim Jahrestreffen entstanden waren: „Kommunikative Teilhabe heißt nicht einfach nur anwesend sein. Sie bedeutet, wirksam zu sein. Mitreden zu können. Fragen stellen zu können. Lachen zu können. Sich streiten zu können. Und sagen zu können: ‚Das will ich.‘ Oder eben auch: ‚Das will ich nicht.‘“, erklärte Kathrin Klapper. Die Forderungen und Statements finden Sie unter dem QR-Code.

Workshop-Vielfalt: Lernen, Erleben, Vernetzen

Ein besonderes Konzept macht das Jahrestreffen einzigartig: Die UK-Teilnehmer:innen erhalten ihnen bisher unbekannte Kommunikationsassistenten zur Seite gestellt. Das eröffnet neue Möglichkeiten. Unterstützt kommunizierende Menschen und ihre Angehörigen können dadurch getrennte Workshops besuchen und genau die Informationen mitnehmen, die sie brauchen. Die oft noch studierenden Kommunikationsassistenten sammeln ihrerseits wertvolle Praxiserfahrung, die kein Hörsaal bieten kann.

Auch 2026 bot das Workshop-Programm für jede und jeden etwas: Von künstlerischen und kreativen Angeboten über digitale Medien bis hin zu Entspannung und politischer Teilhabe. Unter dem Titel „Dein eigener Song“ konnten Teilnehmende ihre eigene Idee zum Lied machen. Bei „Zusammen zocken!“ standen Brett- und Kartenspiele für UK im Mittelpunkt. In der „Kamishibai-Werkstatt“ drehte sich alles ums Geschichtschreiben. Der Workshop „UK in der Politik“ lud dazu ein, die eigene Stimme

zu nutzen (**s. dazu den Bericht auf S. 22**). Bei „Farbfantasien“ wurde mit Farben experimentiert, während das Angebot „Entspannung“ dazu einlud, mal loszulassen. Den Abschluss des Abends bildete auch in diesem Jahr traditionell „Die Samstag-Abend-Show“ – Vorhang auf und Bühne frei!

Für Bezugspersonen gab es eigene Angebote: Beim Eltern- und Assistent:innen-Treff stand der gegenseitige Austausch im Vordergrund. Der Workshop „Feldenkrais“ lud Bezugspersonen ein, in Verbindung mit sich und anderen zu kommen. Professionelle Bezugspersonen fanden im Workshop „Selfcare“ Unterstützung im Umgang mit Stress.

Als bleibendes Symbol für 30 Jahre gemeinsamen Wachstums und Zusammenhalt pflanzten die Teilnehmenden des Jubiläumstreffens zum Abschluss gemeinsam einen Baum auf dem Gelände der Sportschule Wedau und hängten dort ihre Wünsche und Forderungen auf. Diese Pflanzaktion steht sinnbildlich für das, was das Jahrestreffen seit drei Jahrzehnten verkörpert: Wurzeln schlagen, Vernetzung ermöglichen und gemeinsam in die Zukunft wachsen. Jürgen Dusel hat bereits den Wunsch geäußert, im nächsten Jahr wieder dabei sein zu wollen, um erneut konkrete Wünsche von UK-ler:innen einzufangen und in wichtige politische Prozesse einbringen zu können.

Das nächste Jahrestreffen UK findet vom 14. bis 16. Mai 2027 (Pfingsten) statt.

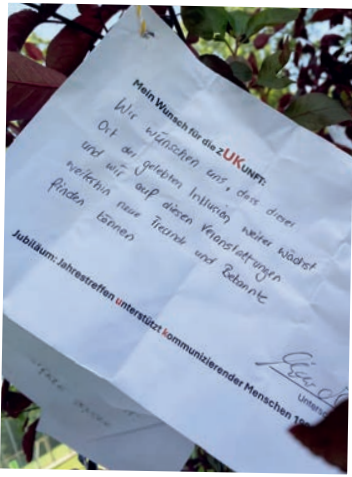
Mehr zum Jahrestreffen UK finden Sie auf der Website: <https://uk.bvkm.de>

Die Statements und Forderungen zur gesellschaftlichen und politischen Teilhabe als PDF unter dem QR-Code:



**Wir danken der
Aktion Mensch herzlich
für die Förderung.**

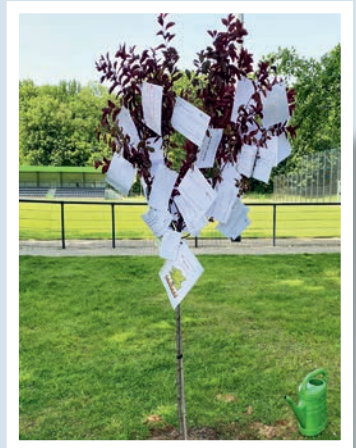
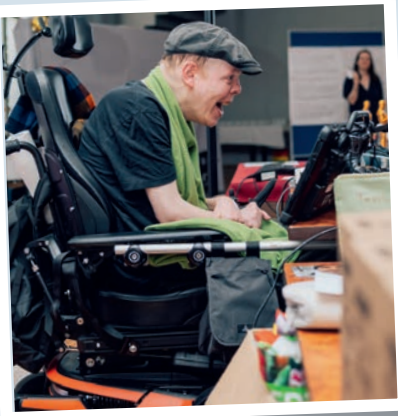




© Fotos: bvkm // Susanne Ellert



© Fotos: bvkm // Susanne Ellert



© Fotos: bvkm // Susanne Ellert



© Fotos: bvkm // Susanne Ellert



Jürgen Dusel, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen besuchte das UK-Jahrestreffen.



© Fotos: bvkm // Susanne Ellert



© Fotos (5): Finn Kantus für bvkm

Thorsten Mühl

Schutzkonzepte für Menschen mit Behinderungen

Verantwortung, Haltung und gelebte Sicherheit



Einfache Sprache

Schutzkonzepte für Menschen mit Behinderungen sind sehr wichtig. Sie schützen Menschen mit Behinderungen vor Gewalt, Übergriffen und Machtmissbrauch. Sie stärken Menschen – statt sie zu bevormunden. Manche Menschen können nicht oder kaum sprechen. Dann brauchen sie besonders viel Schutz. Eltern, Fachkräfte und Organisationen müssen dabei zusammenarbeiten.

Schutzkonzepte sind kein Zusatz, sondern eine grundlegende Voraussetzung für gelingende Teilhabe, Sicherheit und Würde von Menschen mit Behinderungen. Sie dienen dazu, Gewalt, Übergriffe, Vernachlässigung und Machtmissbrauch zu verhindern und Strukturen zu schaffen, die Menschen stärken, statt sie zu bevormunden. Besonders dann, wenn Menschen nicht oder nur eingeschränkt sprechen können, ist dieser Schutz eine gemeinsame gesellschaftliche Aufgabe von Eltern, Fachkräften und Trägern.

Rechtlich lässt sich dieser Anspruch gut begründen. Die UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet in verschiedenen Artikeln dazu, Menschen mit Behinderungen wirksam vor Gewalt, Ausbeutung und Missbrauch zu schützen, ihre Selbstbestimmung zu achten und ihre Teilhabe sicherzustellen. Besonders relevant sind dabei die Grundgedanken von Artikel 12 zur gleichen Anerkennung vor dem Recht, Artikel 16 zum Schutz vor Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch, Artikel 19 zur unabhängigen Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft sowie Artikel 24 zur Bildung. Daraus folgt: Schutz darf nicht nur behauptet, sondern muss organisatorisch, fachlich und personell abgesichert werden.

Auch unser Grundgesetz garantiert, dass die Würde des Menschen unantastbar ist.

Was Schutzkonzepte leisten

Ein Schutzkonzept ist immer mehr als ein Regelwerk. Es verkörpert eine Haltung, die Achtsamkeit, Transparenz und Verantwortung in den Mittelpunkt stellt. Es regelt Verhaltensstandards, beschreibt Vorgehensweisen bei Verdacht auf Gewalt und schafft sichere Kommunikationswege. Es soll eine Kultur fördern, in der Nähe und Vertrauen möglich sind – ohne die Gefahr von Grenzverletzungen. Fachkräfte wissen dadurch, woran sie sich orientieren können, Eltern erleben Verlässlichkeit, und Menschen mit Behinderungen spüren, dass sie ernst genommen werden.

Meldewege müssen klar sein und eingehalten werden. Es muss klar geregelt sein, was und wie zu protokollieren ist. Ebenso wichtig ist, wer Informationen erhält, wie Datenschutz eingehalten wird und welche Schritte bei einem Verdacht sofort einzuleiten sind. Ein Schutzkonzept darf nicht nur auf dem Papier stehen, sondern muss im Alltag handlungsleitend sein, verbindlich sein und gelebt werden.

Auch aus rechtlicher Sicht ist diese Verbindlichkeit bedeutsam. Je nach Kontext greifen Vorgaben aus dem Sozialrecht, dem Datenschutzrecht, dem Strafrecht oder dem jeweiligen Landesheim- und Wohnrecht. Gerade in Einrichtungen, Diensten und Schulen genügt es daher nicht, Schutz nur als freiwillige Haltung zu verstehen. Er gehört zu den institutionellen Kernaufgaben und alle, Vorgesetzte und Mitarbeiter sind verantwortlich für die Umsetzung.

Risikoanalyse und Prävention im Alltag

Ein gutes Schutzkonzept beginnt mit einer ehrlichen Risikoanalyse. Sie zeigt, wo Situationen entstehen können, die zu missachteten Grenzen oder Übergriffen führen. Beispiele sind Pflegesituationen, Assistenz beim An- und Ausziehen, Fahrdienste, Einzelbetreuung

oder Freizeitaktivitäten. Auch räumliche und organisatorische Strukturen werden betrachtet: Gibt es ausreichend einsehbare Räume? Funktionierende Beschwerdekanäle? Klar geregelte Zuständigkeiten?

Diese Analyse ist nicht Ausdruck von Misstrauen gegenüber Mitarbeitenden, sondern Beweis professioneller Verantwortung. Sie zeigt, dass Einrichtungen Gewaltprävention als Teil ihrer Qualität verstehen. Meldewege müssen klar sein und eingehalten werden. Es muss geregelt sein, was und wie zu protokollieren ist. Eine interne Schutzbeauftragte und Vertrauenspersonen senken die Hürden, sich zu melden.

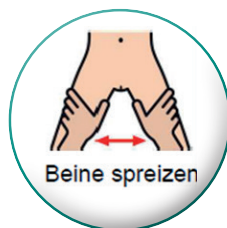
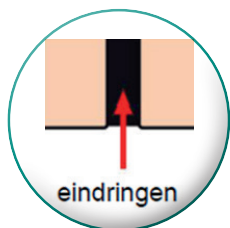
Ergänzend ist sinnvoll, Risikoanalysen regelmäßig zu aktualisieren. Risiken verändern sich mit Personalwechseln, baulichen Bedingungen, Gruppenstrukturen, Alter der betreuten Personen oder neuen Angebotsformen. Ein Schutzkonzept ist deshalb kein einmalig abgeschlossenes Dokument, sondern ein fortlaufender Prozess der Qualitätsentwicklung.

Fachliche und emotionale Kompetenz

Fachkräfte benötigen Wissen und Haltung, um Risiken zu erkennen und zu vermeiden. Dazu gehören Fortbildungen zu Themen wie Nähe und Distanz, sexualisierte Gewalt, Trauma, Grenzverletzungen und Kommunikation. Ebenso wichtig ist die Selbstreflexion: Wann neige ich dazu, meine Macht als Betreuerin oder Betreuer unbewusst zu nutzen? Wie gehe ich mit Stress, Überforderung und Emotionen um?

Auch die Fähigkeit, Beobachtungen ernst zu nehmen und Verdachtsmomente kollegial zu besprechen, ist unverzichtbar. Schweigen schützt Täterinnen und Täter – Offenheit schützt die Betroffenen. Deshalb braucht es eine Kultur, in der Rückfragen erlaubt sind, Unsicherheiten angesprochen werden dürfen und Verdachtsmomente nicht bagatellisiert werden.

Rechtlich ist hier auch der Gedanke der Organisationsverantwortung wichtig. Träger und



Leitung müssen dafür sorgen, dass Mitarbeitende nicht nur gut gemeinte Appelle erhalten, sondern konkrete Standards, Schulungen, Zuständigkeiten und Ansprechpersonen. Ohne diese Struktur bleibt Schutz zufällig.

Eltern als Partner im Schutz

Eltern sind die wichtigsten Partner im Schutzprozess. Sie bringen wertvolles Wissen über die Persönlichkeit, Wünsche und Kommunikationsformen ihres Kindes mit. Ein gutes Schutzkonzept bindet Eltern aktiv ein: durch regelmäßige Gespräche, transparente Abläufe bei Beschwerden und die Möglichkeit, Sorgen früh auszusprechen. Diese Partnerschaft muss auf Augenhöhe geschehen – denn nur wenn Vertrauen besteht, kann Sicherheit entstehen.

Eltern können auch selbst aufmerksam dafür sein, ob sich ihr Kind verändert: Wirkt es ängstlicher, zieht es sich zurück, meidet bestimmte Situationen oder Personen? Solche Signale sind ernst zu nehmen, auch wenn sie nicht eindeutig erscheinen. Gerade bei Kindern, Jugendlichen oder Erwachsenen mit Unterstützungsbedarf ist es wichtig, Veränderungen nicht vorschnell als „Verhalten“ abzutun, sondern als mögliche Hinweise auf Belastung oder Grenzverletzung zu verstehen.

Auch aus Sicht des Schutzauftrags sind Eltern wichtige Mitverantwortliche. Sie kennen oft Hinweise, die im Alltag einer Einrichtung nicht sofort sichtbar sind. Eine gute Schutzkultur lebt deshalb von Austausch, Transparenz und dem klaren Recht der Angehörigen, Fragen zu stellen und Beobachtungen mitzuteilen.

Die besondere Vulnerabilität nicht sprechender Menschen

Menschen, die nicht oder nur begrenzt sprechen können, gehören zu den verletzlichsten Gruppen. Sie sind in besonderer Weise auf Vertrauenspersonen und funktionierende Strukturen angewiesen, da sie in vielen Fällen Misshandlungen oder Grenzverletzungen

nicht mit Worten benennen können. Unterstützte Kommunikation (UK) spielt deshalb eine Schlüsselrolle in jedem Schutzkonzept.

UK bedeutet: Menschen erhalten individuell passende Mittel, um sich mitzuteilen – über Symbole, Gebärden, Bildkarten, Talker. Diese Mittel sind keine Hilfsmittel „zusätzlich zum Schutz“, sondern elementarer Bestandteil von Sicherheit und Teilhabe. Nur wer verstanden werden kann, kann auch über Unrecht sprechen.

Ein zentrales Ziel ist daher, dass alle Fachkräfte im Umgang mit Unterstützter Kommunikation geschult sind. Sie müssen wissen, wie die Person kommuniziert, wie Zustimmung, Ablehnung oder Unbehagen ausgedrückt werden und in welchen Situationen eine Kommunikation möglicherweise blockiert ist. Schutz heißt in diesem Fall auch: aufmerksam wahrnehmen, wann etwas „nicht stimmt“, selbst wenn keine Worte fallen. Mimik, Körperhaltung, Blickverhalten oder Veränderungen in der Stimmung sind wichtige Signale.

Hier kommt zusätzlich ein menschenrechtlicher und fachlicher Anspruch hinzu: Unterstützte Kommunikation darf nicht nur im pädagogischen Alltag eingesetzt werden, sondern muss auch im Schutzkonzept selbst mitgedacht werden. Wenn Beschwerdewege, Meldewege oder Gesprächsangebote sprachlich nicht zugänglich sind, bleiben sie für viele Betroffene wirkungslos. Das Schutzkonzept muss deshalb barrierefrei formuliert und in leichter, verständlicher und multimodaler Form zugänglich sein.

Menschen ohne verbale Kommunikation sind für Täterinnen und Täter besonders leichte Opfer sexualisierter Gewalt. Oft fehlende sexualpädagogische Aufklärung begünstigt sexuelle Übergriffe. Daher müssen Unterstützte Kommunikation, sexuelle Aufklärung und Wissen um Rechte Grundpfeiler in Bildung und Begleitung sein. Ein Einstieg kann dabei das Kummerbuch (Autismus Verlag) von Svenja Kerkeling sein, wenn es darum geht, Sorgen und Probleme überhaupt mitteilen zu können. Wenn der Verdacht besteht, dass es sich um sexualisierte Gewalt handelt, kann die Aussagemappe (Autismus Verlag) von Tina

Meinen, Anette Kitzinger und Thorsten Mühl unterstützend genutzt werden. Wenn sich der Verdacht erhärtet, sollten unbedingt externe Fachkräfte, das Jugendamt und die Polizei hinzugezogen werden.

Auch strafrechtlich ist klar: Bei Verdacht auf sexualisierte Gewalt, körperliche Gewalt oder schwerwiegende Grenzverletzungen darf nicht abgewartet werden. Verdachtsmomente müssen ernst genommen, dokumentiert und an die zuständigen Stellen weitergegeben werden, wenn dies erforderlich ist.

Kommunikationsräume schaffen

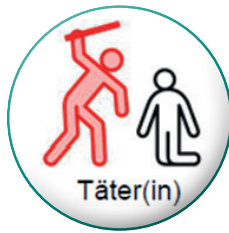
Nicht sprechende Menschen brauchen sichere Räume, in denen sie sich äußern dürfen – ohne Angst und ohne Zeitdruck. Dazu gehören feste Vertrauenspersonen (Kinderschutzbeauftragter), bekannte Kommunikationsmittel und Möglichkeiten, auch nonverbal Feedback zu geben. Sinnvoll sind anonyme oder geschützte Rückmeldestrukturen, z. B. Piktogramm-Tafeln mit Symbolen für „Ich fühle mich schlecht behandelt“ oder „Ich brauche Hilfe“.

Ebenso wichtig ist es, dass Fachkräfte regelmäßig überprüfen, ob Kommunikation tatsächlich gelingt. Eine Person, die scheinbar „einverstanden“ wirkt, kann dies oft nicht wirklich ausdrücken. Ein echtes Einverständnis braucht Zeit, Aufmerksamkeit und Beziehung. Deshalb gehört zur Schutzpraxis auch die Frage: Versteht die Person wirklich, worum es geht? Kann sie ablehnen? Kann sie nachfragen? Kann sie sich ohne Druck äußern?

Hier zeigt sich auch die Bedeutung der Beteiligung: Wer selbst nicht laut sprechen kann, darf nicht von Mitbestimmung ausgeschlossen sein. Das gilt im Alltag, in Gesprächen, bei Pflege, bei pädagogischen Angeboten und auch bei Krisenentscheidungen.

Institutionelle Verantwortung und Kulturwandel

Träger von Einrichtungen tragen die Verantwortung, Rahmenbedingungen zu schaffen,



die Schutz ermöglichen. Dazu gehören ausreichende Personalressourcen, Zeit für Teamreflexion, klare Zuständigkeiten und eine offene Fehlerkultur. Wo Angst vor Konsequenzen herrscht, wird Schweigen zur Regel – und genau dort entstehen Risiken.

Ein wirksames Schutzkonzept lebt von einer Kultur, in der es normal ist, über Grenzverletzungen zu sprechen, Fehler einzugestehen und daraus zu lernen. Supervision und kollegiale Beratung sind wertvolle Instrumente, um Fachkräfte zu entlasten und wachsam zu halten. Ein Träger, der Schutz ernst nimmt, sorgt nicht nur für ein Dokument, sondern für Verbindlichkeit im Arbeitsalltag, regelmäßige Fortbildung und klare Kommunikationswege.

Auch arbeitsrechtlich und organisatorisch braucht es Klarheit. Zuständigkeiten müssen benannt, Vertretungsregelungen geregelt und Entscheidungswege transparent sein. Nur so kann in Krisen schnell und verantwortungsvoll gehandelt werden.

Beschwerdeverfahren und externe Kontrolle

Jede Einrichtung sollte über interne und externe Beschwerdeverfahren verfügen. Menschen mit Behinderungen – auch jene, die Unterstützte Kommunikation nutzen – müssen jederzeit wissen, an wen sie sich wenden können. Vertrauenspersonen von innen und außen, Ombudsstellen oder unabhängige Beschwerdebeauftragte erhöhen Glaubwürdigkeit und senken Hemmschwellen.

Eltern sollten über diese Wege informiert sein, ebenso wie Mitarbeitende. Ein gut erreichbares, niedrigschwelliges Beschwerdesystem ist ein Gradmesser für echte Partizipation und Schutz. Beschwerden dürfen nicht als Störung verstanden werden, sondern als wichtige Rückmeldung, die zur Verbesserung beiträgt.

Zusätzlich ist sinnvoll, klare Standards für die Dokumentation festzulegen. Wer nimmt Beschwerden auf? In welcher Form? Welche Beobachtungen werden festgehalten? Wer

entscheidet über weitere Schritte? Diese Fragen müssen in jedem Schutzkonzept konkret beantwortet werden.

Empowerment und Selbstbestimmung

Der Kern jedes Schutzkonzepts ist nicht Kontrolle, sondern Stärkung. Menschen mit Behinderungen sollen wissen, dass sie Rechte haben und dass ihre Stimme wichtig ist – egal, ob sie sprechen oder auf andere Weise kommunizieren. Diese Stärkung beginnt im Alltag: beim Mitentscheiden, beim Einfordern von Pausen, beim Nein-Sagen.

Kinder, Jugendliche und Erwachsene müssen erleben, dass Grenzen respektiert werden und dass sie Hilfe bekommen, wenn sie sich unwohl fühlen. Vertrauen in die eigene Wahrnehmung ist ein wichtiger Schutzfaktor, und hier sind Eltern und Fachkräfte gleichermaßen Vorbilder. Rechte werden nicht nur im Krisenfall wirksam, sondern im täglichen Miteinander.

Auch das Recht auf Bildung, Information und Teilhabe gehört hier dazu. Menschen mit Behinderungen brauchen nicht nur Schutz vor Gefahren, sondern auch Wissen über ihre Rechte, über Hilfsangebote und über Wege, sich Hilfe zu holen. Das ist gelebtes Empowerment.

Vom Schutzkonzept zum Schutzvertrag

Schutzkonzepte entstehen derzeit sehr viele, einige werden sicher abgeschrieben oder mit KI erzeugt oder Mitarbeiter werden vom Chef ernannt, die ein Konzept erarbeiten sollen, damit den gesetzlichen Vorgaben genüge getan ist. Das sind dann Staubfänger, die im Regal stehen, neben dem Leitbild und dem Qualitätsmanagement.

Das hat aber mit einem Schutzkonzept, wie wir es verstehen, nichts gemein. Ein Schutzkonzept muss gelebt werden. Das heißt, es muss ständig evaluiert und verbessert

werden. Alle sollten eingebunden werden und sich einbringen können. In Schulen könnte eine Schulversammlung, in Betrieben eine Betriebsversammlung mit allen Mitarbeitenden, Klienten und Angehörigen der Start sein. Es kann niemand etwas gegen ein funktionierendes Schutzkonzept haben. Daher könnten am Ende alle Beteiligten einen Schutzvertrag unterschreiben. Mitarbeitende, zu Betreuende, Chefs und Vorstände und, wenn vorhanden, Aufsichtsräte. Ein Vertrag, der für alle bindend ist und eingehalten werden muss. Ein solcher Schutzvertrag ersetzt nicht das Schutzkonzept, aber er kann dessen Verbindlichkeit sichtbar machen. Er verdeutlicht, dass Schutz keine freiwillige Option ist, sondern eine gemeinsame Verpflichtung. Gerade in Einrichtungen mit hoher Abhängigkeit und asymmetrischen Machtverhältnissen kann ein solches Signal wichtig sein.

Fazit: Schutz als gelebte Haltung

Ein Schutzkonzept allein schützt niemanden. Erst wenn es im Alltag gelebt und von allen getragen wird, entfaltet es seine Wirkung. Entscheidend sind die Haltung, die Sensibilität und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Besonders Menschen, die nicht sprechen und auf Unterstützte Kommunikation angewiesen sind, brauchen diese Haltung in höchstem Maße – durch Fachkräfte, die geduldig zuhören, Eltern, die aufmerksam hinsehen, und Einrichtungen, die die nötigen Ressourcen bereitstellen. Schutz heißt, Menschen zu sehen, ihnen zuzuhören – auch dann, wenn ihre Stimme leise oder anders klingt oder aus einem Talker kommt.

Jedes Verweigern, jedes Zögern, jede Halbherzigkeit nützt den Tätern!

Thorsten Mühl, Fachoberlehrer, Kommunikationspädagog und Theaterpädagoge an einem Sonderpädagogischen Bildungs und Beratungszentrum, Herausgeber der „Aussagemappe“. ISBN 978-3-03852-119-8 (vorauss. Veröffentlichung im Herbst 2026).

Pflegeschätze

Alltagspraktiken, Erfahrungswissen und Erfindungen pflegender Eltern als „Pflegeschätze“ veröffentlicht

Einfache Sprache

Viele Familien in Deutschland pflegen ein Kind mit einer Behinderung oder einer schweren Krankheit zu Hause. Der Alltag dieser Familien ist oft sehr anstrengend. In dem Projekt „**Pflegeschätze**“ haben Forschende gemeinsam mit über 100 Eltern nach guten Ideen gesucht. Diese Ideen heißen „Pflegeschätze“. Es sind praktische Tipps, Tricks und Erfindungen, die sich die Eltern selbst ausgedacht haben. Ein Beispiel ist eine Bild-Liste für das Kind, damit am Morgen alle Aufgaben ohne Streit klappen. Ein anderes Elternteil hat einen besonderen Sitz für den Sandkasten gebaut. Das Projekt zeigt: Pflegende Eltern sind echte Expertinnen für ihren Alltag. Ihre Erfindungen helfen auch anderen Familien. Viele Ergebnisse und Materialien kann man kostenlos im Internet herunterladen.

„Riiing, Riiing, Riing...“, unbarmherzig dringt das Klingeln des Weckers durch die Nacht. Eine Nacht, in der sie mal wieder die Nachtschicht für ihren Sohn übernommen hatte. Die Sauerstoffwerte waren mehrfach abgefallen und sie hat nur wenig geschlafen. Aber der Wecker kennt kein Erbarmen. Mit jedem Klingeln bringt er eine Aufgabe: Ihr Sohn braucht seine Medikamente, ein Einlauf muss gemacht und die Orthesen angezogen werden. Aber auch die Hausaufgaben der Tochter müssen kontrolliert und das Frühstück gerichtet werden. Eine endlose Gedankenspirale setzt sich in Gang: Hat ihr Mann die neuen Medikamente bestellt? Wer übernimmt heute eigentlich den Termin beim Sozialamt? Und wann soll sie den Widerspruch für die Krankenkasse fertig machen? Der muss heute unbedingt raus! Eigentlich hatte sie ihrer Tochter versprochen, heute mit ihr Eisessen zu gehen – aber wann? „Riiing, riiing...“, unterbricht sie der Wecker und erinnert sie daran, dass keine Zeit zum Nachdenken bleibt. Die Medikamente müssen

pünktlich gegeben werden... Für viele Familien mit pflegebedürftigen Kindern sind solche Situationen kein Ausnahmezustand, sondern Alltag.

Rund 244.000 pflegebedürftige Kinder und Jugendliche (U20) leben in Deutschland und fast alle von ihnen werden zu Hause gepflegt und versorgt (Matzk et al. 2022). Die pflegenden An- und Zugehörigen – häufig die Eltern¹ – stehen im Alltag vor vielfältigen Herausforderungen (Brandt et al. 2022; Koch et al. 2021): Sie müssen die medizinische Versorgung, Therapien, den Schulbesuch und Krankenhausaufenthalte koordinieren, sich durch Anträge und Widersprüche kämpfen und gleichzeitig Familienleben, Partnerschaft, Beruf und Haushalt stemmen. Dabei ist keine Pflegesituation wie die andere. Pflegebedürftigkeit im Kindes- und Jugendalter hat viele Ursachen und Ausprägungen (Kofahl und Lüdecke 2014; Oetting-Roß 2022), etwa Neurodivergenz wie ADHS oder Autismus, Stoffwechselerkrankungen oder auch schwere Mehrfachbehinderungen, bei denen Beatmung notwendig ist. So verschieden wie die Diagnosen sind auch

die Bedarfe der Familien und die Anforderungen im Alltag.

Eines haben sie gemeinsam: Viele pflegende Familien berichten von strukturellen Hindernissen, mit denen sie konfrontiert sind. Das sind beispielsweise der „Dschungel der Zuständigen“ (Jennessen 2022) bei den Sozialleistungsträgern oder unpassende Unterstützungsangebote, die nicht auf die Lebensrealität von pflegebedürftigen Kindern und ihren Familien zugeschnitten sind. All diese Anforderungen fordern einen hohen Tribut von den pflegenden Eltern und wirken sich meist auf ihre Gesundheit, ihre Erwerbstätigkeit und ihr Familienleben aus (Koch et al. 2021). Zudem bleibt die Pflegesituation häufig über viele Jahre oder Jahrzehnte bestehen.

Was sind Pflegeschätze?

Wenn die Pflegebedürftigkeit eintritt oder eine Diagnose gestellt wird, erleben viele Eltern zunächst einen tiefen Einschnitt, der als „Diagnose-

Selbstgebauter Dreieckssitz
Im Sand eigenständig Sitzen

Schlagwörter: Spielen • Selbstständigkeit • Körperbehinderung

Ausgangslage
Ein Elternteil erzählt, dass sein Kind nicht gut allein sitzen kann.

Der Pflegeschatz
Aus alten Regalteilen hat die Familie einen Dreieckssitz gebaut.

Der Sitz hat eine Platte zum Sitzen für das Kind. Das Kind kann sich gegen zwei Platten, die in einem 90° Winkel zueinander stehen. So wird das Kind rechts und links gestützt. Auf der Platte, auf der das Kind sitzt, ist ein runder Holzgriff befestigt. Dieser befindet sich beim Sitzen zwischen den Beinen des Kindes.

Nutzenbeschreibung
Der selbstgebaute Sitz ist für die Eltern eine Erleichterung im Alltag. Denn auf dem Sitz kann das Kind allein sitzen ohne umzufallen. Zum Beispiel auf unebenen Flächen wie im Sand.

KONTEXT:
Freizeit als Familie

ART:
DIY

SITUATION:
Unterwegs

SCHLAGWÖRTER:
Körperbehinderung, Selbstständigkeit, Spielen

Hinweis: Oft übernehmen Mütter und Frauen einen großen Teil bei der Versorgung und Pflege der Kinder. Das muss aber nicht so sein, es ist unabhängig vom Geschlecht. Deshalb verwenden wir immer dann, wenn das Geschlecht für den Inhalt nicht relevant ist, die neutrale Form „Elternteil“ und das zugehörige Pronomen „er“.

[Zurück zu allen Pflegeschätzen](#)

schock“ beschrieben werden kann (Oetting-Roß et al. 2019). Der gewohnte Alltag gerät aus dem Gleichgewicht. Unsicherheit, Angst und Überforderung stehen im Vordergrund. Doch mit der Zeit und den wachsenden Erfahrungen entwickeln pflegende Familien neue Wege, um ihren Alltag besser zu bewältigen. Sie probieren aus, verwerfen, passen an und finden Lösungen, die zu ihrer Situation passen. Diese Ideen, Strategien und Tricks sind die „Pflegeschatze“ der Familien: praktische, oft kreative Lösungen, die helfen, wiederkehrende Herausforderungen zu bewältigen und den eigenen Alltag als pflegendes Elternteil und Familie besser zu gestalten. Dabei entstehen Pflegeschätze nicht aus der Theorie, sondern direkt aus den gelebten Erfahrungen von pflegenden Familien (Zorn et al. 2026)

Fokus auf die Expertise pflegender Eltern

Das Forschungs- und Entwicklungsprojekt „Pflegeschatze“ (ausführlicher Titel: „Identifizierung, Visualisierung und Transfer familiärer Innovationen aus dem Alltag mit pflegebedürftigen Kindern“) wurde vom Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) gefördert und gemeinsam vom Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen (bvkm e. V.), der Technischen Hochschule Köln, der Hochschule München, der Technischen Universität Darmstadt und dem ProLog Verlag durchgeführt. Während in der Forschung bisher vor allem die Belastungen, Herausforderungen (u.a. Brandt et al. 2022; Koch et al. 2021) und Bedarfe (u. a. Hetzel et al. 2022; Wingenfeld

2021) pflegender Eltern untersucht wurden, setzte das Projekt „Pflegeschatze“ einen anderen Fokus: nämlich die (Alltags-)Expertise pflegender Eltern. Diese Perspektive ist eng mit dem Empowerment-Konzept verknüpft (Herriger 2020; Theunissen 2022). Die pflegenden Eltern werden nicht als „Betroffene“ gesehen, sondern als Expert:innen ihrer eigenen Lebensrealität. Im Gegensatz zu professionellen Expert:innen verfügen sie über ein praktisches Verständnis dafür, was in ihrem konkreten Alltag funktioniert und was nicht. Gemeinsam mit über 100 Eltern hat das Forschungsteam Pflegeschätze gesammelt: in Interviews, analogen und digitalen Workshops mit spezifischen Pflegeschätze-Methoden (Herold-Majumdar et al. 2025) und einer digitalen „Schatzsuche“ per Messenger-App (Blasius et al. 2024). Das Team hat die gesammelten Pflegeschätze verständlich aufbereitet und anschaulich dargestellt. Gleichzeitig wurde im Projekt der Demonstrator² für eine interaktive, digitale Plattform entwickelt, der zeigt, wie solche Inhalte künftig zugänglich gemacht werden können (Göbel et al 2025). Daneben gab es noch weitere Projektbestandteile wie die Entwicklung eines Schulungskonzepts oder eine quantitative Studie zur Lebensqualität pflegender Familien. Auf der Projektwebseite www.pflegeschatze.de stehen die Materialien zum Download bereit.

Die gesammelten Pflegeschätze: Mehr als individuelle Lösungen

Beim Betrachten der gesammelten Pflegeschätze fällt auf, dass es sich oft um überraschend einfache, aber doch wirkungsvolle Lösungen

handelt. Zum Beispiel berichtete ein Elternteil davon, morgens eine visuelle Checkliste für alle Aufgaben zu nutzen. Damit werden die Abläufe dem Kind auch ohne viele Worte klar. Ein anderes Elternteil hat einen Dreieckssitz gebaut, um seinem Kind ein stabileres Sitzen im Sandkasten zu ermöglichen. Wieder andere Elternteile berichteten von einem selbst eingesprochenen Hörspiel oder einer monatlichen Bestellroutine für Medikamente und Verbrauchsmaterialien. All diese vielleicht auch unscheinbaren Pflegeschätze erleichtern den pflegenden Eltern ihren Alltag und zeigen gleichzeitig, wie viel Erfahrungswissen bei ihnen vorhanden ist.

Im Projekt wurden nicht nur viele einzelne Pflegeschätze als individuelle Lösungen sichtbar, sondern auch übergeordnete Erkenntnisse gewonnen:

- ▶ **1. Pflegende Eltern verfügen über umfangreiches Erfahrungswissen zu ganz unterschiedlichen Themen.** Sie entwickeln Lösungen für verschiedene Bereiche ihres Alltags: von der ganz konkreten Körperpflege und der Organisation von Alltagsabläufen über soziale Beziehungen und den Umgang mit Bürokratie bis hin zur eigenen Selbstfürsorge.
- ▶ **2. Pflegeschätze schaffen (gesellschaftliche) Sichtbarkeit für die Situation pflegender Familien.** Viele Teilnehmende betonten, wie wichtig es auch im Rahmen des Projekts für sie war, ihre eigenen Erfahrungen zu teilen. Denn im Vergleich zur Pflege älterer Menschen bleibt die Lebensrealität von pflegenden Eltern weniger sichtbar. Pflegeschätze können die unterschiedlichen Alltagserfahrungen und die Perspektiven pflegender Familien ganz praktisch veranschaulichen. Bei manchen pflegenden Eltern zeigte sich der Wunsch nach mehr Sichtbarkeit auch in konkreten Pflegeschätzen. Diese dokumentieren Strategien, mit denen die Eltern mehr Sichtbarkeit und damit verbunden auch den Abbau von vorhandenen Benachteiligungen in Gesellschaft und Institutionen für ihre Kinder und sich selbst einfordern.
- ▶ **3. Pflegeschätze weisen auf strukturelle Probleme und Versorgungslücken hin.** Sie entstehen nicht selten aus Mangel und dem Umgang mit Versorgungslücken. Pflegeschätze zeigen also nicht nur individuelle Lösungen, sondern machen auch sichtbar, wo pflegende Familien mit strukturellen Hürden konfrontiert sind. Aus diesem Grund nannten Teilnehmende bei bestimmten Themen, wie etwa dem Umgang mit Bürokratie, sehr ähnliche Pflegeschätze, obwohl ihre Kinder unterschiedliche Erkrankungen und Einschränkungen haben.
- ▶ **4. Pflegeschätze anderer Familien geben wertvolle Impulse.** Die Erfahrungen aus dem Austausch und der Weitergabe der im Projekt gesammelten Pflegeschätze zeigen, dass ihre anschauliche Darstellung neue Ideen anstößt. Die Pflegeschätze anderer Familien können dazu anregen, den eigenen Pflegealltag lö-



sungsorientiert zu reflektieren, eigene Pflegeschätze wahrzunehmen und neue Ideen im Umgang mit Herausforderungen zu entwickeln.

- **5. Die Suche nach und Beschäftigung mit eigenen Pflegeschätzen kann bestärkend wirken.** Einige Teilnehmende erzählten nach der Pflegeschatzsuche, dass ihnen durch das lösungsorientierte Reflektieren des eigenen Alltags und die Suche nach eigenen Pflegeschätzen erstmals bewusst geworden ist, über wie viel Wissen, Erfahrung und Expertise sie verfügen. Dieses Bewusstsein kann das Gefühl von Selbstwirksamkeit fördern und für die pflegenden Eltern bestärkend wirken.

Was bleibt?

Das Projekt „Pflegeschatze“ endet jetzt, aber die Idee dahinter soll weiterleben. Damit die Pflegeschätze, die dazugehörigen Methoden und weitere Ergebnisse auch über das Projektende hinaus genutzt werden können, wurden verschiedene Materialien und Angebote entwickelt, die auf der Projektwebseite www.pflegeschaetze.de zur Verfügung stehen:

- Eine **Sammlung aufbereiteter Pflegeschätze** (sowohl nach Kategorien filterbar auf der Webseite als auch als gesammeltes PDF-Dokument zum kompletten Download)
- Ein **digitaler Methodenkoffer** mit den Anleitungen für die Pflegeschätze-Methoden und vielen Moderationshinweisen und Materialien für die Pflegeschatzsuche in Gruppen
- **Gesprächsimpulse**, die dabei helfen, über eigene Herausforderungen und Pflegeschätze ins Gespräch zu kommen (oder auch allein den eigenen Pflegealltag zu reflektieren)
- Ein **Darstellungsleitfaden**, der beschreibt, wie Pflegeschätze verständlich und barrierearm beschrieben und dargestellt werden können, um sie mit anderen zu teilen

Weitere Ergebnisse des Projekts sind der **Demonstrator der interaktiven Plattform** – für den momentan noch nach interessierten Organisationen gesucht wird, die einen langfristigen Betrieb übernehmen können – sowie ein umsetzungsreifes **Peer-Moderations-Training** als **fertiges Schulungskonzept** für interessierte Anbieter:innen und Institutionen. Zudem wurde ein **analoger Methodenkoffer** mit Anleitungen und Materialien an Selbsthilfegruppen und Organisationen verteilt; auch der bvkm verfügt über ein Exemplar.

Das Projekt „Pflegeschatze“ wäre nicht möglich gewesen ohne das Engagement der Familien, die teilgenommen haben, ohne ihre Zeit und ohne ihre Bereitschaft, Einblicke in ihren Familien- und Pflegealltag zu geben.

Herzlichen Dank an die teilnehmenden Familien!

Morgenroutine ohne Sprechen

Checklisten für wichtige Aufgaben

Page 1 / 1 | Zoom 100%

Morgenroutine ohne Sprechen
Checklisten für wichtige Aufgaben

Schlagerwörter: Nonverbale Kommunikation • Morgenroutine • Checkliste

Ausgangslage

Ein Elternteil erzählt, dass es morgens am besten ist, so wenig wie möglich mit seinem Kind zu sprechen. Gleichzeitig braucht das Kind Erinnerungen, um alle Aufgaben zu erledigen.

Der Pflegeschatz

Die Familie nutzt eine Liste mit den wichtigsten Punkten, die das Kind morgens machen muss.

So kann ein Elternteil durch Draufzeigen dem Kind mitteilen, was als Nächstes zu tun ist, ohne sprechen zu müssen.

© Bild: Pflegeschätze 2021 • Klara Schmalbeck

Nutzenbeschreibung

Die Eltern können ihr Kind seinen Bedürfnissen entsprechend an die zu erledigenden Aufgaben am Morgen erinnern.

Zusatzinformationen

Die Familie hat die Liste später mit Bildern ergänzt.

KONTEXT:

Alltagsorganisation

ART:

Strategien

SITUATION:

Zu Hause

SCHLAGWÖRTER:

Checkliste, Morgenroutine, Nonverbale Kommunikation

Hinweis: Oft übernehmen Mütter und Frauen einen großen Teil bei der Versorgung und Pflege der Kinder. Das muss aber nicht so sein, es ist unabhängig vom Geschlecht. Deshalb verwenden wir immer dann, wenn das Geschlecht für den Inhalt nicht relevant ist, die neutrale Form „Elternteil“ und das zugehörige Pronomen „er“.

Zurück zu allen Pflegeschätzen

Monatliche Bestellroutine

Rezepte per App und Materialien per E-Mail organisieren

Page 1 / 1 | Zoom 100%

Monatliche Bestellroutine
Rezepte per App und Materialien per E-Mail organisieren

Schlagerwörter: Bürokratie • Bedarfe • Alltagsorganisation

Ausgangslage

Ein Elternteil erzählt, dass er sich jeden Monat um die Rezepte vom Arzt sowie um die Neubestellung von Medikamenten und Materialien kümmern muss.

Der Pflegeschatz

Der Elternteil erledigt dies immer am ersten jeden Monats.

Verbrauchsmaterialien trägt er in eine Bedarfsliste ein. Er macht ein Foto und schickt das Foto per Email an die Versorgung.

Beim Kinderarzt kann er Rezepte mit einer APP bestellen.

© Bild: Pflegeschätze 2021 • Klara Schmalbeck

Nutzenbeschreibung

Der Elternteil sorgt so dafür, dass alles Notwendige für den Monat bestellt wird. Der feste Ablauf spart Zeit und gibt Sicherheit, da alles pünktlich erledigt wird.

KONTEXT:

Alltagsorganisation

ART:

Strategien

SITUATION:

Sonstiges

SCHLAGWÖRTER:

Alltagsorganisation, Bedarfe, Bürokratie

Hinweis: Oft übernehmen Mütter und Frauen einen großen Teil bei der Versorgung und Pflege der Kinder. Das muss aber nicht so sein, es ist unabhängig vom Geschlecht. Deshalb verwenden wir immer dann, wenn das Geschlecht für den Inhalt nicht relevant ist, die neutrale Form „Elternteil“ und das zugehörige Pronomen „er“.

Zurück zu allen Pflegeschätzen

Fußnoten

1) Da es sich häufig bei den pflegenden An- und Zugehörigen von Kindern häufig um die Eltern handelt und im Rahmen des Projekts Pflegeschätze ausschließlich mit Eltern zusammengearbeitet wurde, ist im folgenden Artikel nur von pflegenden Eltern oder pflegenden Familien die Rede.

2) Ein Demonstrator ist eine anschauliche Beispielumsetzung, die zeigt, wie die Plattform funktioniert und wie Nutzer:innen sie in der Praxis verwenden können.

Klicken Sie für den gesamten Text mit Literaturverzeichnis auf den QR-Code.

www.pflegeschaetze.de

Johanna Krieser, Britta Levering, Laura Blasius, Petra Hoffmann und Prof. Dr. Isabel Zorn sind am Institut für Medienforschung und Medienpädagogik an der Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften der Technischen Hochschule Köln tätig und waren Teil des Projektteams „Pflegeschatze“.

Den vollständigen Text finden Sie hier:



Pflegereform, Eingliederungshilfe und neuer Rechtsratgeber

Katja Kruse

Pflegeneuordnungsgesetz: Sparpaket auf dem Rücken pflegender Familien

bvkm fordert sofortigen Kurswechsel

In seiner Stellungnahme vom 10. Juni 2026 zum Referentenentwurf des Pflegeneuordnungsgesetzes (PNOG) hat der Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen (bvkm) das Gesetz als eine massive Zumutung für pflegende Angehörige bewertet. Das vorgesehene Sparpaket belastet Pflegebedürftige und ihre Familien übermäßig und schwächt die häusliche Pflege.

Mit dem PNOG sollen die Finanzen der Pflegeversicherung stabilisiert werden. Seit einigen Jahren übersteigen die Ausgaben für Pflegeleistungen die Einnahmen aus den Beiträgen deutlich. Bis Ende 2026 wird ein Defizit von 4,5 Mrd. Euro erwartet. Im Zuge der Reform sollen deshalb die Pflege- und Entlastungsleistungen neu geordnet werden. Auch will die Pflegeversicherung künftig verstärkt auf Prävention setzen.

Stand des Gesetzgebungsverfahrens

Bis zum Redaktionsschluss lag weiterhin lediglich der Referentenentwurf des PNOG vom 5. Juni 2026 vor. Zu diesem hatte der bvkm am 10. Juni 2026 schriftlich klar Stellung bezogen und auch in der Verbändeanhörung beim Bundesgesundheitsministerium am selben Tag kein Blatt vor den Mund genommen. Was geplant ist, trifft pflegende Angehörige ins Mark. Insbesondere hat der bvkm kritisiert, dass der Gemeinsame Jahresbetrag, mit dem Familien unkompliziert Ersatzpflege finanzieren können, gestrichen werden soll – gerade einmal ein Jahr nach seiner Einführung. Das ist keine Reform. Das ist ein Rückschritt. „Uns fehlen die Worte“, sagte die bvkm-Justiziarin Katja Kruse in der Anhörung.

Sommerpause für Kritik am PNOG nutzen

Ursprünglich sollte die Reform noch vor der Sommerpause in das parlamentarische Verfahren eingebracht werden. Doch der Gegenwind – auch aus den eigenen Reihen der Regierungsparteien – war offenbar zu groß. In das Gesetzgebungsverfahren kommt das PNOG daher frühestens im September. Die Sommermonate können also genutzt werden, um Bundestagsabgeordneten deutlich zu machen, was diese Reform für pflegende Angehörige bedeutet (**s. dazu S. 41 Aufruf des bvkm**). Aus Sicht des bvkm sind dabei insbesondere die vorgesehenen Einsparungen bei den Entlastungsleistungen und die Kürzungen bei der Rente für pflegende Angehörige zu kritisieren.

Abschaffung der Verhinderungspflege

Im PNOG ist vorgesehen, dass die Verhinderungspflege als eigenständige und sehr flexibel nutzbare Entlastungsleistung abgeschafft werden soll. Die Verhinderungspflege ermöglicht es pflegenden Angehörigen, Arzttermine wahrzunehmen und wenigstens ab und zu kurze Auszeiten von der Pflege zu bekommen. Auch können mit dieser Leistung z.B. Ferienfreizeiten für ein Kind mit Behinderung finanziert werden. Derzeit steht für die

Verhinderungspflege ein Gemeinsamer Jahresbetrag von 3.539 Euro zur Verfügung. Künftig soll die Verhinderungspflege aus dem neuen Entlastungsbudget finanziert werden. Das bisherige Pflegegeld wird dafür um monatlich 39 Euro (Pflegegrad 2 und 3) bzw. 89 Euro (Pflegegrad 4 und 5) erhöht. Damit beläuft sich die Verhinderungspflege künftig jährlich nur noch auf 468 Euro bzw. 1.068 Euro. Das stellt eine Kürzung der bisherigen Leistung um 87 bzw. 70 Prozent dar.

Rentenkürzung

Die Rentenbeiträge für pflegende Angehörige sollen laut PNOG um 30 Prozent gekürzt werden. Damit erhalten Angehörige künftig deutlich weniger Rentenpunkte und im Alter eine niedrigere Rente. Für Eltern von Kindern mit Behinderung – insbesondere Mütter – ist das besonders bitter, weil sie häufig aufgrund der jahrzehntelangen Pflege ihres Kindes ihren Beruf aufgeben bzw. ihre Arbeitsstunden deutlich reduzieren müssen. Sie gefährden durch die Pflege nicht nur ihre eigene körperliche und psychische Gesundheit, sondern sind im Rentenalter zusätzlich von Altersarmut bedroht.

Forderungen des bvkm

Der bvkm fordert deshalb einen sofortigen Kurswechsel und echte Entlastung für pflegende Angehörige. Die ausführliche Stellungnahme des bvkm vom 10. Juni 2026 zum PNOG und eine Präsentation des bvkm mit einem Überblick über die im PNOG geplanten Neuregelungen finden Sie auf der Webseite www.bvkm.de in der Rubrik „Politik & Positionen/Aktuelles/Pflegeneuordnungsgesetz“.

Eingliederungshilfe: Kahlschlag im Sozialwesen stoppen!

Fachverbände wenden sich gegen geplante Kürzungen bei der Teilhabe von Menschen mit Behinderung

Im Herbst 2026 ist mit einem Gesetzgebungsverfahren zur Reform der Eingliederungshilfe zu rechnen. Erste Papiere von Entscheidungsträgern mit Empfehlungen für gesetzgeberische Maßnahmen, die auf Kürzungen bei der Teilhabe von Menschen mit Behinderung hinauslaufen, wurden im Juni 2026 verabschiedet.

Bereits im Laufe der vorangegangenen Diskussionen hatten sich die Fachverbände für Menschen mit Behinderung, zu denen auch der bvkm gehört, immer wieder zu möglichen Sparvorschlägen positioniert und gefordert, den Kahlschlag im Sozialwesen zu stoppen.

Diskussion von Sparvorschlägen auf zwei verschiedenen Ebenen

Sparvorschläge bei der Eingliederungshilfe wurden in den vergangenen Monaten auf zwei verschiedenen Ebenen diskutiert: Zum einen hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) seit September 2025

mit den Ländern sowie kommunalen Spitzenverbänden den „Dialogprozess Eingliederungshilfe“ geführt und hierzu am 12. Juni 2026 Empfehlungen veröffentlicht. Die Behindertenverbände waren in diesen Dialog nicht einbezogen, sondern konnten lediglich an zwei Terminen, zuletzt am 27. Mai 2026 in Berlin, zu ersten Zwischenständen Stellung nehmen.

Zum anderen tagte parallel dazu seit Dezember 2025 eine Runde beim Bundeskanzleramt, mit dem Ziel, die Ausgabenbelastung der Kommunen in den Blick zu nehmen. Als Ergebnis aus dieser Runde haben Bundeskanzler Friedrich Merz und die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten der Länder am 25. Juni 2026 das Papier „Effizienter Ressourceneinsatz bei Leistungsgesetzen“ beschlossen. Es sieht nicht nur Einsparungen bei der Eingliederungshilfe, sondern auch bei der Kinder- und Jugendhilfe und beim Unterhaltsvorschussgesetz vor.

Zeitplan und Inhalte des Gesetzgebungsverfahrens

Das BMAS hat nun die Aufgabe, aus den Empfehlungen der beiden Papiere ein Reformpaket für die Eingliederungshilfe zu schnüren. Ein Referentenentwurf ist für Herbst 2026 angekündigt und ein entsprechender Kabinettsbeschluss für Dezember 2026 vorgesehen.

Besonders kritisch zu bewerten ist, dass die soziale Teilhabe künftig grundsätzlich nur noch als Gruppenleistung gewährt werden soll. Die individuelle Assistenz beim Wohnen, der Freizeit und der Unterstützung im Alltag soll nur noch in Ausnahmefällen möglich sein. Auch bei der Schulassistenz soll die gemeinsame Assistenz in Zukunft die Regel sein. Zudem soll die Eingliederungshilfe künftig häufiger als pauschale Geldleistung gewährt werden. Strengere Regeln sollen außerdem beim Wunsch- und Wahlrecht gelten. Der Gesetzgeber will genau festlegen, welche Leistungen „angemessen“ und ab welcher Höhe Kosten als „unverhältnismäßige Mehrkosten“ anzusehen sind. Solche starren Grenzen verhindern jedoch eine individuelle Betrachtung der konkreten Situation.

Forderungen der Fachverbände für Menschen mit Behinderung

Mit ihrem Positionspapier „Keine Kürzungen bei der Teilhabe“ vom 13. Mai 2026 haben die Fachverbände für Menschen mit Behinderung bereits im Vorfeld Stellung genommen zu den Sparvorschlägen, die in der Runde des Bundeskanzleramts diskutiert wurden. Diese Sparvorschläge waren frühzeitig bekannt geworden, weil der Paritätische Gesamtverband ein internes Arbeitspapier aus dieser Runde im April 2026 geleakt



© Foto: privat

Mehrere Behindertenverbände, darunter auch der bvkm, zeigten bei der Verbände-Anhörung am 27. Mai 2026 klare Kante gegen Leistungskürzungen in der Eingliederungshilfe.

Aufruf des bvkm zum PNOG: Jetzt aktiv werden und Druck machen!

Musterschreiben des bvkm für pflegende Eltern

Gemeinsam können pflegende Eltern jetzt Druck machen. Der bvkm hat ein Musterschreiben für Betroffene erstellt. Dies kann genutzt werden, um Abgeordneten klarzumachen: Das PNOG ist eine massive Zumutung für pflegende Eltern. Ein Kurswechsel bei der Pflegereform ist deshalb dringend erforderlich. Das Musterschreiben und Hinweise dazu, wie Sie die Abgeordneten Ihres Wahlkreises kontaktieren können, finden Sie auf der Webseite des bvkm unter www.bvkm.de in der Rubrik „Politik & Positionen/Aktuelles/Pflegeneuordnungsgesetz“.

hatte. Das Positionspapier der Fachverbände für Menschen mit Behinderung vom 13. Mai 2026 finden Sie auf der Webseite des bvkm www.bvkm.de in der Rubrik „Recht & Ratgeber“ (Aktuelles/Bundesteilhabegesetz).

Kostenfalle Inkontinenzversorgung

Neuer Rechtsratgeber des bvkm gibt Tipps für Betroffene

Der bvkm hat einen neuen Rechtsratgeber mit dem Titel „Der Rechtsanspruch auf aufzahlungsfreie Inkontinenzhilfen“ veröffentlicht. Ausführlich wird in dem Ratgeber erläutert, was Menschen mit Behinderung, die an Harn- oder Stuhlinkontinenz leiden, beachten müssen, damit ihre Versorgung nicht zur Kostenfalle wird.

Menschen mit Inkontinenz zahlen häufig sehr viel Geld für angeblich „höherwertige“ Inkontinenzartikel. Das muss nicht sein. Denn es gibt einen Rechtsanspruch auf die Versorgung mit Inkontinenzhilfen in der erforderlichen Qualität und Menge. Eine solche Versorgung ist kein Luxus, sondern das gute Recht der Betroffenen. Der neue bvkm-Rechtsratgeber erläutert die rechtlichen Rahmenbedingungen der Inkontinenzversorgung und gibt hilfreiche Tipps für Betroffene. Ausführlich dargestellt wird außerdem die bisherige Rechtsprechung zum Thema.

Die Durchsetzung des Rechtsanspruchs auf aufzahlungsfreie Inkontinenzhilfen gestaltet sich häufig schwierig. Krankenkassen und Leistungserbringer schieben hierfür gegenseitig die Verantwortung zu. Leidtragende sind die Betroffenen, die häufig jeden Monat hohe „wirtschaftliche Aufzahlungen“ für ihre Inkontinenzversorgung leisten. Mit seinem kostenlosen „Musterantrag auf aufzahlungsfreie Inkontinenzhilfen“ unterstützt der bvkm deshalb betroffene Menschen mit Behinderung und ihre Familien bei der Durchsetzung ihres Rechtsanspruchs.

TIPP:

- Ratgeber und Musterantrag stehen im Internet als Download unter www.bvkm.de in der Rubrik „Recht & Ratgeber“ unter dem Stichwort „Inkontinenzversorgung“ kostenlos zur Verfügung.

Katja Kruse ist Justiziarin beim Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e. V. (bvkm), www.bvkm.de

Besuchen Sie uns auf der REHACARE 2026!

23. – 26. September 2026 · Düsseldorf ·
Halle 1 / Stand D 13



Wir sind bvkm: unser Community-Stand

In diesem Jahr sind wir mit so vielen starken Partnern gemeinsam an einem Stand wie noch nie! Auf unserem **Community-Stand in Halle 1 / D 13** finden Sie in diesem Jahr erstmals unter einem Dach:

- den **bvkm**
- die **Gesellschaft für Unterstützte Kommunikation (GesUK)**
- die **Stiftung Pfennigparade**
- den **Bundesverband konduktive Förderung (BKF)**
- die **Stiftung Leben pur**

Nutzen Sie die Gelegenheit, sich an einem Ort umfassend zu informieren und mit gleich mehreren Ansprechpartner:innen ins Gespräch zu kommen.

Mit dem bvkm immer gut informiert

Im bvkm-Bereich des Community-Stands erwarten Sie wie immer:

- **unsere** Fachbücher, Zeitschriften und Ratgeberbroschüren
- alle **Neuerscheinungen** des Jahres – lassen Sie sich überraschen!
- alle **Bücher zum besonderen Messerabatt** – zum Mitnehmen oder Bestellen

Unsere Vorträge auf der Messe

Mittwoch, 23. September 2026, 15:30 – 16:00 Uhr

Sport, Spiel und Bewegung – Teilhabe für Menschen mit schweren und mehrfachen Behinderungen. Wo: Im Fachforum PRODUCTS & NEWS @REHACARE (Mobitipp-Bühne)

Halle 1 / G 47

Donnerstag, 24. September 2026, 13:00 – 13:20 Uhr

Der Rechtsanspruch auf mehrkostenfreie Inkontinenzversorgung. Wo: Forum Selbstbestimmte Kontinenz – Bedarfe, Herausforderungen und Lösungen

Halle 1 / C 24

Aktiv werden in der Sporthalle

Auch in Halle 7 a ist der bvkm mit dabei: Testen Sie Frame Running, Rollstuhl-SUP oder Boccia und entdecken Sie kreative Spielideen mit Alltagsmaterial.

Halle 7 a

Wir freuen uns auf Sie!

Der **verlag selbstbestimmtes leben** ist Eigenverlag des Bundesverbandes für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V. (bvkm). Mitglieder des bvkm erhalten auf alle Bücher Rabatt. Hier können Sie Ihre Bestellung aufgeben oder das komplette Verlagsprogramm anfordern:

verlag selbstbestimmtes leben/bvkm,
Brehmstr. 5–7, 40239 Düsseldorf
Tel.: 0211/64004-15, Fax: 0211/64004-20
E-Mail: versand@bvkm.de www.bvkm.de

